

arbeitern mitvollbracht worden sind, die in der Meisterlehre der Vergangenheit ihre Berufsausbildung erfahren und genossen haben, und ich glaube, die vollbrachten Leistungen sprechen hier für die Güte ihrer Ausbildung. Aus diesem Grunde glaube ich, daß wir daran festhalten, aber dabei nicht den Lehrwerkstätten der Industrie ihre Aufgabe streitig machen sollen.

Die Ausbildung der Lehrlinge, meine Damen und Herren, dient unserer Meinung nach nur zum Teil dem eigenen Lehrbetrieb; zum größeren Teil aber der ganzen Gemeinschaft, so daß es mehr als gerechtfertigt erscheint, daß diese Kosten, wie auch Kollege Preamsberger zum Ausdruck gebracht hat, zum Beispiel die Kosten dieses Jahres der Berufsausbildung in Grundberufen, auch von dieser Gemeinschaft getragen werden und durch Förderungen ersetzt werden.

Nicht weniger wichtig, meine Damen und Herren, erscheint mir aber auch der Hinweis auf die moralische Unterstützung der Lehrbetriebe, die unter Umständen darin bestehen könnte, daß alle mit der Frage der Lehrlingsausbildung befaßten Institutionen jede Gelegenheit wahrnehmen, dem Lehrling vor Augen zu führen, daß es auch in Zukunft keine Rechte ohne Erfüllung der Pflichten geben wird. Sicher, meine Damen und Herren, sind wir Lehrherrn und Ausbilder nicht fehlerfrei, ebenso wenig wie es andere Ausbilder und Lehrer in anderen Bereichen sein können; aber wie in der Vergangenheit sind wir auch in der Zukunft bemüht, für unsere Wirtschaft — und die Wirtschaft sind schließlich und endlich wir alle zusammen — auch in Zukunft gute Fachkräfte zu liefern.

Meine Damen und Herren, zum Schluß noch ein Wort zu den berufsbildenden höheren Schulen: Die Schüler dieser Schulen sind, meiner Meinung nach, Stiefkinder, was die kostenlosen Lehrbücher betrifft. Ich weiß, daß die Lehrbücher in diesem Bereich viel Geld kosten. Aber vielleicht läßt sich hier ein Weg finden, die Schulbücher auch diesem Ausbildungszweig kostenlos oder zumindest entsprechend verbilligt zukommen zu lassen, nachdem sich doch die Meinung immer mehr durchsetzt, daß auch dieser Schultyp einen sehr wichtigen Ausbildungszweig in unserer Zeit darstellt. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich mich dem zuwende, was gestern der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher gesagt hat, ein paar Sätze zu den Fragen des Kindergarten- und des Kinderspielplatzwesens. Die sozialistische Fraktion im Steiermärkischen Landtag hat, was sehr leicht zu belegen ist, durch wiederholte Anträge in diesem Haus die Diskussion um die Bedeutung der Kindergärten und Kinderspielplätze in Gang gebracht — eine Diskussion, die schließlich in das Kindergartensförderungsgesetz 1974 gemündet hat. Wir verhehlen nicht, daß wir mit dem Erreichten noch nicht zufrieden sind. Wir stellen fest, daß im Bei-

hilfenwesen nach wie vor viel unnötige Bürokratie steckt, aber wir lassen es uns nicht nehmen, die treibende Kraft gewesen zu sein, daß es in den letzten zwei Jahren in der Steiermark mit dem Kindergartenswesen bengauf gegangen ist (Abg. Doktor Eichinger: „Das ist ein Irrtum! Das glaubt euch niemand!“), daß es 146 neue Kindergärten mit 255 Gruppen gibt, daß Zehntausende von Eltern jährlich Beihilfen bekommen und daß der Gesamtaufwand heute bei rund 100 Millionen Schilling liegt. (Abg. Dr. Schilcher: „Der Finanzreferent hat 9 Millionen im Budget eingesetzt!“)

Eine zweite sozialistische Initiative zielt auf die Bereitstellung entsprechender Kinderspielplätze hin, sowohl was die Zahl betrifft, als auch ihre Qualität. Wir übersehen nicht die dankenswerten Bemühungen vieler Gemeinden und vieler privater Institutionen, aber im Land fehlt das Gesetz. Gestern hat ein Abgeordneter Ihrer Fraktion gesagt: „Wenn alle Gemeinden initiativ sind, dann brauchen wir kein Gesetz.“ Meine Herren, wenn niemand stehlen würde, dann bräuchten wir auch kein Strafgesetz und wenn jeder Steirer den armen Menschen im Lande helfen würde, dann bräuchten wir auch kein Sozialhilfegesetz, das Sie so sehr für sich in Anspruch nehmen. In der Steiermark fehlt ein Gesetz, obwohl die sozialistische Fraktion bereits am 5. März 1974 einen entsprechenden Antrag eingebracht hat und obwohl wir diesen Antrag in Form einer Gesetzesnovelle und eines vollständigen Textvorschlages ergänzt haben. Seither herrscht bei der OVP Funkstille (Abg. Dr. Eichinger: „Was herrscht?“ — Abg. Laurich: „Funkstille!“) — außer daß Sie versucht haben, eine halbe Lösung in die Bauordnung hineinzupressen.

Die OVP hat bis heute kein wesentliches Argument dafür auf den Tisch gelegt, das dagegensprechen würde, eine so wichtige Materie in Form eines eigenen Gesetzes zu regeln. Sie dürfen sich nicht wundern, wenn Ihr Sträuben langsam den Verdacht erweckt, daß Sie schon deswegen gegen ein eigenes Gesetz sind, weil es sich um einen sozialistischen Initiativantrag handelt, weil es Ihnen nicht gelungen ist, eine lang vorbereitete und ausgearbeitete Gesetzesvorlage durch einen selbst irgendwo eilig abgeschriebenen Text kurzfristig zu unterlaufen, um dann behaupten zu können: alles, was in der Steiermark geschehe, sei ein Verdienst der OVP, so wie Sie es beim Sozialhilfegesetz getan haben. Wir warten seit fast drei Jahren auf dieses Gesetz und mit uns warten die steirischen Eltern und vor allem die steirischen Kinder. Es passieren Gott sei Dank die tödlichen Unfälle von Kindern nicht mehr so häufig auf dem Schulweg, aber sie passieren leider Gottes noch immer, weil es soundso viele Kinderspielplätze nicht gibt, die sicher anzulegen und auch sicher zu erreichen sind. Die steirische OVP ist säumig, weil sie es nicht zur Kenntnis nehmen will, wie kostbar jeder Monat ist, der hier ungenützt vergeht.

Die Sozialisten in der Steiermark haben eine Enquete veranstaltet, bei der Fachleute, auch internationale Fachleute, gezeigt haben, wie man mit relativ geringen Mitteln pädagogisch erstklassige Spielplätze schaffen kann. (Abg. Buchberger: „Sie

wissen gar nicht, was auch ohne Gesetz geschieht!" — Abg. Dr. Schilcher: „Euer Fachmann hat erklärt, daß es ohne Gesetz besser geht!“ Kollege Dr. Schilcher, waren Sie dabei? Sie waren gar nicht dabei! Informieren Sie sich! Viele zehntausende Steinerinnen und Steirer verlangen durch ihre Unterschriften die schleunige Verabschiedung eines Gesetzes. Es ist Ihre Sache, wenn Sie diese Dinge nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Wir laden Sie ein, auch zu unterschreiben. Ich habe noch einige Plätze auf dieser Unterschriftenliste frei. Unterschreiben Sie und bekennen Sie sich dazu, wie wichtig es ist, ein solches Gesetz zu haben. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Bammer, sag einmal, hast du einen Kinderspielplatz gebraucht?“) Wir werden dann Ihnen, Herr Landeshauptmann, und dem zuständigen Referenten die Unterschriftenlisten auf den Tisch legen, um Sie an Ihre Verpflichtung gegenüber den steinischen Kindern zu erinnern. (Landesrat Bammer: „Damals hat es keinen Asphalt und kein Auto gegeben!“)

Es ist an der Zeit, daß auch das Land Steiermark seine Pflichten erfüllt, denn viele Institutionen tun es, viele Gemeinden und viele privaten Initiativen. Man müßte auch diese entsprechend unterstützen.

Aber jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich mich mit dem beschäftigen, was gestern der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher zu Fragen des Hochschulwesens gesagt hat. Es war schon einmal in einer Budgetdebatte, daß ich mich nach ihm melden mußte, weil es ganz einfach notwendig war, die Dinge ein bißchen zurecht zu rücken und zu objektivieren. Es tut mir leid, daß ich gestern nicht reden konnte, so wäre unser Dialog ein bißchen unmittelbarer geworden.

Einen Vorwurf, Herr Dr. Schilcher, kann ich Ihnen vor allem nicht ersparen. Nämlich, daß Sie beim Zitieren des Berichtes nicht ganz wissenschaftlich gehandelt haben (Abg. Dr. Schilcher: „Welches Berichtes?“), weil nämlich der OECD-Wissenschafts- und Hochschulbericht einseitig zitiert wurde, weil Dinge aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Ich habe die Unterlagen alle hier. Die beiden Berichte haben einen Gesamtumfang von fast 460 Seiten, und Herr Dr. Schilcher hat wahrscheinlich lange suchen müssen, um jene Stellen zu finden, von denen er geglaubt hat, daß er sie gegen die sozialistische Regierung verwenden kann. Wenn man schon zitiert, sollte man zusammenhängend zitieren. Sie hätten gar nicht lange suchen müssen, denn bereits in der Einleitung, auf der ersten Seite, bestätigt uns eine internationale Kommission, daß die Expansion der österreichischen Universitäten, die sich sowohl in der Zunahme der Hörerzahlen als auch in der Erhöhung der finanziellen und sonstigen Mittel manifestiert, überaus eindrucksvoll ist. Die letzte Seite dieses Prüfungsberichtes, wieder eine summarische Zusammenfassung, sagt: „Das Bildungskomitee gewann die Überzeugung, daß Österreich eine Politik für die Universitäten betreibt, die sehr wohl zu vertreten ist.“

Ich werde auf die einzelnen Vorwürfe des Herrn Dr. Schilcher eingehen, aber ich möchte zunächst eine generelle Feststellung treffen, weil er nämlich immer behauptet, die bösen Sozialisten wollten alles

quantifizieren und glauben, mit finanziellen Aufwendungen allein die Probleme in den Griff zu bekommen. Es gibt auf dem Hochschulsektor einen unerhörten Nachholbedarf, sowohl in personeller als auch in sachlicher Hinsicht. Wir erleben seit 1970 ein Aufholen in einem Maße, wie es noch nie geschehen ist, und finanzielle Mittel strömen in die Bildungsinstitutionen, wie es auch noch nie der Fall war. (Abg. Dr. Eichinger: „Das hat er erklärt, Herr Kollege!“) Er hat es gesagt, aber er hat es dann anders interpretiert. Weil diese Entwicklung nicht wegzudiskutieren ist, hat sich die ÖVP einen neuen Trick zurechtgelegt. Sie redet von einem Quantitätsfetischismus und erklärt alle finanziellen und quantitativen Bemühungen kurzerhand für einen Schmarren. Niemand von uns Sozialisten glaubt, daß Quantität allein ausreichend sei. (Abg. Dr. Schilcher: „Nein!“) Aber es gibt einen Punkt, wo auch die Quantität zur Qualität wird (Abg. Dr. Schilcher: „Den zeigen Sie mir!“): Facharbeiter, Maturanten und Akademiker in immer größerer Zahl werden schließlich für eine Gesellschaft auch zu einem qualitativen Merkmal. Das ist ein Punkt, den man nicht übersehen sollte.

So möchte ich ein paar Dinge zur quantitativen Förderung der hohen Schulen sagen, vor allem weil das Grazer ÖVP-Organ vor wenigen Tagen von Frustration auf den hohen Schulen gejubelt hat. Und so frage ich Herrn Dr. Schilcher, ob er deswegen frustriert ist, weil sich das Wissenschaftsbudget seit 1970 fast verdreifacht hat. (Abg. Dr. Schilcher: „Nein!“) Er ist nicht frustriert. Er ist wahrscheinlich dann auch nicht mehr frustriert, so wie das ÖVP-Blatt dies ist, weil das Wissenschaftsbudget alljährlich weit über der Steigerungsrates des allgemeinen Bundesbudgets liegt. Auch in Ordnung. (Abg. Doktor Schilcher: „Das habe ich meistens!“) Dann ist er wahrscheinlich auch damit einverstanden, daß die Forschungsförderung von 0,3 Prozent, gemessen am Bruttonationalprodukt, Ende der sechziger Jahre bereits 1974 ein Prozent ausmacht und Ende der siebziger Jahre auf 2 Prozent anwachsen wird. (Abg. Dr. Eichinger: „Haben Sie gestern nicht zugehört, als er gesprochen hat?“ — Abg. Prensberger: „Nein, nein, er sagt es schon richtig!“) Lassen Sie mich doch ausreden. Wahrscheinlich ist Herr Dr. Schilcher auch nicht darüber frustriert, daß es auf Grund dieses wissenschaftsfreundlichen Klimas heute keinen Braintrain mehr ins Ausland gibt, sondern der Trend rückläufig ist und daß ein Viertel der Besetzungen von Lehrkanzeln in Österreich in den letzten Jahren durch Wissenschaftler erfolgte, die aus dem Ausland nach Österreich zurückkehren. (Abg. Dr. Maitz: „Da hat er keine Angst!“) Freilich gibt es Möglichkeiten wie nie zuvor, 300 Hochschul-lehrerposten mehr, 300 Posten mehr für außerordentliche Professoren, 1200 Dienstposten mehr für wissenschaftliches Personal.

Aber jetzt zu den Vorwürfen im einzelnen. Daß das Vorklinikum in Graz nur deswegen nicht eröffnet werden kann, weil dort die Putzfrauen fehlen. (Abg. Dr. Schilcher: „Auch!“) Gestern hat es anders geklungen, gestern hat es geheißen, weil dort die Putzfrauen fehlen. Das ist mit Verlaß, wenn es nicht ein Abgeordneter dieses Hohen Hauses ge-

sagt hätte, ein Unsinn. Das Vonklinikum wird zur Zeit möbliert, und wenn dies fertig ist, dann wird es auch übergeben werden. Sie wissen ganz genau, daß die Situation vor allem deswegen erträglich geworden ist, weil die vorklinischen Fächer im Rahmen der alten Kinderklinik Platz gefunden haben.

Aber was tut der Bund auf dem Bausektor in der Steiermark? Fertiggestellt ist das Vonklinikum, fertiggestellt ist die Beobachtungsstation am Lustbühel, die am 20. Dezember von Frau Bundesminister Firnberg eröffnet werden wird. Im Bau sind in Graz, Petersgasse-Schörgelhofgelände, das Institut für Physik der Technischen Universität, auf den Inffeldgründen die Maschinenhalle der Technischen Universität und das Institut für Dampftechnik. Im Bau sind auf den Rosenberggründen die Universitäts-sportanlage, im Bau ist am Unversitätsplatz das Anorganische Institut, alles zusammen mit einem Gesamtaufwand von 554 Millionen Schilling. In Planung ist die Philosophische Fakultät in der Heinrichstraße mit einem Aufwand von 51 Millionen Schilling. Insgesamt haben sich die Räume, die für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung stehen, seit 1970 um 40 Prozent vergrößert.

Was die Studienförderung betrifft, ist Herr Doktor Schilcher ein bißchen in einem Dilemma. Auf der einen Seite kritisiert er, daß die bösen Sozialisten alles materialisieren wollen, daß sie nur in Quantitäten zu denken verstehen, und auf der anderen Seite mokiert er sich wieder darüber, daß die finanziellen Aufwendungen für die Studenten zu gering seien. Also wie entscheiden wir uns? Wahrscheinlich sowohl als auch. Der Lebensstandard der Studenten in Österreich ist um nichts schlechter als jener der übrigen Bevölkerung, er liegt sogar etwas darüber, ganz einfach deswegen, weil die Mehrheit der Studenten nach wie vor aus sozial bessergestellten Schichten kommt als der Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung. (Abg. Doktor Eichinger: „Und die Arbeiterkinder, Herr Doktor? Was ist mit denen?“) Kommt, kommt. Wir reden über die Arbeiterkinder.

Der Herr Dr. Schilcher hat gesagt, daß heute der Prozentsatz der Arbeiterkinder an den österreichischen Schulen rückläufig wäre. Nicht dazugesagt hat er, daß noch unter der OVP-Regierung 1969 der Prozentsatz studierender Arbeiterkinder in Österreich 7 Prozent war. Heute liegt er zwischen 13 und 14 Prozent. (Abg. Dr. Schilcher: „10 Prozent!“ — Abg. Zinkanell: „Das ist ernüchternd!“) Und wenn Sie der Meinung sind, daß diese Entwicklung rückläufig ist, dann muß ich eines dazu sagen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Man kann doch nicht Apfel mit Zwetschken vergleichen! Das ist ausgesprochen unwahr, was er sagt! Der Schilcher hat gesagt, seit 1974 ist er zurückgegangen und nicht seit 1969!“) Herr Kollege Fuchs, ich darf Sie sehr herzlich bitten, sich diese Statistiken selbst anzuschauen. Ich kann sie Ihnen gerne zeigen. (Landesrat Bammer: „Tut nicht die eigene Vergangenheit verleugnen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

Man muß, wenn man schon solche Statistiken zitiert, dazusagen, wie die Entwicklung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Österreich ist, nämlich rückläufig. Auch die Entwicklung der rein manuellen

Arbeiter ist rückläufig. Wenn beispielsweise die Eumig-Werke mit einem Schlag alle ihre Arbeiter ins Angestelltenverhältnis übernehmen, und das sind allein im Fürstenfeld etwa 1000, dann schaut diese Statistik gleich anders aus.

Und wenn Sie sich darüber beschweren oder es als negativ vermerken (Abg. Nigl: „Das ist wie bei der Arbeitslosenstatistik!“), daß die Zahl der Studentinnen heute 40 Prozent der studierenden Jugend beträgt, dann weiß ich nicht, warum Sie sich beschweren. Für uns bedeutet das einen Teil der Chancengleichheit für Frauen. (Abg. Dr. Schilcher: „Ich habe mich nicht beschwert!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Das stimmt nicht! Sagen Sie nicht die Unwahrheit!“) Ich habe die Statistik hier. Die Herren haben nie gesagt, daß die Zahlen nicht stimmen. Bitte, schauen Sie sich das nachher an. Für uns ist das ein Teil der Chancengleichheit, weil auch die jungen Frauen das gleiche Recht auf eine gute Bildung haben, denn das wirkt sich ja später im Berufsleben aus. Herr Dr. Schilcher hat das gestern als negativ vermerkt. (Abg. Ing. Stoisser: „Er hat sich nicht beschwert, er hat nur festgestellt!“ — Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „So kann man hier nicht reden! Das ist einfach eine sinnlose Provokation und lächerlich. So kann man nicht argumentieren!“)

Zurück zur Frage der Studienförderung. Ich weiß nicht, ob Ihnen die Novelle zum Studienförderungsgesetz bekannt ist, die jetzt in Ausarbeitung und Diskussion steht. (Abg. Dr. Eichinger: „Was war denn gestern, Herr Kollege? Davon haben wir gesprochen!“) Ich darf dazu sagen, daß die Höchststudienbeihilfen sich nach dieser Novelle für Studenten, die ihren Wohnsitz am Hochschulort haben, von 16.000 Schilling auf 23.000 Schilling erhöhen. Das ist eine Steigerung von 44 Prozent. Bei jenen, die nicht am Hochschulort wohnen, erhöhen sie sich von 24.000 Schilling auf 33.000 Schilling; das ist eine Steigerung von 38 Prozent. Aber auch eine Anpassung der Einkommensverhältnisse der Eltern an die Lebenshaltungskosten ist vorgesehen. Und darum geht es ja. (Abg. Dr. Eichinger: „Die höchst notwendig ist. Darüber reden Sie! Das können Sie nicht!“)

Es ist von Ihnen auch vergessen worden, daß die Studienförderung nur ein Teil der staatlichen Förderung ist. Schon im Jahre 1974 hat der Einnahmenentfall auf Grund der Unentgeltlichkeit des Hochschulstudiums 46 Millionen Schilling ausgemacht, die Schülerfreifahrten von Studenten 147 Millionen Schilling, die Familienbeihilfen für Erhalter von Studenten 165 Millionen Schilling, die Sozialaufwendungen für Heime, Mensen usw. 264 Millionen Schilling — das sind, wenn Sie diese Förderungen auf jeden Studenten umlegen, etwa 8000 Schilling pro Student.

Ich komme aber jetzt auf das zu sprechen, was der Herr Dr. Schilcher als die Qualität des Studiums bezeichnet hat. Es ist sehr schön, von Qualität zu reden und immer so zu meinen, die bösen Sozialisten, dem Materialismus verhaftet, wollten alles quantifizieren; Quantitätsfetischismus; wir, die gute OVP, seien für die Qualität der Dinge, Qualität des Lebens, Qualität des Studiums. Wenn es konkret wird, dann wird es halt schwieriger. Es ist Herrn

Dr. Schilcher auf die Frage, was er sich wohl unter Qualität des Studiums vorstellt, nicht allzu viel eingefallen. Er hat den Vorschlag gemacht, das theoretische Lernen mit praktischer Arbeit zu verbinden. Das ist nichts Neues. Herr Dr. Schilcher hat eine Anleihe bei etwas gemacht, was die Kommunisten in Rußland und in China schon lange praktizieren. Mein Klubfreund Loidl hat dann dazwischengerufen, daß das Maoismus sei. Darauf hat Herr Abgeordneter Schilcher geantwortet, ja. Wir haben bisher gewußt, daß Herr Dr. Schilcher der Linksaßen der ÖVP ist, aber daß er sich jetzt offen zum Maoismus bekennt, das war uns in diesem Haus bisher neu. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Unverständliche Zwischenrufe.)

Dann hat Herr Dr. Schilcher auf Befragung, was er sich unter Qualität des Studiums vorstelle, geantwortet, eine Bewältigung der Umwelt, Bewältigung der Umwelt klingt auch schön. Was ist ihm konkret dazu eingefallen? Es ist ihm erstens dazu eingefallen, daß jeder sein Auto selbst reparieren können soll — da wird er Schwierigkeiten mit der zuständigen Innung bekommen; dann ist ihm eingefallen: Man sollte hinaus in die Natur gehen. So habe ich das verstanden. Gerade bei diesem Beispiel hat er Pech gehabt, denn die Reform der geistes- und naturwissenschaftlichen Fächer war die allererste Reform, die im Jahre 1972 durch Bundesgesetz geregelt und beschlossen worden ist, und zwar einstimmig im Nationalrat. Dann kam die Reform der medizinischen Studienfächer. In Diskussion steht derzeit die Reform der juristischen Studienfächer — Dr. Schilcher als Jurist hätte hier zuallererst Gelegenheit, auf seiner Fakultät ein bißchen beispielgebend voranzugehen und nicht nur hier im Haus zu erklären, es geschehe nichts und es tue sich nichts. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Und jetzt zu den hohen Ausfallsquoten: Sie waren gestern darüber empört, daß wir so hohe Ausfallsquoten haben. Bitte, da müssen wir ehrlich sein. Wir sollten hier ehrlich sein und den Mut haben, zuzugeben, daß es nicht immer die staatliche Förderung ist, auf die es ankommt, sondern auch auf den Fleiß der Studenten, und daß es oft ganz andere Gründe sind als soziale Bedürftigkeit, warum wir so hohe Ausfallsquoten in Österreich feststellen. Da ist in erster Linie die Tatsache zu berücksichtigen, daß wir in Österreich offene Universitäten und, Gott sei Dank, keinen Numerus clausus haben, demzufolge zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland alljährlich 40.000 Studenten abgewiesen werden. Wir kennen dieses Schreckgespenst des Numerus clausus nicht. Daraus ergibt sich aber: Wenn jemand in seinem Maturazeugnis einen Notendurchschnitt von 2,1 hat und auf die Hochschule geht, wird er wahrscheinlich viel eher sein Studium beenden als wenn alle auf die Hochschule gehen, die die Matura halt mit Ach und Krach im zweiten Anlauf geschafft haben. Wenn man das dazusagt, schaut die Frage des drop out, wie das wissenschaftlich heißt, schon ein bißchen anders aus.

Zur Einschränkung der Lehraufträge: Es wurde nicht dazugesagt, wie sich die Lehraufträge seit 1970 entwickelt haben. Jetzt muß ich Zahlen nennen: Lehraufträge 1969/1970: 1773, 1975/1976: 4714.

Das ist so weit gegangen, daß man zum Beispiel auf der Technischen Universität Lehraufträge über Redetechnik durchführt. Entwicklung der Stundenanzahl im selben Zeitraum von 4159 auf 10.392: Daß wir da ein bißchen einbremsen müssen, ist wohl klar. Jetzt nur: Sie reden vom Sparen, wir tun es! Aber wenn wir es tun, schreien Sie wieder, daß es Ihnen nicht recht sei.

Genauso sieht es mit der angeblichen Frustration auf der Chemie aus. Gestern wurde nicht dazugesagt, daß es noch nicht lange her ist, daß die Studenten ihre Chemikalien selbst bezahlt haben; das hat jedem einzelnen Studenten sehr viel Geld gekostet. (Landesrat Peltzmann: „Jetzt ist es wieder soweit, Herr Kollege! Meine Tochter studiert Chemie!“) Die sozialistische Bundesregierung in ihrer „bösen, quantifizierenden, materialistischen Art“ hat die Studenten davon befreit, diese Chemikalien selbst bezahlen zu müssen. Aber es hat sich wie bei den Schulbüchern und vielen anderen Dingen eine explosionsartige Entwicklung ergeben. Und jetzt werden wir sparen! (Landesrat Peltzmann: „Die Fachbücher für meinen Sohn auf der Bulme muß ich auch selber kaufen. Ich kann es! Aber die anderen?“) Es ist aber noch immer so, daß jetzt der Staat den Studenten mehr Chemikalien unentgeltlich zur Verfügung stellt, als sie sich seinerzeit selber haben bezahlen müssen. Wir reden nicht nur vom Sparen, wir tun es auch. Aber wenn wir es tun, ist Ihnen das auch wieder nicht recht.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen (Abg. Dr. Eichtinger: „Gott sei Dank!“): Es ist auf den hohen Schulen in den vergangenen Jahren ein Nachholbedarf befriedigt worden, wie dies noch nie der Fall war, und ich wiederhole: Es gibt einen Punkt, wo die Quantität zur Qualität wird. Höhere Bildung kann aber nicht gleichgesetzt werden mit einer Fahrkarte erster Klasse zu einer bevorzugten Stellung in der Gesellschaft, in prestigemäßiger und in finanzieller Hinsicht. Man muß den Mut haben, den jungen Menschen das auch zu sagen. Man muß den Mut haben, ihnen klarzumachen, daß alle Forderungen auch irgendwo ihre Grenzen haben. Man soll also nicht gleich von Frustration reden, wenn es nicht so viele Lehraufträge gibt, wie man gerne haben möchte — es sind noch immer mehr als früher, man soll nicht von Frustration reden, wenn es nicht so viele Chemikalien gibt — es sind noch immer mehr als früher, man soll nicht von Frustration reden, wenn nicht jeder Akademiker den Schreibtisch bekommt, den er gerne möchte. Denn dann müßten wir einmal von der Frustration jener reden, die noch immer nicht Gelegenheit haben, ein Hochschulstudium oder eine Matura zu absolvieren. Das ist noch immer ein ganz erklecklicher Teil in Österreich, leider Gottes. Trotzdem soll man nicht in kleinlicher Weise einzelne Dinge herauspicken und beckmessern, sondern man soll die Entwicklung auf den Hochschulen in Österreich als Ganzes sehen.

Es ist unerhört viel geschehen. Daß Wissenschaft und Forschung zentrale Anliegen der Bundesregierung sind, war ja nicht nur ein verbales Bekenntnis, sondern sie hat es real in vielfacher Weise durch planvolle und energische Schritte zur Ver-

besserung der quantitativen, aber auch der qualitativen Situation auf unseren Hochschulen bewiesen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde es sehr kurz machen, aber der Herr Abgeordnete Strenitz hat einen Dialog versprochen, und vielleicht kann man ihn einhalten. Ein Wort zu den Kindergärten und vor allem den Kinderspielplätzen. Herr Abgeordneter Strenitz, bei dieser von Ihnen erwähnten Enquete ist eindeutig festgehalten worden, und zwar habe ich das von Teilnehmern gehört, daß gerade jene Fachleute aus Deutschland, die ein Spielplatzgesetz haben, erklärt haben: „Das löst überhaupt keine Probleme, und es wäre viel gescheiter, die Dinge zu tun, statt auf Gesetze zu warten.“ (Abg. Zdarsky: „Das stimmt nicht!“)

Da kommt die zweite generelle Problematik, Herr Abgeordneter Strenitz. Sie haben uns gestern erklärt, wir bösen — das tun ja eher Sie — wir bösen ÖVP-ler sind Länderzentralisten, die die Bürgermeister immer zwingen. Der Herr Abgeordnete Buchberger als Bürgermeister hat ganz deutlich gesagt: Ein ordentlicher Bürgermeister macht das selbst. Wissen Sie, das ist eine Frage des Zentralismus, ob man in jeder Sache die Bürgermeister zwingt und sie von oben herab im Stil der Volksbeglückung berieselt oder ob man ihnen wirklich einen Freiraum gibt, und im übrigen haben wir durchaus etwas getan, nämlich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, wo es hingehört, im Rahmen der Bauordnung und der Raumordnung. Da gibt es ja Entwürfe.

Aber nun der zweite Teil, nämlich die Auseinandersetzung über die Hochschule: Herr Abgeordneter Strenitz, ich glaube, ein bißchen machen Sie es sich leicht, indem Sie die Popanzmethode verwenden. Sie machen mich zu einem Popanz, der die bösen Sozialisten dauernd angegriffen hat. Ich habe gestern nie die bösen Sozialisten angegriffen (Abg. Brandl: „Die guten!“), ich habe nicht einmal die Sozialisten angegriffen, ich habe lediglich diesen Sozialkapitalismus der Ara Kreisky angegriffen, dem nicht sehr viel mehr einfällt als zu sagen: „Erhöhen wir die Ansätze, dann wird es automatisch besser.“ Ich befinde mich da in bester Gesellschaft, ich habe es Ihnen gestern gesagt. Der Herr Landesfinanzreferent hat gewarnt, zu glauben, daß eine Quantitätserhöhung automatisch in Qualität umschlägt. (Beifall bei der ÖVP.) Das müssen Sie sich mit dem Herrn Landesrat Klausner ausmachen, Herr Abgeordneter, wer jetzt in Ihrer Partei recht hat. Ich halte es eher mit dem Herrn Landesrat Klausner als mit Ihnen. Ich sehe nämlich diesen automatischen Umschlag nicht zwischen der Quantität und der Qualität.

Bitte, selbst die Quantitätspolitik geht an die Grenzen. Ich habe es Ihnen ja gesagt, Sparerlässe sind da, manche sind getarnt, manche offen, und

das Budget, das Hochschulbudget, das Wissenschaftsbudget, ist heuer nicht mehr explodiert. 6,7 Milliarden im Vorjahr, 6,8 Milliarden heuer. Von einer Explosion keine Rede. Selbst diese Quantität geht an die Grenzen. Ich habe nie bestritten, daß Sie Geld ausgeben können. (Abg. Zinkanell: „Es ist nichts geschehen, haben Sie gesagt!“) Das habe ich Ihnen gestern schon gesagt, es ist nichts dabei. Wenn ich so einfallsreich bin wie der Androsch, daß mir immer wieder eine neue Steuer, eine neue Belastung einfällt. Es ist relativ einfach, fremdes Geld auszugeben. So ist das nicht, daß ich Ihnen bestritten hätte, daß Sie diese Kunst beherrschen.

Nur etwas anderes glaube ich, es stimmt wirklich nicht, daß mit mehr Geld ein gutes wissenschaftliches Klima entsteht und daß dadurch der Brainexport, wie Sie gesagt haben, zu stoppen ist. Keine Rede, sondern die Wahrheit ist, die Leute kommen aus dem Ausland, weil es dort verrückte Hochschulgesetze gegeben hat, die sie vertrieben haben, deshalb kommen sie zu uns. Das zweite Wahre ist, daß es bereits äußerst schwer geworden ist — ich erlebe ja Berufungsverhandlungen — Leute herzuherufen, weil Bedingungen herrschen, die unerträglich sind. Ein Ordinarius bekommt keine Schreibkraft, keinen Assistenten angeboten, was glauben Sie, wer da noch zu uns herkommt? Daß ist die Wahrheit, die hinter den Budgetzahlen steckt. Ich weiß, Herr Abgeordneter, Ihr Studium ist schon länger beendet, und Sie sehen die Dinge nicht so aus der Nähe. Ich kann Ihnen aber versichern, daß dieses wissenschaftliche Klima längst nicht mehr existiert.

Nun ein zweiter Punkt, die Sozialpolitik in Studentensachen. Es ist vollkommen richtig, daß der neue Entwurf die Höchststipendien erhöht, nur bekommt die keiner mehr, weil gleichzeitig die Einkommensgrenzen so gesenkt wurden, daß jeder automatisch herausfällt. Also bitte, ich habe unwidersprochen erklärt, daß der neue Entwurf erstmals in der Sozialpolitik in Österreich einen Rückschritt bedeutet, weil ein Dreipersonenhaushalt bei 5000 Schilling keinen Groschen Stipendium mehr erhält, früher waren es 6400 Schilling. Wo da ein Fortschritt ist, das müssen Sie mir bitte erst sagen, und dazu hat der Herr Abgeordnete Strenitz wohlweislich nichts gesagt.

Was die sonstige Förderung beinhaltet, muß ich Ihnen auch sagen, der Herr Minister Androsch ist da anderer Meinung, der hat nämlich gesagt: „Die Schülerfreifahrt ist ja ohnehin nur für die Scheininskribierenden.“ Also für jene Leute, die lediglich die Karte zum Freifahren haben wollen und die ohnehin nicht studieren. Da müssen Sie sich mit ihm einigen, wie das jetzt mit der Förderung der Schülerfreifahrt ist.

Das letzte, was meine Vorschläge betrifft. Ich gebe offen zu, das war nicht ausgefeilt, das war nicht im Detail überlegt. Aber eines müssen Sie jetzt auch entscheiden. Entweder stimmt es, was Sie zuerst gesagt haben, nämlich die Verbindung von Theorie und Praxis war nichts Neues, oder Sie sagen, es ist Maoismus. Denn wenn es Maoismus ist, dann haben wir bis jetzt Maoismus in Österreich gehand-

habt, weil es nichts Neues ist. Ich würde mich dazu bekennen, daß es wirklich nichts Neues ist, theoretisch überhaupt nicht und praktisch in vielen Fällen angewendet. Die landwirtschaftlichen und gewerblichen Schulen machen das, daß sie jemanden nicht nur einseitig im Hirn ausbilden oder einseitig an der Hand, sondern daß sie beides verbinden. Nichts anderes als das möchte ich bei der sogenannten allgemeinen Bildung, weil ich nicht einsehe, wieso es Menschen gibt, bei denen nur das Hirn gefördert wird, und solche, bei denen nur die Muskeln gefördert werden. Ich habe für den ganzen Menschen plädiert, und das erscheint mir auch eine Form von sozialer Gerechtigkeit. Da Sie gestern dabei applaudiert haben, nahm ich an, daß Sie dem zustimmen. Ich verstehe eigentlich nicht recht, warum Sie sich von gestern auf heute plötzlich geändert haben.

Ein letztes, was den Mut betrifft, den Sie zuletzt angesprochen haben, den Mut festzustellen, daß man umkehren muß, nicht jammern darf, wenn die Lehraufträge gekürzt werden, nicht jammern darf, wenn man keinen Schreibtisch bekommt. Ich wäre der letzte. Aber Sie haben ja die Verheißung plakatiert und sagten: „Mehr Geld, und dann kommen alle aus allen sozialen Schichten an die Hochschule, mehr Geld, und ich habe alle Probleme der Hochschule gelöst.“ Gerade die Chemiestudenten fragen jetzt, warum haben Sie uns mit der einen Hand geschenkt und mit der anderen nehmt ihr es uns wieder weg? Die Enttäuschung darüber, daß Sie Ihre Verheißungen nicht einhalten können, diese Enttäuschung ist es, die auf der Hochschule frustriert.

Da meinte ich, statt weiter Quantität zu versprechen, wollen wir uns doch lieber gemeinsam die neuen Inhalte überlegen. Denn mehr Geld ausgeben kann bald wer, aber zu sagen, wie es neu ausschauen soll, dazu braucht es mehr Hirnschmalz, und ich meinte, wenn wir das auf eine breite Basis stellen und uns zusammentun und überlegen, wie die Zukunft aussehen soll, dann nützt das wirklich, und eine Polemik, wo man einfach spielt: die bösen Schwarzen, die guten Roten oder umgekehrt, die nützt uns, glaube ich, gar nichts. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hatsich der Herr Landesrat Bammer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Bammer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Budgetdebatte bringt es leider mit sich, daß nach dieser so hochwissenschaftlichen Auseinandersetzung über unsere hohen Schulen ich mich nunmehr an den Herrn Abgeordneten Maitz als den Sprecher der ÖVP zu Sportfragen wenden möchte, um einige Ergänzungen anzufügen. Ich hoffe, der Kollege Wegart ist deshalb nicht böse, er kommt ja anschließend, glaube ich, sofort zu Wort. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Im Gegenteil!“)

Zuerst der kleine Hinweis, daß der Bund beim Jugendgästehaus Graz seine Verpflichtungen nicht eingehalten hat. Herr Abgeordneter Maitz, das ist doch keine Einbahnstraße. Ich habe jahrelang als

Beteiligter um die Errichtung, die Fertigstellung und Überdachung der Kunsteisbahn in Graz-Liebenau mitverhandelt. Es war alles auf Drittelbasis ausgehandelt, und die Stadt Graz hat, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, insgesamt maximal 20 Prozent bezahlt. Wir haben versucht, das zu vertreten, der Bund hat Verständnis gehabt. Nunmehr bemüht sich die Bundesstadionverwaltung schon eine geraume Zeit um die Errichtung einer zweiten Kunsteisbahn im Freien neben der Halle. Der Bund hat von den zuständigen Herren in Graz bisher noch keine Antwort bekommen — vermutlich aus finanziellen Gründen. Ich wollte damit nur zeigen, daß das ganze wirklich keine Einbahnstraße ist, es ergeben sich im Laufe von Jahren so verschiedene Entwicklungen.

Ich möchte aber vor allem in Sportfragen etwas über den steirischen Horizont hinausschauen. Die bedeutendsten Ereignisse im ablaufenden Jahr waren zweifellos die Winterolympiade in Innsbruck und die Sommerolympiade in Montreal. Die Diskussion über den österreichischen Sport, vor allem bei den Verantwortlichen im Olympischen Komitee, ist in ein sehr ernstes Stadium getreten, denn mit geringen Ausnahmen sind die österreichischen Erfolge und entsprechend die steirischen nicht sehr groß. In Innsbruck war eine einzige steirische Rodelmannschaft in Igels am dritten Platz, das war leider alles; in Montreal hat es für ganz Österreich zu einer Bronzemedaille gereicht.

Es gibt einige sehr interessante Ziffern, die vielleicht auch die Diskussion etwas anreichern sollen und das Verständnis der Abgeordneten in diesen Belangen etwas vergrößern könnte. Ziffern aus Montreal, die, wie ich glaube, kaum veröffentlicht wurden: Aus 89 Ländern haben 6000 aktive Sportler teilgenommen; es waren über 10.600 Journalisten und Berichterstatter anwesend — auf einen Sportler eininhalb Journalisten —; es wurden 16.000 Sicherheitsbeamte eingesetzt. Diese drei Ziffern zeigen schon eine sehr bedenkliche Entwicklung im Fest des Friedens der Sportler, wie die Olympiade fallweise genannt wird.

Wir haben in Montreal eine Entwicklung fortgesetzt gesehen, die zu großen Diskussionen führt. 1968 haben die Länder Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika, die DDR 38 Prozent aller Medaillen, in Ziffern 223 Medaillen, erreicht. Vier Jahre später in München haben die gleichen drei Länder 44 Prozent aller Medaillen, das sind 258 Gold-, Silber- und Bronzemedaillen, errungen. 1976 in Montreal haben dieselben Länder, Rußland, Amerika und DDR, 52 Prozent aller Medaillen, das sind 309 Medaillen, errungen. Es ist nicht verwunderlich, daß es in der Schweiz, in Holland, in Belgien, ja sogar in England und Frankreich die gleiche Diskussion gibt, ob es überhaupt noch einen Sinn hat, Sportler zu dieser großen Veranstaltung alle vier Jahre zu delegieren, denn die Entwicklung zeigt zweifellos, daß es wahrscheinlich in vier Jahren ein noch stärkeres Dominieren dieser drei Nationen gibt, wobei der Abbau, der Rückfall der Athleten aus den Vereinigten Staaten, zweifellos zu beobachten ist und einigermaßen bedenklich stimmt.

Zum Finanziellen: Die Mexikaner behaupten, sie haben 1968 aus den Olympischen Spielen einen materiellen Gewinn gezogen. München spricht von 500 Millionen Schilling Abgang bei den Spielen, Montreal spricht von 18,5 Milliarden Schilling Abgang. Dies ist eine Entwicklung, die zweifellos sehr unangenehm ist.

Wenn wir versuchen, aus den letzten Olympischen Spielen nach dem Zweiten Weltkrieg die Erfolge Österreichs mathematisch festzustellen, um herauszufinden, welche Sportarten Chancen bieten, daß wir zu Erfolgen kommen, so ist hier der alpine Wintersport mit den nordischen Disziplinen, mit dem Springen, zu nennen, dann sind wir schon bei den Ruder- und Paddelbewerben, den Fechttern, den militärischen Fünfkämpfen und den Schützen. Aus nahezu allen klassischen Sportarten sind wir ausgeschieden und haben kaum mehr Chancen.

Sie mögen also erkennen, daß die Überlegungen in den Sportgremien Österreichs ernsthaft sind, wie in Zukunft der Sport geführt, vor allem aber, in welchen Schwerpunkten er gefördert werden soll. Es ist ja auch nicht zu übersehen, daß etwa im alpinen Schisport seit der Errichtung des Schipools Geld in Hülle und Fülle zur Verfügung steht, die Erfolge aber in dieser klassischen österreichischen Sportdisziplin rückläufig, in einzelnen Sparten sogar bedenklich rückläufig sind, und daß etwa im nordischen Bereich die Qualifikation eines einzigen Mannes bewiesen hat, daß es gar nicht das Geld ist, welches den Erfolg bringen muß, sondern daß es wahrscheinlich die moderneren Trainingsmethoden, die Autorität eines Trainers und ein besseres Management sind.

Wenn Sie, Herr Abgeordneter Maitz, mit Stolz darauf verwiesen haben, daß in diesem Jahr 121 Steirer Staatsmeistertitel errungen haben, so befinden wir uns als Steirer leider auch auf den Nebensportplätzen. Das ist bedenklich, aber wahr. Der steirische Sport ist leistungsmäßig leider auch rückläufig.

Auch wir werden uns Gedanken machen müssen, wie die von Ihnen zitierten Sportförderungsmittel, die im Landesvoranschlag vorgesehenen Mittel, sinnvoll angewendet werden; zweifellos im Spitzensport schwerpunktmäßig, im allgemeinen aber scheint mir eine maximale Förderung zur Aufrechterhaltung des Sportbetriebes in den Vereinen die einzige Chance, unserer Jugend auch in Zukunft die Möglichkeit zu geben, Sport wettkampfmäßig, allerdings ohne Rosinen im Hirn, zu betreiben.

Damit können wir sagen, wir sind auf einer Ebene, die wieder den Ausspruch rechtfertigt: Sport ist gesund. Die Sportärzte wissen, daß der Hochleistungssport längst nicht mehr gesund ist. Wer sich etwa auch im Fernsehen Montreal angeschaut hat — die ostdeutschen Schwimmerinnen, knabenähnlich proportioniert, die dreizehn-, vierzehnjährigen Mädchen aus Rumänien beim Turnen, zweifellos überfordert, wahrscheinlich in wenigen Jahren sogenannte Sportkrüppel, und andere Tendenzen —, und wenn Sie etwa den Weltmeister-Superschwergewichtler, den Russen Alexejew, anschauen — er ist wie ein Kran, kaum mehr menschenähnlich —, so

sind das ja auch zweifellos nicht die Vorbilder, die wir anstreben. Was wir, glaube ich, gemeinsam wollen ist, unserer Jugend eine optimale Möglichkeit zu geben, Sport in dem Maße zu betreiben, daß wir sagen können: Sport ist gesund. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bevor ich auf das Kapitel Sport eingehe, und zwar in wenigen Sätzen, möchte ich sagen, wie es mir ums Herz ist: Ich habe aufmerksam dem Diskussionsbeitrag über die Kinderspielplätze zugehört. Ich bin auf dem Land aufgewachsen und gestehe gleich, ich habe keinen Spielplatz gehabt, ich habe auch keinen gebraucht. (Abg. Gratsch: „Da war es anders!“) Ich habe Wald und Wiese, Felder und Bäume gehabt, und ich bin als Kind ganz gut entwickelt gewesen (Heiterkeit. — Abg. Ing. Turek: „Sie schauen heute auch noch ganz gut aus, Herr Landeshauptmann!“), und ich könnte nicht sagen, daß ich irgendwo auf diesem Gebiet einen Mangel gelitten habe. Aber, meine Damen und Herren, wenn man dem zuhört — ich muß es jetzt sagen, ich habe gesagt, ich sage, wie es mir ums Herz ist —, wenn man diesen Krämpfen zuhört, die hier geäußert werden in dem Zusammenhang, dann geht mir einiges durch den Kopf. Wir schreien nach einem Gesetz. Ich weiß nicht, wieviele Steirer, wenn sie das hören würden, sagen würden, ja, haben die keine anderen Sorgen in ihrem Kopf in diesen Tagen als ein Kinderspielplatzgesetz.

Wir sind angetreten, meine Damen und Herren, vor drei Generationen auf den Achtstundentag. Wir sind in weiterer Folge angetreten auf die Fünftageweche (Abg. Brandl: „Da wart ihr noch nicht dabei!“), wir sind angetreten auf die Vierzigstundenwoche. Ja, natürlich, das ist doch nicht eure Erfindung allein. (Abg. Brandl: „Inzwischen seid ihr beigetreten!“) Aber jetzt haben wir die Fünftageweche, wir haben die Vierzigstundenwoche, nur eines haben wir nicht: Zeit für unsere Kinder, soweit noch Kinder da sind. Und dann schreien wir nach einem Gesetz, weil wir der Meinung sind, das ist die sicherste Lösung, daß wir alle Probleme auch für unsere Kinder gelöst haben. In Wahrheit haben wir damit, das sage ich Ihnen, gar nichts gelöst. (Beifall bei der OVP.)

Meine Damen und Herren, Freund Peltzmann hat gestern ein wahres Wort gesagt, und ich kann es nur unterstreichen, nämlich: Das Wichtigste ist nicht das Geld, das Wichtigste ist die Frage, ob wir Zeit haben, und prüfen wir uns ehrlich, auch jeder von uns, auch hier auf dieser Bank und da unten, ob wir jene Zeit auch in Wahrheit für die aufbringen, die am ehesten Anspruch hätten, daß wir ihnen diese Zeit geben, und das gilt nicht nur für hier, das gilt auch für die Mehrheit unserer Bevölkerung. Ich zerbreche mir nicht den Kopf um Kinderspielplätze in Massen- und in Ballungsräumen (Abg. Dr. Strenitz: „Das wäre aber gut!“), dort, wo es

nicht mehr eine Ehe mit Kindern, sondern in der Regel die Ein- oder Zwei-Hunde-Ehe gibt. Die brauchen keinen Kinderspielplatz mehr, sondern da laufen ohnehin andere Interessen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Hundesportplatz!“) Wir glauben auch in anderer Hinsicht, alle unsere Probleme sind gelöst, wenn wir die Kinder vor den Fernsehschirm hinstellen können, weil dann sozusagen alles geregelt und alles getan sei. Das sind die Dinge, die wir nicht sagen, wir kommen da mit kräftigen intellektuellen Darstellungen, aber in Wahrheit schaut das Leben doch ein wenig anders aus. Ich sage Ihnen das als politischer Handwerker, ich mußte das sagen, weil ich mir dachte, wenn man da zuhört und ich mir vorstelle, daß das der steirischen Bevölkerung gesagt werden soll, dann weiß ich nicht, ob sie uns versteht und uns begreift. (Abg. Dr. Strenitz: „Das wird sie nicht begreifen!“) Ich weiß schon, um was es geht.

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Worte zum Sport. Ich möchte ein paar Gedankengänge sagen, und zwar deshalb, weil ich glaube, daß wir in der Frage des Sportes doch zwei Dinge auseinanderhalten sollen: den Hochleistungssport und den Sport, der mir am Herzen liegt, nämlich den Breitensport. Was hat der Hochleistungssport denn letzten Endes zustande gebracht? Wir haben soeben ein paar sehr kluge Worte des Herrn Kollegen Bammer gehört. Ich glaube, wenn man jetzt zu diesen Worten etwas sagt, dann könnte man sagen, wir strapazieren den Sport als völkerverbindende Sache, wir strapazieren ihn als eine Sache, wo gesagt wird: „In einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist“ usw. Wie schaut es denn in Wahrheit aus? Die Weltoffenheit durch den Sport hat nicht stattgefunden. Geblieben ist ein steriler, weltspotttouristischer Konformismus. Toleranz im Sport und durch den Sport, auch das ist eine Chimäre, Arroganz, Überheblichkeit, Chauvinismus beherrschen die Szene. Die Verantwortung des Teiles im Ganzen, des Ganzen gegenüber dem Teil ist kaum mehr zu finden, im Sport schon gar nicht. Weltweiter Catch, ein jeder gegen jeden. Einfachheit, Bescheidenheit, Natürlichkeit, die scheint eine Daseinsweise für Dumme, eine Klausur für Nostalgiker geworden zu sein. Das ist nämlich die Wahrheit, wenn wir sie sehr kritisch prüfen.

Ich gehe jetzt sehr schnell und sehr bewußt auf Montreal ein. Meine Damen und Herren, hier hat ein Sport stattgefunden, von dem ich persönlich glaube, daß er nicht gesund ist. Wir reden immer davon, wir sollen Vorbildern folgen. Ich bin dafür, daß es Vorbilder gibt, bei Gott, aber wenn wir einmal Vorbilder züchten, wie sie uns in Montreal vor Augen geführt würden, diese kann man weder nachahmen noch sie je erreichen. Wenn wir etwa denken, daß zum Beispiel der Rudolf Milsner Wadenkrämpfe bei seinem Einsatz erreicht hat und nicht durchgekommen ist und sich herausgestellt hat, daß er Salztalsetten, Kalzium und andere chemische Mittel erhalten hat, aber sein sogenannter Wasserhaushalt in Unordnung geraten ist, so daß er technisch nicht mehr mitkommen konnte und in der entscheidenden Phase zusammengebrochen ist. Ich frage mich, was hat das mit Sport

zu tun? Oder wenn ich an Peter Michael Kolbe denke, der einen Kreislaufzusammenbruch kurz vor dem Ziel erlitten hat. Schuld soll eine Spritze gewesen sein, die er kurz zuvor bekommen hatte. Der Inhalt dieser Spritze besteht aus einer Vitaminlösung, die unter der Bezeichnung „Perolase“ in Athletikkreisen besonders bei Dauerleistungen bekannt und geschätzt ist. Sie bewirkt beim Stoffwechsel in der Muskelzelle eine Senkung des Milchsäuregehaltes, sie zögert den Zeitpunkt der Übersäuerung hinaus. Der Effekt: Die Ermüdung der Muskulatur tritt später ein. Weil die Lösung als Spritze verabreicht wird, ist ihr zeitlicher Wirkungsbereich auf die Minute genau festzulegen. Durch eine unkluge Taktik, zu hohes Anfangstempo, stimmte Kolbes Timing nicht mehr. Was hat das mit Sport zu tun? Mit dem, daß wir sagen, der Mensch soll Sport betreiben, damit er gesund ist, damit er seinen Körper in Fahrt bringt. Oder wenn ich auf den Finnen Lasse Viren komme, der den Langstreckentriumph nicht zuletzt darauf zurückführt, daß er einen Blutaustausch vornehmen ließ. Sportmediziner des Ostblockes haben diese Methode der Leistungssteigerung erfunden. Einem Athleten wird das durch ein Spezialtraining mit vielen roten Blutkörperchen und Sauerstoff angereicherte eigene Blut entnommen. Der Sportler erhält es aus der Tiefkühltruhe erst kurz vor dem Start wieder als zusätzliche Sauerstoffquelle in die eigenen Adern zurück. Da frage ich mich neuerdings, was hat das mit Sport zu tun oder mit den Dingen, von denen wir zu reden hätten. Oder, Kollege Bammer hat es bereits gesagt, die ostdeutschen Schwimmerinnen. Der Trainer der ostdeutschen Schwimmmannschaft wurde von einem Journalisten gefragt: „Sagen Sie, mir fällt auf, daß Ihre Schwimmerinnen eine tiefe Stimme haben und daß sie einen so starken Haaransatz am Körper haben.“ Wissen Sie, was er geantwortet hat? „Ja, das stimmt, aber die sind nicht zum Singen hergekommen.“

Das heißt mit anderen Worten, hier wird der Mensch und der Sportler, und das müssen wir uns vor Augen halten, in Wahrheit manipuliert, und zwar in einer Art und Weise, daß ich mich am Anfang und am Schluß frage, was hat das mit dem Sport und was hat das mit dem Menschsein zu tun? Das sind die Fragen, die in den Raum zu stellen sind, wenn wir uns über den Hochleistungssport unterhalten, wenn wir die Meinung haben sollten, daß das etwas Nachahmenswertes sei und das vor allem für uns gelte.

Ich zitiere nur Hans Breitbach-Bernau, der hier in Graz vor kurzem im Volkskundemuseum zur Frage der Hexenküche des modernen Hochleistungssportes sagte: „Nach diesen Ausführungen und Darlegungen wird man nicht umhin können, sich ernste Gedanken über den weiteren Weg des Hochleistungssportes zu machen.“ Er sagte: „Chemische Spiele, saubere Spiele, Spiele mit erlaubten und unerlaubten Hilfen, immer anspruchsvollere Anlagen, immer erweiterte Methoden des Trainings, immer mehr Zeit dafür, von echten Amateuren längst nicht mehr aufwendbar, immer strengere Spezialisierung und geradezu systematisch Typenzüchtung, immer mehr Wissenschaft und Technik

und Kommerz und Industrie inmitten der Arenen und Stadien. Wohin steuert der gesamte Hochleistungssport, dem die Olympischen Spiele, die Weltmeisterschaften und Erdteilmeisterschaften verschiedener Art gelten." Meine Damen und Herren, das sind die Fragen, die einem am Herzen liegen, wenn man sich mit Sport beschäftigt und wenn man die Frage stellt, was wir auf dem Gebiet zu tun haben.

Ich glaube persönlich und möchte als der zuständige Referent, soweit mir Möglichkeiten einer Einflußnahme offenstehen, sagen: Das ist nicht unser Ziel, das ist nicht unsere Absicht, und ich lasse keinen Zweifel darüber: Für diese Methode würde mir jeder Groschen an Steuergeldern leid tun.

Meine Damen und Herren, deshalb kann es nur unsere Aufgabe sein, daß wir dem Breitensport einen Vorrang einräumen. Dem Breitensport auf allen Ebenen, die möglich und denkbar sind, und ich glaube, da dürfen wir eines sagen, da liegt die Steiermark gar nicht so schlecht. Hier ist einiges geschehen, und wenn wir jetzt feststellen, was gesagt werden muß, dann sind es die Fragen, die uns Ärzte sagen.

Ärzte sagen, daß im Jahre 1950 die Herz- und Kreislaufkrankungen 21 Prozent der Todesursachen ausgemacht haben. Heute, nach einem Gesundheitsbericht der Bundesregierung, stehen sie mit 43 Prozent an der Spitze aller Todesursachen. Inzwischen konnten namhafte Wissenschaftler einwandfrei belegen, daß es sich bei einem großen Teil dieser Fälle — da möchte ich hinaus — um echte Bewegungsmangelkrankheiten handelt, die durch körperliches Ausdauertraining hätten wirksam beeinflußt werden können. Das ist die Wahrheit.

Die Wahrheit ist, daß die Kinder — und jetzt bin ich dort, wo es um Städte, um Ballungsräume geht — Spielplätze bekommen sollen; wir bauen sie in vielen Fällen übrigens auch über den Tourismus; weil wir bemerkt haben, daß zum Beispiel unsere Gäste, die in das Land kommen, obwohl sie in der Zeit frei haben, sich auch bemühen, daß sie ihre Kinder auf einen Spielplatz bringen, damit sie sich selber einmal ein paar Stunden für ihre Angelegenheiten freihalten können. Ich glaube, daß es darauf ankommt, daß wir unsere Kinder und unsere Jugendlichen sportlich betätigen, daß wir den Aktivitätsüberschuß, den sie heute leider da und dort bei Ersatzhandlungen abzureagieren versuchen, in Schlägereien, in Rasereien mit den Motorfahrzeugen oder in Diskotheken, in andere Bahnen lenken, indem wir hier stärker alle Sportanlagen fördern und bauen, damit sie die Möglichkeit haben, sich dort entsprechend zu betätigen. Da glaube ich, wird es darauf ankommen, daß wir die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, selbstverständlich für diese Zwecke einsetzen.

Meine Damen und Herren, das sind ein paar Gedankengänge, die ich zum Sport sagen wollte. Ich möchte bewußt auf längere Ausführungen verzichten, weil ich versprochen habe, mich kurz zu fassen. Wir haben in den letzten Jahren in unserem Sportstättenprogramm Sportplätze, Fußballplätze, Tennisplätze, Fitnesszentren erhalten. Mittlerweile ist auch eine Reihe von Einrichtungen für den Win-

ter geschaffen worden. Ich nenne hierbei Hallenbäder, ich nenne auch unsere Freibäder, ich nenne die vielen Möglichkeiten des Wanderns, über die unser Land verfügt. Mit einem Wort, es kommt darauf an, daß sich alle Sportorganisationen auch darum bemühen, dem Sport im ursprünglichen Sinne des Wortes zu huldigen und daß wir da alle die Dinge einsetzen, die uns zur Verfügung stehen. Ich glaube, wenn wir diesem Grundsatz huldigen, dann haben wir ganz sicher diesem Land einen weitaus größeren Dienst erwiesen, als wenn wir sagen, wir haben da und dort einen Hochleistungssportler, dem wir jene Manipulation zuteil werden lassen, die ich hier an solchen Extrembeispielen aufgezeigt habe. Wem ist denn damit gedient? Ich glaube, wichtig ist der Breitensport in allen Fragen, der Bewegungssport, daß wir sagen können, daß es wahr ist und wahr wird, daß in einem gesunden Körper auch ein gesunder Geist wohnt. Da kommt es darauf an, daß man alles tut, was man mit dem Wort Bewegung umschreibt. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Landesrat Peltzmann.

Landesrat Peltzmann: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Gruppe 2 finden Sie auch die Ansätze und die Post für die Landesberufsschulen, die ihren stärkeren Niederschlag dann im außerordentlichen Haushalt finden, sowie die Mittel für die Lehrlingsförderung. Wir haben im Jahre 1965 eine Gesamtplanung erstellt, die dahin zielt, allen steirischen Lehrlingen den Besuch von lehrgangsmäßigen Berufsschulen zu ermöglichen.

Hier, glaube ich, darf ich doch ein bißchen einhaken und darf Dank sagen all meinen Vorrednern, denn wenn ich mir die Diskussion bezüglich der Berufsschulen und der dualen Ausbildung der letzten dreizehn Jahre vor Augen führe, dann hat sich hier doch ein starker Wandel zugunsten der dualen Ausbildung, das heißt der Ausbildung Betrieb und Schule, ergeben.

Wenn hier von Jugendorganisationen, von der Gewerkschaftsjugend immer wieder Forderungen aufgestellt werden, den Teil der Schulausbildung zu vergrößern, das heißt, in der Lehrzeit einen breiteren Raum für die Schulausbildung einzuräumen, dann, glaube ich, sehen dies die jungen Menschen in erster Linie aus der Sicht von Wien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte Gelegenheit, vor kurzem über dieses Problem mit Herrn Unterrichtsminister Sinowatz zu sprechen und mußte auch dort feststellen, daß er in erster Linie bei seinen Überlegungen die Erfahrung Wien zugrunde legt. Nun, wir können halt einmal Wien nicht heranziehen, weil Wien zum größten Teil nur die Tagesschule kennt und nicht die lehrgangsmäßige Schulführung, wie wir sie bereits in der Steiermark für 87 Prozent aller Lehrlinge installiert haben.

Ich darf ganz kurz auf das Programm, das vor uns liegt, hinweisen. Wir brauchen zur Fertigstellung, das heißt zur Realisierung, daß auch die restlichen 20 Prozent unserer Lehrlinge in lehrgangsmäßig geführten Schulen ihren schulischen Unter-

richt erhalten können, glaube ich, noch einen Zeitraum von vier bis fünf Jahren. Zur Zeit wird die Landesberufsschule in Gleinstätten vollendet, das heißt, wir werden mit dem Schuljahr 1977/78 bereits diese Schule in Anspruch nehmen können. Die Landesberufsschule Knittelfeld ist bereits in Planung, so daß wir rechnen können, im Frühjahr 1977 die Ausschreibung hinauszugeben. Die Landesberufsschule Lassing ist bereits praktisch im Vorplanungsstadium. Ich glaube, dann, wenn wir dieses Programm absolviert haben, können wir all die anderen Sachen, die berechtigt an uns herangetragen werden, zum Beispiel den Ausbau der Sportstätten bei den Landesberufsschulen, realisieren, aber es wäre zur Zeit unverantwortlich, die Gelder zu zerteilen, weil, glaube ich, die erste Voraussetzung, die wir zu schaffen haben, ist, allen Lehrlingen der steiermärkischen Wirtschaft die lehrgangsmäßige Schulpflicht zu ermöglichen.

Es kommt noch dazu, daß unsere Landesberufsschulen für das Gastgewerbe über die Grenzen der Steiermark hinaus einen guten Ruf haben, und Sie finden heute, ganz gleich, wo sie in der Welt herumkommen, immer wieder Manager, Betriebsführer, Hoteldirektoren, die sich stolz als Gleichenberger bezeichnen. Wir sind aber das einzige Land, das einen so als wichtig bekannten Schultyp unterhält und nicht die Möglichkeit einer praktischen Zwischenausbildung in einem sogenannten Lehrhotel vollziehen kann. Aus diesen Überlegungen heraus wurde in Aigen ein Gebäude angekauft und wird umgebaut. Nun muß ich Ihnen sagen, daß eine Neuentwicklung vielleicht die Einrichtung dieses Gebäudes als Lehrhotel nicht möglich machen wird. Es wurde 1972 der neue Lehrberuf des Hotel- und Gastgewerbeassistenten eingeführt. Damals waren es ganze 14 Lehrlinge, zur Zeit werden in Gleichenberg alle Lehrlinge aus Österreich eingeschult, wir sind bereits auf einem Lehrlingsstand von 160. Wenn diese Steigerung — und sie wird von unseren Mitarbeitern angenommen — so weiter anhält, wird uns gar nichts anderes übrigbleiben, als in dem vorgesehenen Lehrhotel —, und wir wissen, daß keinerlei Umplanungen notwendig sein werden — die Landesberufsschule für diesen Lehrberuf zu installieren.

Wenn ich ganz kurz die Lehrlingsstatistik darlegen kann: Es werden zur Zeit in der Steiermark 32.912 Lehrlinge — das wird sich vielleicht um 20 oder 25 in den einzelnen Ziffern widersprechen, das hängt ja vom Datum der Statistikerstellung ab — nach der letzten Statistik, wie ich sie jetzt von der Abteilung in die Hand bekommen habe, in der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet. Das hat mein Kollege Prensberger schon richtig angezogen, daß davon die Industrie nur 5808 Lehrlinge ausbildet. Ich glaube, wir müssen alles dazu beitragen, das haben wir bereits getan, wir haben sämtliche Sektionsobmänner zu einer Besprechung zusammengerufen und haben gebeten, alles dazu beizutragen, daß wir neue Lehrplätze, und hier besonders für die nächsten drei, vier Jahre, der steirischen Jugend zur Verfügung stellen können.

Nach unserer Vorausschau werden sich die Lehrlingszahlen in den nächsten Jahren, und zwar von 1977 bis 1980, um rund 1000 erhöhen. Das heißt,

wir müssen in der Steiermark in der Lage sein, in diesen Jahren 1000 neue Lehrplätze zu schaffen, um 1000 neue Lehrplätze der Jugend zur Verfügung zu stellen. Wir werden das eine oder andere versuchen, und wir werden versuchen, auch in Betrieben, die heute noch keine Lehrlingsausbildung vornehmen, das Interesse zu wecken und nicht nur das, sondern die Verantwortlichen auf ihre Verantwortung unserer Jugend gegenüber aufmerksam zu machen. Ich hoffe, daß hier bei einem einigermaßen guten Willen und bei einer echten damit befaßten Zusammenschau aller dies doch zu einem Großteil möglich sein müßte.

Wir haben seit dem Jahr 1963 25.258 Lehrlinge mit einer Summe von 42 Millionen und 400.000 Schilling gefördert. Auch die Erstellung der Bezugsberechtigung, wenn ich mich so ausdrücken darf, bedarf einer neuen Überlegung, und ich werde die Damen und Herren des Hohen Hauses bitten, Anfang des nächsten Jahres der Zusammenstellung eines Kuratoriums ihr Ja zu sagen, das sich zur Aufgabe macht, diese neue Überlegung zu fixieren, neue Richtlinien zu erarbeiten. Hier eine Bitte, der Präsident der Arbeiterkammer ist ja nicht hier, aber wir haben uns bereits vor vier Jahren schriftlich und mündlich an die Arbeitsmarktverwaltung gewandt und haben gebeten, ob es nicht möglich wäre, hier eine Zusammenschau — um Doppelsubventionierung auszuschließen — und eine Auswechslung der Listen vorzunehmen. Das wurde damals von der Arbeitsmarktverwaltung abgelehnt. Ich glaube, daß die Mittel, die auch teilweise über die Arbeitsmarktverwaltung vom Bund und die Mittel, die vom Land zur Verfügung gestellt werden, aus einer gemeinsamen Sicht an diese jungen Menschen vergeben werden sollen, weil wir dann doch eine breitere und gerechtere Streuung zuwege bringen könnten.

Ich darf herzlich Dank sagen, Dank sagen allen, die hier mit dieser Aufgabe beschäftigt waren, dem Beirat für das Berufsschulwesen, den Beamten und insbesondere den Lehrern in den Berufsschulen. Ich glaube, daß das unter den Lehrern den schwierigsten Aufgabenbereich darstellt, weil gerade der junge Mensch vom 15. bis zum 19. Lebensjahr in einer Entwicklungsstufe steht, in der er nicht mehr so leicht führbar ist, wie das noch in der Volks-, Hauptschule oder Unterstufe der Mittelschule der Fall ist. Diese Menschen haben ja nicht nur die pädagogische Aufgabe, sondern auch die Aufgabe, sich der Entwicklung der Wirtschaft immer wieder anzupassen, das heißt, sie müssen mit der technischen aber auch mit der Führungsmentalität im einzelnen Betrieb Schritt halten können, weil sonst der Schüler, also der Lehrling, von sich aus selbst feststellt: „Wir sind ja im Betrieb schon viel weiter als das, was uns hier in der Schule gelehrt wird.“ Wir haben bis jetzt immer wieder diesen Anschluß halten können, und ich muß sagen, der Großteil unserer Berufsschullehner war jederzeit bereit, diese Aufgabe zusätzlich zu übernehmen, und das Ergebnis, das wir bei unseren Lehrabschlussprüfungen seit Jahren feststellen können, verbessert sich von Jahr zu Jahr.

Der Ausfall, der gestern angezogen wurde, betrifft in erster Linie die Mädchenberufe. Der Wechsel beim männlichen Lehrling ist ausgesprochen gering, so daß das kein Anlaß zur Besorgnis ist. Es wird immer wieder sein, daß ein junger Mensch aus dem einen oder anderen Grund in dieser Zeit den Wunsch verspürt, seinen Ausbildungsweg zu verändern. Bei den Mädchen ist das etwas schwieriger.

Auch wird man natürlich daran gehen müssen, die Auszubildenden in der Wirtschaft einer gewissen Schulung zu unterwerfen. Wir werden uns auch nicht dem Wunsch der Arbeitnehmervertreterorganisationen über eine Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes, daß bei der Meisterprüfung der Prüfungsgegenstand Pädagogik und Menschenführung einbezogen wird, entgegenstellen. Nur sollen wir auch wieder den gemeinsamen richtigen Weg finden, den Weg, den die Wirtschaft letzten Endes auch verkraften kann.

Ich darf herzlichst den Wirtschaftstreibenden, den Unternehmungen und den Auszubildenden in den Betrieben Dank sagen. Ich appelliere an Sie: Erkennen Sie den Druck, in dem wir zur Zeit stehen, das heißt, daß die an uns herankommenden stärkeren Geburtenjahrgänge genauso ein Recht auf Ausbildung haben. Ich glaube, daß uns dann die Gesamtwirtschaft, die Entwicklung dieses Wirtschaftssektors, eines Tages Dank sagen muß, weil sie dann feststellt, daß eine expandierende Wirtschaft als erste Voraussetzung eine gut ausgebildete Facharbeiterschaft vonnöten hat. Herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat Landesrat Prof. Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, Hohes Haus!

In der Gruppe 2 ist von Kindergärten und Schulen die Rede. Ich möchte dazu in einigen Sätzen Stellung nehmen. Was die Kindergärten betrifft, haben wir eine Entwicklung, die in sehr großer Streuung in den steirischen Bezirken vorangeht. Wir halten derzeit bei 394 Kindergärten mit 701 Gruppen. Wir werden im Laufe dieses Kindergartenjahres 1976/77 die Zwanzigtausendgrenze erreichen, das heißt, daß wir 20.000 Kindergartenplätze anbieten können.

Wir hatten uns eine Schallmauer vorgenommen, die darin bestehen soll, daß für 50 Prozent der Kinder, die drei bis fünf Jahre alt sind, Kindergartenplätze angeboten werden und haben uns das Ziel gesetzt, diesen Zustand im Jahre 1980 zu erreichen. Ich kann dazu sagen, daß wir aller Voraussicht nach dieses Ziel bereits zwei Jahre vorher, im Jahre 1978, erreichen werden. Das geht auf zwei Fakten zurück. Einerseits auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Pfarren, Kindergartenhaltern und dem Land; auf der anderen Seite allerdings auch auf die sinkenden Geburtenziffern.

Wir sind bei der Beratung der planenden Gemeinden und Pfarren äußerst vorsichtig. Wir überprüfen genau die vorliegenden Geburtenziffern. Wir warnen vor Luxusprojekten. Wir sagen: „Baut

keinen neuen Kindergarten, wenn ihr die Möglichkeit habt, in einen bestehenden Raum, in eine Schule oder beispielsweise in einen Pfarrhof diesen Kindergarten wesentlich billiger einzubauen,“ und in Zweifelsfällen sagen wir: „Macht nicht zwei Gruppen sondern eine, macht nicht eine Gruppe sondern macht keine.“ Das bedeutet mit anderen Worten: „Wenn ihr eine kleine Gemeinde mit sehr wenig Kindern seid, dann setzt euch mit den Nachbargemeinden zusammen und macht zusammen einen eingruppigen Kindergarten.“ Ich glaube, wir können im wesentlichen sagen: Es ist eine gute Entwicklung, wir haben wiederum 50 Projekte im ganzen Land, die sorgfältig vorbereitet werden und in der nächsten Zeit in Bau gehen können.

Wir sind auch darangegangen, das Kindergartenengesetz aus dem Jahre 1964 zu novellieren. Es ist das Begutachtungsverfahren abgeschlossen; es wird jetzt an dem Entwurf gearbeitet. Er wird sicherlich im Laufe des Jahres 1977 Ihnen, meine Damen und Herren, im Landtag vorgelegt werden. Es wird sich um Definitionen von Kindergärten kümmern, Sonderkindergärten, Saisonkindergärten, mobile Teilzeitkindergärten für den ländlichen Raum, es wird die Offenhaltenszeiten sehr genau zu regeln versuchen, die Fortbildung der Kindergärtnerinnen, die Mitwirkung der Eltern — ein Punkt, der uns sehr am Herzen liegt — und es wird darin sicherlich auch von der Lage und von der baulichen Gestaltung von Kindergärten die Rede sein; natürlich auch vom Kindertanzspielplatz beim Kindergarten.

Was im übrigen die Diskussion um die Spielplätze betrifft, so meinen wir, daß es wichtig ist, räumliche Voraussetzungen zu lösen, deswegen das Problem im Zusammenhang mit der Bauordnung oder Raumordnung zu sehen. Ein spezielles Gesetz hat bisher anderswo keine Erfolge gebracht. Es hat vor kurzem diese Tagung, diese Kindergartenenquête stattgefunden, in der ein Referent aus der Bundesrepublik, Axel Röhrborn, dem Sinne nach gesagt hat, daß in den Ländern, in denen in der Bundesrepublik Spielplatzgesetze bestehen, es nicht besser ist als in den anderen. Wir glauben also, daß die Lösung auf einem anderen Weg in Angriff genommen werden muß.

Was die Schulen betrifft, meine Damen und Herren: Das Hauptschulnetz umfaßt 186 Hauptschulen, wir haben drei weitere im letzten Jahr errichtet, es ist ein komplettes Netz entstanden. Die Sonderschulen sind weitgehend auch über das ganze Land gezogen worden. Probleme gibt es bei den Volksschulen, nämlich bei den niedrig organisierten Volksschulen. Wir hatten im letzten Jahr 48 einklassige Volksschulen. Wir haben in diesem letzten Schuljahr einvernehmlich acht aufgelöst. Aber leider stimmt die Rechnung 48 minus 8 ist gleich 40 nicht, sondern die Rechnung heißt 48 minus 8 ist 46, weil inzwischen sechs zweiklassige Volksschulen einklassig geworden sind. Der Grund sind die sinkenden Geburtenziffern. Wir halten an der Linie fest, Auflösungen nur dann zuzustimmen und sie vorzunehmen, wenn es eindeutig der Wunsch aller Beteiligten, der Gemeinden und der

Bevölkerung ist, wir werden versuchen, diese Schulen zu halten, so lange wir können, um nicht der totalen Entvölkerung gewisser Räume in unserem Land Vorschub zu leisten. Es hat also — man kann ruhig so sagen — ein gewisser Kampf um das Kind eingesetzt. Gemeinden, Bürgermeister raufen sich um Schulsprengelgrenzen, um einzelne Schüler hat der Kampf eingesetzt, um eine Schule aufrechterhalten zu können.

Ich möchte aber, meine Damen und Herren, ein paar Worte zu einem anderen Kampf um das Kind sagen, der auch eingesetzt hat, nicht unbedingt in Österreich, aber in Nachbarländern und vor diesem Kampf möchte ich sehr warnen. Wir leben in einem Land, in dem die Entwicklungen etwas langsamer sind, in Österreich. Wir sind sozusagen ein Spätentwicklerland, das hat manche Vorteile, weil wir Fehler, die anderswo gemacht werden, dann nicht rasant nachmachen, sondern zuerst beobachten können und unsere Lehren daraus ziehen. Sie werden wissen, meine Damen und Herren, daß Schulreform in Ländern wie der Bundesrepublik oder auch in England leider ein diskreditiertes Wort geworden ist, und sie hat sich da und dort tatsächlich den Zorn der Öffentlichkeit zugezogen. Es ist sicherlich kein Zufall, daß es Kommissionen gibt, die sich „Anwalt des Kindes“ nennen und die in mehreren Ländern der Bundesrepublik entstanden sind, und die Kritik üben an gewissen Entwicklungen einer schnellen, einer vielleicht zu schnellen Schulreform, die man ernst nehmen sollte. Worum handelt es sich dabei?

Ein paar Punkte: Es handelt sich um die Kritik an den Mammutschulen, die da und dort entstanden sind, in denen Kinder und Schüler wie in einem Labyrinth durch die Gänge irren, keine Bezugspersonen mehr haben, weil die Lehrer ununterbrochen wechseln und auch ihre Klassen- und Kurskameraden, wodurch sie in die Anonymität hineingeschleust werden. Dieses Problem müssen wir sehen, das Problem der Obergrenzen bei den Schülerzahlen an unseren Anstalten.

Oder: je größer das Schulzentrum, desto größer der Anfahrts- oder Anmarschweg, desto größer die Probleme der Schülerbeförderung. Die Zumutbarkeit dieser Beförderungswege muß immer wieder überprüft werden. Das haben wir auch zu bedenken bei Neugründungen oder bei Auflösungen von Schulen.

Oder, meine Damen und Herren, ein Punkt, der auch in das Innere der Schulhäuser hineingeht, nämlich die totale Verwissenschaftlichung des Unterrichtes, die auf ein falsches Menschenbild zurückgeht, das da glaubt, daß der Mensch nur mehr aus Kopf besteht. Man spricht in der Bundesrepublik von der „Verkopfung“ des Kindes, der in der Schule Vorschub geleistet wird und die nicht stimmt. An dieser Stelle muß davon gesprochen werden, daß es auf die kreativen Fächer auch ankommt, auf die emotionale Bildung des Kindes, auf den sportlichen Ausgleich.

Ein sehr großer Österreicher, wie mancher große Österreicher in diesem Land wenig bekannt, war Ludwig Wittgenstein. Er war ein messerscharfer

Intellekt, er hat keine Gefühlsduselei betrieben, aber er hat einmal sehr eindrucksvoll formuliert, daran sollten wir manchmal denken, wenn von unseren Schulen die Rede ist: „Wir fühlen, daß, selbst wenn alle möglichen wissenschaftlichen Fragen beantwortet sind, unsere Lebensprobleme noch gar nicht berührt sind.“ Meine Damen und Herren, das ist ein Satz, über den man lange nachdenken kann.

Nehmen Sie als Folge dieser Entwicklung die Überfrachtung der Lehrpläne. Auch hier muß die Belastbarkeit des Kindes und des Schülers neu gesehen und neu überprüft werden. Eine Flut von Arbeiten und Tests ist über die Schüler hereinbrochen. Wie sieht es hier mit der Leistungsbeurteilung aus? Auch sie ist, so glaube ich, zu überdenken.

Oder das berühmte Problem der Hausaufgaben. Ich habe schon das letzte Jahr hier von diesem Parallelunterricht gesprochen. Es hat ein Boom in der Erwachsenenbildung eingesetzt, in hellen Scharen strömen die Eltern zu Kursen über die Mengenlehre, weil ihre Kinder in der Schule neue Mathematik lernen. Auch hier ein Problem, das neu gesehen werden müßte.

Auf der einen Seite immer mehr in die Schule hineinstopfen um auf der anderen Seite immer weniger Zeit der Schule zu lassen. Die Fünf-Tage-Woche, meine Damen und Herren, darf zu keiner Streßschule führen, denn sonst würde sie total falsch liegen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte also meinen, es kommt immer mehr auf die Probleme der inneren Schulreform an, auf eine humane Entwicklung der Schule. Nicht die Reform krankjamern, aber die Reform richtig weiterentwickeln. Und die Chance haben wir und müssen wir in Österreich wahren.

Es ist von den Sparerlässen gesprochen worden. Tatsächlich stimmt es, daß die Fächer, auf die ich gerade Bezug genommen habe, am meisten darunter gelitten haben. In der Steiermark fallen derzeit an Pflichtgegenständen aus: 270 Wochenstunden in Leibesübungen in einer Zeit, in der man von der Bewegungslosigkeit der Kinder und von ihren Haltungsschäden spricht; es fallen 162 Wochenstunden in Musikerziehung aus, wo doch auch Kreativität gefördert werden sollte; in bildnerischer Erziehung sind es 80 Wochenstunden, im Handwerken und in Werkerziehung weitere 53 Wochenstunden. Gerade diese Fächer, wo Phantasie, Geschicklichkeit und körperliche Entfaltung angesprochen werden, leiden am meisten unter diesem Vorgang. Meine Damen und Herren, es muß alles vermieden werden, daß eine solche Entwicklung auch in unseren Pflichtschulen, in unseren Hauptschulen einsetzt.

Der Herr Unterrichtsminister hat kürzlich zu einer Konferenz eingeladen. Es schwebt ihm vor, eine ähnliche Normenverordnung für die Hauptschulen in allen Bundesländern vorzuschlagen oder einzuführen. Die Antworten waren einhellig mit Ausnahme Wiens. Na klar, in Wien gibt es natürlich auf diesem Gebiet keine besonderen Fragen, aber in allen Bundesländern, in denen wir in Streu-

siedlungen viele Menschen wohnen haben, ist die Klassenschülerhöchstzahl bei einem solchen Normenerlaß ein ganz wesentliches Problem, eine zentrale Frage. Es geistert auf Grund der derzeitigen gesetzlichen Situation die Normzahl 30 pro Klasse herum. Diese Zahl ist für die Bundesländer nicht annehmbar. Es hat der Landesschulrat Berechnungen angestellt, wie es in den einzelnen Bezirken der Steiermark auf diesem Gebiet steht. Graz ist relativ am besten dran, liegt aber auch schon unter 30. Bei einem normal weitergeführten Unterricht liegt die Klassenschülerdurchschnittszahl an den Hauptschulen in Graz bei 28, im Bezirk Deutschlandsberg bei 27,6, im Bezirk Bruck bei 25,1, in Murau bei 24,8. Das heißt mit anderen Worten es droht auch hier ein neues Gefälle und es droht vor allem wiederum, daß ausgerechnet die Kinder aus den entlegensten und gebirgigen Bezirken die letzten sind, die die Hunde beißen. Das, meine Damen und Herren, ist unzumutbar und darf nicht passieren.

Meine Damen und Herren, noch ein kurzes Wort zu den Hochschulen, weil zur Diagnose gestern und auch heute sehr viel gesagt worden ist. Ich kenne auch diese OECD-Länderprüfung, die über Österreich vorliegt. Es ist richtig, daß darin sehr viel Gutes über die Entwicklung in unserem Land gesagt wird, aber es gibt auch zwei oder drei zentrale Punkte, die von den ausländischen Experten hart kritisiert werden und für die es gut gemeinte Verbesserungsvorschläge gibt. Drei Punkte nur:

1. Es wird ein Mangel an Flexibilität kritisiert, der sich darin ausdrückt, daß zu viel starre Bindungen zwischen Studium auf der einen Seite, Qualifikation auf der anderen Seite und Einstieg in den Arbeitsprozeß auf der dritten Seite vorliegen. Mehr Flexibilität im Bildungswesen ist wünschenswert und notwendig:

2. Es wird kritisiert, daß rund zehn Prozent eines Geburtenjahrganges in die Hochschulen eintreten. Aber daß von diesen Eintretenden fast 50 Prozent aussteigen, die sogenannten drop outs, das ist international gesehen eine unheimlich hohe Rate. Das sind dann die Männer und Frauen, die sehr oft frustrierte Nichtakademiker werden, weil sie nach ihrem Studienabbruch keine weiteren Chancen hatten, im Berufsleben irgendwo unterzukommen. Daher Gegenvorschlag nach ausländischem Muster — es gibt ja Vorbilder, das sind jetzt keine Utopien — stärker auf ein Baukastensystem einzusteigen. Etwa nach dem amerikanischen System, wo es möglich ist, in kleineren Einheiten sein Studium zu absolvieren und wo auch nach kleineren Einheiten ein Studienabschluß es ermöglicht, in das Berufsleben einzusteigen und vielleicht später weiterzumachen, vielleicht auch gekoppelt mit der Erwachsenenbildung: ein Blocksystem, ein Baukastensystem, hier Hochschule, dort Erwachsenenbildung. Das gibt es schon in Ansätzen in verschiedenen Ländern. Hier müßte in Österreich weitergedacht werden.

3. Es wird in diesem Bericht kritisiert, daß von den Hochschulstudierenden in Österreich mehr als 80 Prozent an Universitäten inskribieren, an denen

sie dann vier, fünf, sechs oder gar mehr Studienjahre vor sich haben. Vorschlag zur Verbesserung: mehr praxisorientierte Studienangebote, die nicht nur die großen theoretischen Studiengänge der Universitäten darstellen. Mehr Kurzstudien, nicht um es billiger zu geben, sondern um das Angebot aufzufächern, die postsekundären Kurzstudien, die anderswo ja auch bereits existieren, bei uns erst in Ansätzen, in Abiturientenkursen und Colleges, müßten in Österreich wesentlich stärker entwickelt werden. Wird das nicht der Fall sein, dann droht da und dort ganz bestimmt eine Kollapserscheinung des Systems, wie sie auch in Nachbarländern bereits vorhanden ist und zum Beispiel in der Bundesrepublik zu dem nicht wünschenswerten numerus clausus geführt hat.

Meine Damen und Herren, wir haben bei der letzten steirischen Akademie Iwan Illich in Graz gehabt. Das ist ein Provokateur, aber es gibt auch heilsame Provokateure. Man muß das wegstreichen, was an ihren Äußerungen übersteigert ist, und über den Rest nachdenken. So war auch diese Einladung gedacht, und ich habe eine Stelle aus einem seiner Bücher herausgegriffen. Ich möchte sie zitieren, weil sie — glaube ich — eng im Zusammenhang mit dieser Diskussion über Entwicklung der Hochschulen in Österreich und der inneren Schulreform an den anderen Schulen zu sehen ist. Ein wörtliches Zitat: „Das im Menschen erwachende Wissen durch verordnete Bildung ersetzen, heißt im Menschen den Poeten ersticken, seine Kraft einfrieren, der Welt einen Sinn zu geben. In dem Maße, wie man den Menschen von der Natur abschneidet, ihm schöpferische Arbeit wegnimmt, seine Neugierde verstümmelt, wird der Mensch entwurzelt, geknebelt und welkt dahin. Seine physische Umwelt überzubestimmen läßt seinen Körper revoltieren. Wenn man sein ausgewogenes Wissen verfaulen läßt, macht man aus ihm einen Spielball seiner Maschinen. Er wird in ein vollklimatisiertes Glück verpackt und sterilisiert. Es bleibt ihm nur mehr die Wut, er bringt um oder er bringt sich um.“ Soweit eine Diagnose von Iwan Illich. Gesehen aus Eindrücken in Chicago und New Jersey. Wir sind glücklicherweise noch nicht so weit, aber wir sollten über solche Entwicklungen nachdenken. Im übrigen kann ich Ihnen mitteilen, es hat dem Iwan Illich in Graz so gut gefallen, die Diskussionen, in denen er auch hart gefordert wurde, waren für ihn so spannend, daß er selbst den Wunsch geäußert hat, im nächsten Jahr wiederum nach Graz zu kommen. Ich glaube, das spricht für das geistige Klima unseres Landes.

Meine Damen und Herren, es geht also darum, mehr Kreativität in Reformen hineinzubringen, nicht die Schule deswegen krankzujammern. Die flankierenden Maßnahmen, die gesetzt werden in der außerschulischen Jugendarbeit, in der Erwachsenenbildung, sind genauso wertvoll. Für Sie alle sei hier Dank gesagt, denen, die in Schulen und außerhalb von Schulen für unsere Jugend und auch für unsere Erwachsenen im Land arbeiten. Es werden viele positiven Leistungen gesetzt. Ziel dieser Bildungsarbeit muß immer wieder sein: mehr körperliche Gesundheit, mehr seelisches Wohlbefinden

und mehr geistige Entfaltung, mit einem Wort: mehr Lebensglück. In diesem Sinne müssen wir in unserem Land weiter tätig sein. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Der Herr Berichterstatter Abgeordneter Haas hat das Schlußwort.

Abg. Haas: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Ich wiederhole meinen gestern gestellten Antrag und ersuche das Hohe Haus, die Budgetgruppe 2 anzunehmen.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Berichterstatter ist Abgeordneter Georg Pranchh, dem ich das Wort erteile.

Abg. Pranchh: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 3 behandelt Kunst, Kultur und Kultus mit den Untergruppen Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Museen und Sammlungen, sonstige Kunstpflege, Heimatpflege, Rundfunk, Presse, Film und sonstige Kulturpflege. In dieser Gruppe sind für 1977 Einnahmen in der Höhe von 4.137.000 Schilling präliminiert und an Ausgaben 205.487.000 Schilling, das ist eine Ausgabenerhöhung in der gesamten Gruppe 3 um 13,3 Millionen Schilling.

Der Finanz-Ausschuß hat diese Gruppe in seiner letzten Sitzung beraten und ich stelle im Namen dieses Ausschusses den Antrag, die vorliegenden Ansätze zu genehmigen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hoher Landtag! Meine geehrten Damen und Herren!

Eine Analyse der Ansätze der Gruppe 3 zeigt ein für mich zunächst überraschendes, aber allgemein interessantes Bild, und zwar, daß 75 Prozent aller Ausgaben dieser Gruppe in Graz getätigt werden. Und zwar sind 75 Prozent direkt für Graz ausgewiesen, die restlichen 25 Prozent umfassen Posten, die durchaus auch in Graz wirksam werden, so daß man mit ziemlicher Sicherheit behaupten kann, daß etwa 80 Prozent aller Ausgaben dieser Gruppe Graz zugute kommen. Nun, es gibt keine Gruppe, die in diesem hohen Maß Graz betrifft und ich erlaube mir daher, aus dem gegebenen Anlaß auch auf einige der Probleme einzugehen, die die Landeshauptstadt betreffen und die in anderen Voranschlagsposten ihren

Niederschlag finden. Ich erbitte dazu Ihr Einverständnis, ich erspare Ihnen dadurch eine weitere Wortmeldung.

Nachdem wir bei der Gruppe 3 sind, möchte ich die Punkte besonders hervorheben, die diese Gruppe betreffen. Das sind zunächst einmal die Hochschule für Musik und darstellende Kunst mit 18 Millionen, die Landesmusikschule mit 27 Millionen nach Abzug der Einnahmen, das Philharmonische Orchester und der Musikverein mit über 12 Millionen, die Vereinigten Bühnen mit 40 Millionen, das Joanneum mit 40 Millionen, Ausgaben zu Fragen der Altstadterhaltung 1,3 Millionen, Künstlerhaus 900.000 Schilling, Forum Stadtpark 200.000 Schilling, Ausgaben für den „steirischen Herbst“, sprich Trigon, und dergleichen und im außerordentlichen Haushalt besonders bemerkenswert ein Beitrag zur Erneuerung der Heizung im Opernhaus mit 4 Millionen Schilling, Ausbau des Joanneums wieder 4 Millionen, Neue-Galerie-Ausbau eine Million, Domorgel fast eine halbe Million Schilling und bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ortsbilderhaltung und dem Altstadtkern von Graz von 1,5 Millionen Schilling.

Diese Ziffern, die an sich interessant sind und eine Menge von Vorhaben betreffen, die den Grazern lieb und wert sind, zeigen uns aber auch darüber hinaus etwas anderes. Sie zeigen einmal, daß das Land Verständnis für die zweitgrößte Stadt hat und Vorhaben in dieser Stadt fördert. Sie zeigen aber weiters, daß die Landeshauptstadt Graz als Landeshauptstadt zentrale Aufgaben und Funktionen zu erfüllen hat, daß diese Aufgaben und Funktionen über die Kraft der Stadt hinausgehen und daher Anlaß für beträchtliche Aufwendungen des Landes sind. Sie zeigen vor allem die Problematik der Stadt Graz, einer Stadt, wie keine andere in Österreich das Schicksal Österreichs der letzten 60 Jahre widerspiegelt.

Meine Damen und Herren, Graz ist vielleicht die österreichische Stadt überhaupt, wenn Sie sich vergegenwärtigen, was sich alles ereignet hat. Nicht nur der Niedergang der Monarchie und der Übergang zum Kleinstaats Österreich finden in Graz ihren Niederschlag, sondern darüber hinaus ist es auch bedeutungsvoll, daß ein doch erheblicher Teil der Steiermark, die Untersteiermark, im Süden abgetrennt wurde, daß Graz aus einer zentralen Lage an den Warenströmen aus Ungarn, Jugoslawien, Oberitalien, nach Obersteiermark und umgekehrt plötzlich in eine Randlage gedrängt wurde, in eine Randlage am Schnittpunkt sozusagen verschiedener wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Systeme in Österreich. Graz ist eine Stadt, die für andere Dimensionen gebaut und geplant wurde und wenn der Ausdruck Strukturschwächen überhaupt irgendwo Bedeutung hat, so ganz sicher in Graz. In einer bösen und Graz nicht wohlwollenden Weise wurde die Stadt in der Vergangenheit öfter als Pensionopolis bezeichnet, eine Apostrophierung, die heute nicht mehr zutrifft. Es ist richtig, daß in Graz noch vieles aufzuholen ist und die Umstellung, die ich angedeutet habe und die wir ganz einfach als Strukturprobleme bezeichnen kön-

nen, noch nicht abgeschlossen ist. Das Nord-Süd-Gefälle in Europa, aber auch in Österreich ist eine Gegebenheit und der Verlust des Hinterlandes, und zwar nicht nur des direkten der Untersteiermark, sondern auch des wirtschaftlichen Hinterlandes, das bis weit nach Krain und Oberitalien gereicht hat, ist etwas, was sich nicht innerhalb von wenigen Jahren bewältigen läßt.

Dazu kommt, und das sei hier auch erwähnt, eine sträfliche Vernachlässigung durch die Wiener Zentralstellen, ganz gleich welcher Couleur immer. Jeder, der in Bischofshofen den Zug besteigt, um in die zweitgrößte Stadt Österreichs zu fahren, wird feststellen, daß er sich in einer besseren Lokalbahn befindet, die diese Strecke in einer ganz unglaublichen Zeit zurückzulegen imstande ist. Der Wagenpark auf der Südbahn und das Fehlen von wenigstens einer Autobahnverbindung zu den großen Städten Österreichs sprechen eine sehr deutliche Sprache. Meine sehr geehrten Damen und Herren, erinnern Sie sich, was es noch vor wenigen Jahren an Krämpfen, Aufregungen und geradezu Erpressungsversuchen bedurft hat, um zu verhindern, daß der Flugverkehr nach und von Graz nicht eingestellt wurde. Die Pendlerzüge in der Früh, die Siedlungen am Rande der Stadt, auch wenn deren Architektur nicht immer zumindest meinen Vorstellungen entspricht, die Entwicklung von Handel, Gewerbe und Industrie, haben trotz der standortbedingten Nachteile aber doch gezeigt, daß Graz eine Stadt ist, die jung ist, sich entwickelt und vor allem eine Stadt ist, die Zukunft hat. Das vorliegende Landesbudget zeigt, daß das Land Steiermark in einem sehr hohen Maße bereit ist, diese Situation in Graz zu erkennen, ihr Rechnung zu tragen und sie zu fördern.

Ich habe gesagt, in der Gruppe 3 sind fast 80 Prozent Ausgaben in Graz und das zeigt die zentrale Situation, die es notwendig macht, daß Graz viele Funktionen, Einrichtungen unterhält und errichtet, die für die ganze Steiermark von Bedeutung sind. Das gilt aber nicht nur für das Opernhaus und für das Philharmonische Orchester, das gilt in ganz gleicher Weise für Fußgängerzonen, für die Beschleunigung des Verkehrs in Graz, für das Kongreßzentrum und viele der anderen Aufgaben, die scheinbar zunächst nur den Grazern zugute kommen, in Wirklichkeit aber, fast könnte man sagen, auch einem Prestigebedürfnis des Landes entsprechen, vor allem aber allen, die nach Graz kommen, und das sind nun einmal in erster Linie die Steirer, und daher das allgemeine Interesse betreffen. So ist man als Abgeordneter dieser Stadt Graz in einer zwiespältigen Rolle, einerseits auf Leistungen hinweisen zu können, die dieses Land für die Stadt erbringt und zweitens mit geradezu bittender und fordernder Gebärde, wie es einem eben entspricht, weitere Leistungen verlangen zu müssen.

In aller Kürze aber doch möchte ich nur einige dieser Probleme hier aufzählen, damit wir erkennen, in welchem hohem Maße, wenn wir es wollten, das Landesbudget in Graz untergebracht werden könnte. Es ist zunächst das Kongreßzentrum der Stadt Graz zu erwähnen, das Kongreßzentrum der Landeshauptstadt Graz, also das Kongreßzen-

trum des Landes Steiermark, das im Budget bereits Berücksichtigung gefunden hat und in den Jahren 1977 und 1978 errichtet werden soll.

Es gilt darüber hinaus durch eine weitere Förderung aus Wohnbaumitteln eine effektivere Vollziehung des Altstadterhaltungsgesetzes zu ermöglichen. Das hat in der Vergangenheit in dankenswerter Weise stattgefunden, es ist aber notwendig, daß es in Zukunft so weitergeht.

Es wurden in Graz für die Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs 45 Millionen Schilling seitens des Landes eingesetzt, der Bund hat in dankenswerter Weise 13 Millionen aus der Nahverkehrsmilliarde für die zweitgrößte Stadt Österreichs ebenfalls zur Verfügung gestellt. Der erste Schritt des Beschleunigungskonzeptes ist abgeschlossen, der zweite Schritt, nämlich der Ankauf der Betriebsmittel, ist notwendig.

Es gilt in Graz die Durchzugsstraßen, die in Landes- oder Bundesbesitz sind, weiter auszubauen und endlich den durchziehenden Verkehr, gewissermaßen den Verkehr, der von Hamburg nach Saloniki durch Graz durchgeht, aus der Stadt hinauszubringen, ich möchte daher an dieser Stelle nochmals sagen: der Tunnel durch den Plabutsch ist dringend notwendig. Die Umfahrung, die auf der Südseite durch die Autobahnspange Gleisdorf—Mooskirchen gelungen ist, ist auf der anderen Seite der Stadt eine dringende Notwendigkeit und sollte unser aller Unterstützung und Intervention in Wien bekommen. Dabei, Schulwegsicherung. Die Grazer können nichts dafür, daß der internationale Verkehr durch die Stadt rollt, ein Verkehr, der dieser Stadt nur Belastungen und keinen Vorteil bringt.

Das Theaterwesen ist angeschnitten worden. Es geht der Stadt Graz darum, eine Änderung des Kostenteilungsschlüssels für den Abgang zu finden. Die Vorschläge sind zum Beispiel, daß das Land das Philharmonische Orchester übernimmt. Hier, glaube ich, sollte man sich zusammensetzen und diskutieren. Es fällt unter dasselbe Kapitel die Frage: Fassade des Opernhauses, Heizung des Opernhauses und Neubau eines Bühnengebäudes für die Vereinigten Bühnen. Jeder, der einmal mit dem Theater zu tun gehabt hat und die Werkstätten gesehen hat, die verstreut über die ganze Stadt in ganz unglaublichen Räumen sind, wird diese Notwendigkeit erkennen.

Der Schulbau in Graz, ein Versäumnis vergangener Perioden, bedarf dringend der Unterstützung des Landes, das in dankenswerter Weise, wie bereits allgemein bekannt, nun beiträgt, daß es möglich ist, durch den Bau von 50 neuen Schulklassen den Wechselunterricht in den Volks- und Sonderschulen aufzulassen und in den Hauptschulen wesentlich zu verringern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube nicht, daß es allgemein bekannt ist, daß es in Graz noch Wechselunterricht in Volksschulen gibt, daß es Bezirke gibt, die über keine Hauptschule verfügen. Es gibt Kinder, die in Graz über eine halbe Stunde fahren und gehen müssen um die Schule zu erreichen im Nachmittagsunterricht, die um 18,15 Uhr Schluß haben und deren Eltern sie dann abholen

müssen, weil es bekanntermaßen nicht möglich ist, vor allem junge Mädchen in stockfinsterner Nacht durch einsame Gebiete von der Schule nach Hause gehen zu lassen.

Ich habe die Pyhrnautobahn erwähnt, sie ist wichtig, um den durchziehenden Verkehr aus der Stadt herauszubringen, sie ist gleichermaßen wichtig um die Stadt mit den industriellen Zentren, sprich Linz und weiteren Wien, aber auch mit dem Westen Europas besser zu verbinden, als das heute über den Pyhrn oder über das Ennstal möglich ist.

Das Kindergartenwesen ist ein weiteres Anliegen der Stadt Graz und natürlich wie überall in der Steiermark sind die Auswirkungen des Sozialhilfegesetzes auch in Graz hoffentlich mit Landesförderung möglich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wäre nicht richtig über die Stadt Graz zu sprechen ohne die politische Entwicklung in dieser Stadt in den letzten Jahren unberücksichtigt zu lassen. Die Sozialisten mußten sich in Graz im Jahre 1973 von der Rolle der Rathausmehrheit verabschieden, von einer Rolle, die sie über 27 Jahre gespielt haben, einer Rolle, die liebgewordene Gewohnheiten mit sich gebracht hat und die letztlich auch zu einer Überheblichkeit im Rathaus geführt hat.

Die Vorgänge sind bekannt, Bürger der Stadt Graz wollten über ein Volksbegehren die Trassenführung der Pyhrnautobahn durch den Stadtbezirk Eggenberg verhindern. Der Bürgermeister, ergrimmt über die offensichtliche Undankbarkeit der Grazer Bevölkerung seinen Beglückungsversuchen gegenüber, hat versucht, durch bürokratische Schikanen, nämlich Legalisierung der Unterschrift in der Beethovenstraße, diesen Bürgern sozusagen die „Wadln vüri zu richten“ und ihnen alle Gedanken auf direkte Demokratie abzugewöhnen. Die Grazer haben in entsprechender Form reagiert und in den Gemeinderatswahlen des Jahres 1973 haben sowohl ÖVP wie FPÖ im Graz zu Lasten der Sozialistischen Partei Gemeinderatssitze und Stimmen und zusammen die Mehrheit gewonnen.

ÖVP und FPÖ haben darin den Auftrag gesehen, eine Änderung in Politik, Personen und Stil herbeizuführen und haben, gestützt auf diesen Wählerauftrag, die Koalition beschlossen, die heute in dieser Stadt regiert und wie Meinungsumfragen, die auf beiden Seiten dieses Hauses gemacht werden, zeigen, auch bei der Bevölkerung gut ankommt. Die Sozialisten haben aus dem Debakel des Frühjahres 1973 relativ wenig gelernt, wenn man bedenkt, daß die Bevölkerung eine Änderung in Politik, Personen und Stil haben wollte, denn die Rathausmannschaft, die Stadtsenatsmannschaft der Sozialistischen Partei, ist bis auf einen Stadtrat dieselbe, die vordem geherrscht hat. Wenn daher eine Änderung im Stil eingetreten ist, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß die Österreichische Volkspartei und die Freiheitliche Partei so einen Stil herbeigeführt haben und können sich dieses die Sozialisten nicht als ihren Verdienst anrechnen. Trotzdem muß ich sagen, daß die Zusammenarbeit im Stadtsenat, abgesehen von einigen Bremsmanövern, einigen Oppositionsversuchen, ab und zu

einer kleinen Obstruktion, ganz gut funktioniert und letztlich auch die Sozialistische Partei in Graz erkannt hat, daß (Abg. Hammerl: „Da ist nichts zu bremsen. Wenn man bremsen will, muß zuerst eine Bewegung sein!“ — Landesrat Bammer: „So brems halt der Edegger!“ — Abg. Loidl: „Was hat das mit Kultur zu tun?“) es eben nicht geht, gegen die Bürger zu regieren. Die Bürger in Graz haben sehr wohl gemerkt, daß sich am Stil in Graz etwas geändert hat. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Da muß man ein Mikroskop haben!“)

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit der Gemeinderatswahl 1973 hat es in Graz 120 Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften gegeben. Es haben 25 Bürgerversammlungen stattgefunden, es wurde in 40 Fällen ein Lokalaugenschein vorgenommen und 45 Bürgerbesprechungen durchgeführt. Nicht zu vergessen die Volksbefragung über die Trassenführung der Pyhrnautobahn. Dem gegenüber kann ich Ihnen sagen, nehmen sich die beiden Volksbefragungen der Ära Scherbaum sehr bescheiden aus, noch dazu wenn man sich den Inhalt derselben anschaut. Denn damals wurde über die Rathausfassade abgestimmt und ob der neu zu errichtende Hackherlöwe sein Schweiferl links oder rechts haben soll. (Landesrat Bammer: „Wir sind für links!“)

Die Bürger der Stadt Graz haben aber nicht nur in der Demokratisierung gewonnen und erkannt, daß die neue Koalition und die neue Rathausmehrheit eine wesentlich demokratischere und den Bürgern zugewandte Politik macht, sondern es hat sich auch in Graz — jetzt Herr Landesrat Bammer komme ich schon auf Ihre Zwischenrufe zu sprechen — (Landesrat Bammer: „Nichts geändert!“) positiv in finanzieller Hinsicht ausgerichtet. Denn der scheidende Referent für die Gemeinden, der bis zum Jahre 1973 die Gemeinde Graz unter Aufsicht hatte, hat in den letzten vier Jahren seiner Amtsführung für Graz aus Bedarfszuweisungsmitteln ganze 72,5 Millionen, bitte 50.000 Schilling mehr oder weniger, (Landesrat Bammer: „Von 42 Prozent der Mittel, Herr Kollege!“) aufgebraucht. In den vier Jahren, seit dem denkwürdigen Datum im Jahre 1973, führt der Herr Landeshauptmann die Aufsicht über Graz und hat in der Zeit 137 Millionen zuweisen können, (Landesrat Bammer: „Von dem großen Haufen, den er hat!“) was einer Steigerung von 75 Prozent bzw. 54,5 Millionen entspricht, (Landesrat Bammer: „Von 67 Prozent!“ — Landeshauptmann Dr. Niederl: „Fast dreiviertel der Gemeinden!“) was selbst unter Berücksichtigung der seither ständig steigenden Inflationsrate ein beachtlicher Betrag und eine beachtliche Steigerung ist und es können sich die Grazer Sozialisten daher insofern trösten, als sie ohne weiteres einen Teil der Schuld für den Wahlmißerfolg des Jahres 1973 dem Referenten auch zuteilen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Landesrat Gruber: „Herr Kollege Fuchs, darf ich einen Zwischenruf machen?“) Bitte! Gerne. (Landesrat Gruber: „Heißt das, was Sie gesagt haben: Wenn kein sozialistischer Bürgermeister sondern ein ÖVP-Bürgermeister ist, dann gibt es auch automatisch

mehr Geld vom Land?“) Nein. Herr Landesrat, ich danke für Ihren Zwischenruf, ich habe zugehört und Sie werden so freundlich sein und auch zuhören. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Nein!“ — Landesrat Gruber: „Sie haben es so dargelgt!“) Herr Landesrat, Sie werden jetzt genauso zuhören, wie ich zugehört habe. Es heißt, um Ihre Frage konkret zu beantworten, daß der Herr Landeshauptmann für die Anliegen der Stadt mehr Verständnis gehabt hat als der Herr Landesrat Bammer, nichts anderes. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Sie waren auch schon besser!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grazer Österreichische Volkspartei ist stolz darauf, durch die Koalition, in der sie die bestimmende Kraft ist, (Landesrat Bammer: „Da wird der Götz keine Freude haben!“) und mit dem Bürgermeister Götz und seinem Stellvertreter Hasiba ein so hohes Maß an Punkten des Stadterneuerungskonzeptes verwirklicht zu haben, des Stadterneuerungskonzeptes, das sie vor der Wahl der Grazer Bevölkerung vorgestellt haben. Das Stadterneuerungskonzept, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein Teil des Modell Steiermark, an dessen Verwirklichung wir hier wie in allen anderen Bereichen weiterarbeiten werden. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Fuchs, du hast den Hasiba gestohlen!“)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Präsident Gross. Ich erteile ihm das Wort.

Zweiter Präsident Gross: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Ich werde den sehr ernstlichen Versuch unternehmen, wirklich nur zur Gruppe 3 zu sprechen und Dinge ausklammern, wie zum Beispiel die Trassenführung einer Autobahn, wo ich der Meinung bin, daß es dafür andere Kapitel gibt. (Abg. Dr. Eichinger: „Da redet ihr nicht gerne darüber!“)

Als ich heute in der Früh zu Fragen der Erwachsenenbildung gesprochen habe, meinte ich unter anderem auch, daß es vordringliche Aufgabe einer wohlverstandenen Kulturpolitik sei, auf die gewaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen der Gegenwart zu antworten und dahingehend zu wirken, daß der Mensch der Industriegesellschaft nicht zu einem seelenlosen Automaten eines übermächtigen Wirtschaftssystems wird. Wir alle wissen, meine Damen und Herren, daß der Freizeitgestaltung mit zunehmender Arbeitszeitverkürzung immer größere Bedeutung zukommt. Darin liegt für den Einzelnen jetzt die große Chance, sich jenen Werten zuzuwenden, die ihn über die Sorgen des täglichen Lebens erheben, und die er zur Verwirklichung eines echten Menschseins auch tatsächlich braucht.

Menschsein heißt ja, glaube ich, nicht nur arbeiten um der Existenz willen, es heißt vor allem auch Teilnahme an kulturellen Äußerungen der Vergangenheit und der Gegenwart. Damit will ich sagen, daß es nicht genügt, daß der Mensch nur im Mittelpunkt des politischen und wirtschaftlichen Denkens steht, sondern daß es vor allem auch darauf ankommt, daß er in gleicher Weise

ein aktiv Beteiligter am Kulturgeschehen ist. Das Bedürfnis nach Kunst und Kultur gehört zu einer der wichtigsten Lebensäußerungen der Menschen seit urdenklichen Zeiten und bedeutet letzten Endes Formung und Verwirklichung menschlicher Persönlichkeit. Für den Menschen unserer Tage bedeutet dies, daß er die Konfrontation mit der Welt und ihren Problemen nicht nur als passiver und vielfach manipulierter Betrachter erleben soll, sondern daß er vielmehr in direktem Erlebnis — sei es im Theater, im Konzert, in Ausstellungen und anderem mehr — durch eigene schöpferische Aktivität sich eine Meinung bilden soll. Mit diesen Feststellungen ist die Forderung nach einer aktiven Kulturpolitik verbunden.

Meine Damen und Herren, spätestens seit dem Vorliegen der vom Unterrichtsminister Dr. Fred Sinowatz in Auftrag gegebenen Studie über das Kulturverhalten in Österreich wissen wir, daß ein ganz großes Problem in der fortschreitenden Verdrängung des aktiven Kulturverhaltens durch passiven Kulturkonsum liegt.

Ein weiteres Problem sehe ich — und das möchte ich ganz offen sagen — darin, daß wir in Österreich anscheinend Gefahr laufen, durch einen institutionalisierten Kulturbetrieb Kultur zu einem nationalen Staatsymbol werden zu lassen. Der von der Bundesregierung vorgelegte Maßnahmenkatalog wurde gerade unter diesem Blickwinkel erstellt und hat die Suche nach Möglichkeiten der kulturellen Teilnahme einer großen Anzahl von Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung zum Ziele.

Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß wir uns eine seit Jahrhunderten überlieferte Luxus- und, wenn Sie wollen, Exklusivkultur auf Dauer nicht mehr leisten werden können, und ich gebe in diesem Zusammenhang, weil ich wiederholt in diesem Haus davon gesprochen habe, gleich zu, daß hier zum Beispiel auch die Frage der Bundestheater eine Rolle spielt; die Mittel, die wir für unsere Bundestheater aufwenden, müssen sicherlich in eine sinnvollere Relation zu den kulturellen Aufgaben der Bundesländer und Gemeinden gebracht werden. Dabei bin ich der letzte, der die internationale Anerkennung und die Qualität der Bundestheater in Abrede stellt. Doch soll damit eine größere gesamtösterreichische Effektivität erreicht werden. Ich begrüße daher ganz besonders die Aktion „Bundestheater in die Bundesländer“, wo gemeinsam mit dem Bundesministerium für Unterricht und dem Österreichischen Arbeiterkammertag bis Ende dieses Jahres es in den Bundesländern 24 Aufführungen des Burgtheaters geben wird, — ich würde sagen, das ist ein guter Beginn und wir hoffen, daß hier weitere Schritte folgen. Ich bin überzeugt, daß durch die Verlagerung der Staatstheater in die Bundesländer auch neue Besuchergruppen für das Theater erschlossen werden.

Meine Damen und Herren, noch eines zur Frage des Theaters: Wir bekennen uns grundsätzlich, und das ist keine Floskel, zur Aufrechterhaltung der Vereinigten Bühnen mit all ihren Sparten, ihren traditionellen Sparten der Oper, der Operette, des Schauspiels. Aber genauso bekennen wir uns als

Sozialisten zum Wagnis des Experimentes — sei es, wenn Sie wollen, das moderne Ballett, das Musical oder unter Umständen die Aufführungen der Probebühne.

In diesem Zusammenhang, und ich glaube, das soll man auch sagen, kann man erfreulicherweise feststellen, daß es der jetzigen Leitung der Vereinigten Bühnen immerhin gelungen ist, die durchschnittliche Auslastung des Schauspielhauses, was die Besucherzahlen anbelangt, auf 70 Prozent anzuheben und die des Opernhauses auf 80 Prozent. Ich sage das deshalb, weil wir hier auf eine wirtschaftliche Leistung sehen sollen und sie ist erzielt worden, ohne daß wir in wesentlichen Bereichen der Kultur Konzessionen gemacht haben. Man kann Besucherzahlen hinauftreiben, wenn man entsprechende Stücke spielt, wo man weiß, da kommen die Leute. Entschuldigen Sie, wenn ich die „Gespenster“ erwähne. Es war gespensterhaft im Vorjahr, da sind Leute gekommen. Aber das sind nun die neueren Zahlen.

Ich glaube, man sollte bei diesen Bemühungen, mehr Menschen in das Theater zu bringen, auch nicht die so positiven Versuche und das Wirken der Theatergemeinschaft, der Theaterringgemeinde, der Besucherorganisationen unerwähnt lassen. Die Steirischen Volksbildungswochen haben darüber hinaus aber auch bewiesen, meine Damen und Herren, daß es sehr wohl möglich ist, das Theater auch in die Betriebe, in die Volksheime unseres Landes zu bringen und völlig neue Bevölkerungsgruppen für dieses Theater zu begeistern. Ich sage, daß wir diesen Weg weitergehen sollen. Ich glaube auch, daß wir hier mit der Theaterleitung weitestgehend übereinstimmen.

Nun, meine Damen und Herren, in der Überlegung, die Vereinigten Bühnen auch in der wirtschaftlichen Basis besser abzusichern, das sage ich hier auch sehr offen, bekennen wir uns auch grundsätzlich zu einem Antrag, der im Rahmen dieser Budgetdebatte gestellt wird und eine stärkere finanzielle Dotierung unserer Bühnen durch den Bund vorsieht. In diesem Zusammenhang, muß ich allerdings sagen, liegt mir einiges auf der Zunge, was hier unter Umständen eine Wechselrede mit dem Abgeordneten Dipl.-Ing. Fuchs auslösen könnte. Ich glaube, seine Rede war doch ein wenig vom Wahltermin der Grazer Gemeinderatswahlen bestimmt und ich würde sagen, daß einiges zu unterstreichen ist.

Wenn er aber sagt, Graz im Vordergrund, nur Graz und anderes mehr, müßte ich zum Beispiel sagen, beim Theater gefällt mir die Relation eigentlich nicht ganz, wenn ich da sehe, daß das Gemeindefinanzbudget Graz 2,2 Milliarden Schilling beträgt und die Gemeinde für die Aufrechterhaltung der Vereinigten Bühnen rund 40 Millionen Schilling bezahlt. Das Budget des Landes beträgt 13 Milliarden, wir zahlen auch 40 Millionen Schilling.

Also bitte, wenn man Zahlenspiele beginnen kann, dann müßte man auch diese Dinge gegenüberstellen. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Aber da ist ja ein Vertrag, den ein Bürgermeister der Stadt Graz geschlossen hat, und bisher hat niemand einen Änderungsantrag gestellt, auch nicht der Bürger-

meister Scherbaum!“) Kollege Fuchs, es hat ernsthafte Bemühungen gegeben, diesen Schlüssel zu verändern, auch Gespräche des Bürgermeisters Scherbaum zum Beispiel mit Herrn Präsident Koren.

Ich sage nochmals, ich möchte bei der Kultur bleiben, deshalb gehe ich bewußt auf die Dinge nicht ein, die in Graz angeblich als Wählerauftrag aufgefaßt wurden und nun durch Meinungsbefragungen bestätigt werden. Herr Kollege Fuchs, nur eine Bemerkung dazu: Ich ziehe ernstlich in Zweifel, ob es der Wählerauftrag der Grazerinnen und Grazer war, daß eine Partei mit neun Mandaten von 56 den Bürgermeister in dieser Landeshauptstadt stellt. Aber das werden Sie auszumachen haben. (Beifall bei der SPO. — Abg. Wimmeler: „Warum? Das ist doch demokratisch!“) Ja, ist demokratisch vollkommen in Ordnung, aber Herr Kollege Wimmeler, ich habe nur gefragt, ob das der Wählerauftrag war, aber das werden ja dann die kommenden Gemeinderatswahlen beweisen, wie man darauf reagiert.

Nun meine Damen und Herren, fast auf den Tag genau habe ich in diesem Hohen Haus auch zu Fragen des ORF Stellung genommen und gemeint, daß die Rundfunkreform unter Umständen auch eine bessere Programmgestaltung bringen wird. Der Herr Kollege Schilcher ist leider nicht da, der sitzt ja an der Quelle. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „An der Quelle saß der Knabe! Das heißt er kennt sich aus!“) Bitte ja, denn ich nehme an, daß er auch darauf Antwort hat, er sitzt ja im ORF-Kuratorium und hat entsprechende Unterlagen zur Verfügung. Nun hat es in der Zeit vom 16. bis 30. Oktober dieses Jahres einen Infratest, eine Meinungsforschung des ORF gegeben und diese Meinungsforschung und der Infratest haben ergeben, daß es mehr Zuseher als im Vorjahr gibt, daß aber auch die Beurteilung der Programme sich positiv verändert hat. Der ORF hat dazu selbst in der Erläuterung festgestellt, es geht ihm nicht nur darum, Besucherzahlen hinaufzuschrauben, sondern den Menschen auch zu einer bewußten Programmauswahl hinzuführen. Die zweite Oktoberhälfte wurde für diesen Infratest auch deshalb gewählt, weil gerade in diesem Zeitraum im Einvernehmen mit dem Intendanten nicht nur Konventionelles sondern viel Neuartiges, teilweise auch Umstrittenes in das Programm aufgenommen wurde und dem Infratest dann praktisch zugrunde gelegt wurde.

Das, meine Damen und Herren, bedeutet aber sicherlich nicht, daß die Programmdiskussion jetzt zu Ende wäre, es ist alles in Ordnung, mehr Menschen schauen zu, wir haben eine gewisse Zielrichtung, Ich gebe ganz offen zu, daß ich zum Beispiel wenn ich die Kultursituation betrachte, es nicht verstehen kann, daß man neuwertige Kultursendungen, wie zum Beispiel: „Welt des Buches“ — sie wurde mit einem relativ hohen Aufwand vollkommen neu gestaltet — in einem anderen Kanal durch die Sendung „Derrick“ konkurriert. Das ist etwas, was schwer verständlich ist. Wenn man will, daß die Menschen stärker am kulturellen Geschehen Anteil nehmen, dann darf man nicht in dieser Form Kontrast machen. Ich bin auch nach wie vor der Meinung, daß ergibt auch dieser Infratest,

daß zum Beispiel die „ZIB 2“ viel zu spät gesendet wird, sie hat einen hohen Informationswert, aber der Anteil der Zuseher ist relativ gering und das ist hier zu bedauern.

Nun, meine Damen und Herren, was die immer wieder zur Sprache gebrachte Regionalisierung des ORF anbelangt, so bin ich informiert, wird es ab dem Frühjahr 1977 Schwerpunkte in FS 2 in dieser Richtung geben. Dazu sollen dann in weiterer Folge mobile Fernsehapparaturen für Versuchsprogramme zur Verfügung gestellt werden und es ist beabsichtigt, ab 1. Jänner 1979 den täglichen Fernsehabend mit einem Regionalprogramm zu beginnen und ich glaube, daß wir das vom Standpunkt des Föderalismus nur sehr begrüßen können.

Es ist den meisten von Ihnen sicherlich bekannt, aber dennoch möchte ich es hier nochmals erwähnen: Der Neubau des Studios Graz-St. Peter wird mit einem Kostenaufwand von 187 Millionen Schilling vollzogen, wobei bereits im Jahre 1977 über 68 Millionen bereitgestellt werden. Das, glaube ich, ist ein entscheidender Schritt für diese notwendige Modernisierung des ORF-Studios Steiermark und gleichzeitig natürlich auch eine wirtschaftliche Investition, die wir dabei nicht außer Betracht lassen sollen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun noch einige Sätze zur Kultursituation in der Steiermark und speziell zum „Steirischen Herbst“ sagen. Wie kaum in einem anderen Bundesland ist hier in der Steiermark das Spannungsverhältnis zwischen Tradition und Modernem so deutlich spürbar. Das liegt einfach in der Geschichte verwurzelt, in die unser Land einfach hineingewachsen ist. Ich glaube, daß gerade aus diesem Spannungsverhältnis jene schöpferischen Kräfte entstehen, die eine geistige Erstarrung verhindern und es kann doch kein Zufall sein, so meine ich, daß Graz immer wieder den Ruf einer heimlichen Literaturhauptstadt im deutschsprachigen Raum hat und wiederholt auch zitiert wird. Ich glaube es kann auch kein Zufall sein, daß mit dem „Steirischen Herbst“ ein kultureller Gärungsprozeß in Gang gekommen ist, der über die Grenzen unserer Heimat hinaus die geistige und kulturelle Landschaft aufgerissen und den Keim für neue Ideen und Aktivitäten gelegt hat.

Gerade das, meine Damen und Herren, sollen wir bei diesem „Steirischen Herbst“ sehen, die Chance, hier auch den Mut, zu versuchen, nicht Salzburg, Bregenz als Vergleich herzuführen, wo man, wenn Sie wollen, Standardprogramme hat. Wir weichen hier vollkommen ab und wir begrüßen auch diesen Weg. Wir bekennen uns grundsätzlich zur Idee dieses „Steirischen Herbstes“, damit zum Wagnis und zum Experimentieren mit den verschiedenen Risiken und mit dem Infragestellen der verschiedensten Veranstaltungen im Rahmen dieses „Steirischen Herbstes“. Aber diese Fragestellung darf vor dem „Steirischen Herbst“ selbst als Ganzes gesehen, nicht halt machen, sondern muß vielmehr in die Diskussion mit einziehen. Unter diesem Blickwinkel mögen Sie auch die folgenden kritischen Bemerkungen sehen.

Ich würde mir zum Beispiel wünschen, daß der „Steirische Herbst“ in einem noch größeren Aus-

maß als bisher nicht ein Grazer, sondern ein echter Steirischer Herbst wird. Der Anteil der Veranstaltungen in den Bezirken ist ja in diesem Herbst etwas gestiegen, aber er ist in der Relation zu gering. Wir müssen also einen wirklichen Steirischen Herbst daraus machen. Ich weiß, daß es Überlegungen in dieser Richtung gibt, aber ich glaube, wir sollen hier gemeinsam diese Dinge forcieren.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß es notwendig wäre, entweder den Veranstaltungszeitraum zu erweitern oder die Komprimiertheit des Programms zu überprüfen. Es scheint mir hier ein Überangebot vorzuliegen, wo auch der kulturell Aktivste bei bestem Willen außerstande ist, von diesem reichhaltigen Angebot Gebrauch zu machen. Sicherlich können nicht alle Veranstaltungen des „Steirischen Herbstes“ denselben Erfolg haben, wie zum Beispiel das „Open house“, aber vielleicht wäre es manchmal notwendig, wenn man bei verschiedenen Veranstaltungen etwas mehr Sorgfalt aufwenden würde, wie zum Beispiel bei der Literatúrausstellung.

Und nun zum Schluß, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einen Satz: Der Mensch soll klar erkennen, daß Kunst, Kultur und Bildung keine Randverzerrungen des Lebens sind, sondern dessen Inhalt und Qualität bestimmen; denn hier wird der Mensch herausgefordert, zu denken, zu gestalten, zu beurteilen und sich auch zu engagieren. Möge auch vieles in unserer Zeit utopisch erscheinen, so ist doch das ständige Bemühen um ein Stück mehr Kultur die Voraussetzung für ein Mehr an Humanität. So gesehen ist auch der Ruf nach Humanisierung der Arbeitswelt, was ich heute in der Früh bereits gesagt habe, nicht nur eine sozialpolitische Forderung, sondern auch eine Aufforderung an die Kulturpolitik. Und auf der Grundlage dieser Überlegungen verstehen wir Sozialisten unseren Beitrag zur Kulturpolitik im Lande Steiermark. (Beifall bei der SPO.)

Dritter Präsident Feldgrill: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Neuhold das Wort.

Abg. Neuhold: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es entspricht meiner inneren Einstellung und auch der persönlichen Motivierung, daß ich mich auch heuer wieder zur Gruppe 3, und hier im speziellen zur Förderung der steirischen Musikschulen der steirischen Gemeinden und des Blasmusikwesens zu Worte gemeldet habe. Gerade der immer größer werdende Zustrom zu diesen Schulen rechtfertigt sowohl die Landesförderung als auch einige anerkennende und besinnliche Gedanken hier im Hohen Hause.

Im Berichtsjahr 1975/76 bestehen in der Steiermark 34 Musikschulen mit 10.215 Schülern. Das ist ein Zugang von mehr als 400 Schülern gegenüber dem vorjährigen Berichtsjahr. Die Schüler werden von 424 Musiklehrern unterrichtet. Die Zahlen sprechen für sich und es bedürfte eigentlich keiner weiteren Interpretation, doch sei grundsätzlich festgestellt, daß wieder ein großer

Erfolg musikpädagogischer Erziehungsarbeit im vergangenen Jahr festzustellen ist. Für die über 10.000 Musikschüler bedeutet der Besuch der Musikschulen geistige Mobilität und innere Erfüllung. Für die Gesellschaft der Gegenwart ist es aber sicherlich ein Beitrag zur Menschlichkeit, zur individuellen Persönlichkeitsbildung und auch ein Schritt mehr weg von der Manipulation und Vermassung der Menschen.

Vieles hat sich in kultureller Hinsicht im Jahresablauf in Stadt und Land getan. Auch die Musikschulen, die Chorschulen, die ländlichen Musiziergruppen, nicht zu vergessen die 370 Blasmusikkapellen in der Steiermark, mit über 11.000 Musikern, leisten das Ihrige dazu. Vielleicht auch hier eine imposante Ziffer: Diese 370 Musikkapellen in der Steiermark haben im vergangenen Berichtsjahr 14.660 Proben durchgeführt und es zeugt vom Idealismus dieser Musiker und Mitglieder der einzelnen Musikkapellen, daß sie hier eine so große Tätigkeit ausüben, die ja mit keinem Groschen bezahlt wird. Gerade die Geschichte des ländlichen Raumes war immer eng mit der Volksmusik und dem Volkslied verbunden. Wenn nun zusätzlich in jüngster Zeit in zunehmenden Maße Musik-, Gesangs- und Schauspielgruppen von Graz in die Bezirksstädte hinauskommen, um dort Vortragsabende zu veranstalten, so ist dies zweifellos ein wünschenswerter Kulturaustausch zwischen Stadt und Land und fördert auch das in dem Sinne, wie mein Vorredner Präsident Gross ausgeführt hat, die zwischenmenschlichen Beziehungen.

Damit komme ich schon zum Ausgangspunkt meiner kurzen Ausführungen: Auch die Weiterentwicklung der Volksmusikschulen gehört zu den Grundsätzen des Modells Steiermark. Ich zitiere hier aus diesem Buch wörtlich einen Leitsatz: „Kunst ist schöpferische Gestaltung und Interpretation der Welt und des Welterlebens. Sie äußert sich in den Sprachen des Wortes und der Töne, der Farben, des Lichtes und der Formen, des Rhythmus und der Bewegung.“ Aus dieser Sicht also sind die Musikschulen die Grundlagen für die musikalische Tätigkeit der Erwachsenen von morgen in verschiedenen Kulturbereichen unseres Landes.

Die 30 Millionen Schilling Förderung im Landesvoranschlag 1977 sind daher mehr als gerechtfertigt und gut verwendet, und ich danke der Steiermärkischen Landesregierung für das Verständnis dieser Förderung. Besonders danke ich dem zuständigen Referenten Landesrat Prof. Jungwirth namens der Musikschulen der steirischen Gemeinden, denen die finanzielle Verpflichtung durch diese Landesförderung wesentlich erleichtert wird. Unsere Musiker und Musikschüler draußen werden sicherlich auch in nächster Zeit wieder diese Förderung mit viel Idealismus und Freude am Musizieren bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Fuchs (Abg. Ing. Turek: „Bleib beim Thema!“) hat hier den Versuch unternommen — und ich verstehe ihn, weil er als einer der Geburtshelfer der Grazer Rathauskoalition bekannt ist — mit Zahlen und Fakten echt zu manipuliert. Herr Abgeordneter Fuchs, wenn Sie eine solche Begeisterung für die Grazer Rathauskoalition haben, dann sagen Sie auch, daß die ÖVP zufrieden ist mit der Rolle, die die Grazer ÖVP in dieser Koalition spielt, die Rolle mit 20 Mandaten gegenüber neun Mandaten der FPÖ die zweite Geige zu spielen, und zwar auf jedem Sektor. (Landesrat Bammer: „Darauf ist die ÖVP stolz!“) Wenn diese Koalition so phantastisch ist, dann schlage ich vor, daß Sie den Bürgermeister Götz als gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten nehmen. Das würde für die Grazer Bevölkerung bei der nächsten Wahl die Dinge wesentlich erleichtern. (Abg. Dr. Eichinger: „Das ist eine gute Idee. Wir werden darüber nachdenken!“ — Abg. DDr. Stepantschitz: „Diskussionswürdig!“)

Aber nun, meine Damen und Herren, zu den Zahlen der Bedarfszuweisung: Solange die Stadt Graz dem sozialistischen Gemeindereferat zugeordnet war, sind 20 bis 25 Prozent der Gesamtsumme, über die Landesrat Bammer zu verfügen hatte, der Stadt Graz zugegangen. Landesrat Bammer hat vom Gesamtaufkommen an Bedarfszuweisungsmitteln 42 Prozent zur Verfügung gehabt, den anderen Anteil hat der Herr Landeshauptmann zur Verfügung gehabt. Seit Graz nun im Aufsichtsbereich des Landeshauptmannes Dr. Niederl ist — der Herr Landeshauptmann hat bekanntlich 67 Prozent des Gesamtanteiles an Bedarfszuweisungsmitteln — schaut die Geschichte zahlenmäßig so aus: Wenn der Herr Landeshauptmann 25 Prozent, also ein Viertel der Mittel, der Stadt Graz übergeben hätte, dann müßten weit mehr als 200 Millionen in diesem Zeitraum nach Graz gegangen sein — weit mehr als 200 Millionen und nicht der Betrag von 90 Millionen, den etwa der Herr Abgeordnete Fuchs hier angeführt hat. Das, meine Damen und Herren, sind die Zahlen, und die zeigen die wahre Liebe der ÖVP zur Landeshauptstadt Graz! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Maiz: „Das ist ein Unsinn!“ — Landesrat Bammer: „So schaut es aus! Wenn er ein Viertel gibt, schaut mehr heraus, als ich gegeben habe!“ — Abg. Schrammel: „Wird schon noch kommen!“ — Landesrat Bammer: „Dann könnt ihr in Fürstenfeld euer Altersheim zusperren!“ — Abg. Schrammel: „Wenn Sie das wollen, wir möchten es nicht!“)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher.

Abg. Dr. Schilcher: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich an das halten, was der Herr Präsident Gross gesagt hat, ich werde zur Gruppe 3 reden. Und zwar auch ganz kurz zu einem Zahlenzwerg unter den Ausgabengiganten, nämlich zum „Steirischen Herbst.“ Ich glaube, hier trennt uns nichts, Herr Abgeordneter, hier brauche ich keinen Dialog führen wie mit dem Herrn Abgeordneten Strenitz.

Ich glaube, ich muß nur einige Ergänzungen machen: Es war diesmal ein Herbst ohne Skandale, es waren keine Gespenster tätig, auch keine Gespenster der Vergangenheit; und manche haben schon wieder gesagt: „Mein Gott, wie schade, fad war es“, so daß man sich fast für den nächsten Herbst einen programmierten Skandal einfallen lassen müßte, um die ungeteilte Aufmerksamkeit und Zufriedenheit aller zu sichern.

Es war auch ein Herbst der Vielfalt, Herr Abgeordneter Gross, das möchte ich betonen, und ich glaube, man sollte hier nicht so zimperlich sein. Man sollte nicht über das große Angebot stöhnen, sondern eher darüber froh sein. Jeder hat die Möglichkeit der Selektion, und was den Leuten nicht gefällt, das müssen sie sich nicht anschauen. Ich bin ehrlich gestanden froh, wenn es viel Angebot gibt, aus dem ich wählen kann, auch wenn es einem, wenn man ein bißchen ehrgeizig ist und man sich vieles anschauen möchte, schwerfällt, alles zu sehen.

Drittens glaube ich, daß der „Steirische Herbst“ am besten Wege ist, und das haben Sie ja auch betont, ein steinischer Herbst zu wenden und kein Grazer Herbst. Wenn Sie vor allem die Veranstaltung in Weiz gesehen haben, wo der „Le-Monde“-Korrespondent Floret gesagt hat, daß dort die Profis blaß vor Neid geworden sind, weil sich etwas ereignet hat, das sich in Graz nicht einmal ereignen könnte, nämlich daß sich ein holländischer Dirigent und Komponist mit den Weizer Leuten, dem Elin-Leuten, mit den jungen Menschen tagelang hinsetzt und bis 12 Uhr in der Nacht komponiert und mit ihnen arbeitet und die bei ihm bleiben und dann eine Aufführung hinlegen, die wirklich alle Stückerln gespielt hat, aber nicht irgendwen sondern zum Beispiel auch Locotetis und solche Leute, dann ist das erstens einmal von der Teilnahme her beachtlich, daß hier die Menschen wirklich mittun, daß kein elitärer Zug hier drinnen ist, und zweitens beachtlich, daß sich das draußen abspielt und nicht in Graz.

Schließlich war es ein Herbst der Rekorde. Das Generalsekretariat hat die Zahlen jetzt veröffentlicht, 75.000 Besucher, das hat es noch nie gegeben, vor allem war das Ballett ausgesprochen gut besucht.

Ich möchte nur noch einen einzigen Aspekt betonen, weil der Herr Präsident schon manches darüber gesagt hat, was mich nämlich an dieser Avantgardenvorstellungen fasziniert, das ist erstens die Offenheit und zweitens die Sensibilität und Wachsamkeit der dortigen Künstler, mit der sie auf die gesellschaftliche Situation reagieren. Beides, glaube ich, wäre dazu angetan, uns Politiker in großen Scharen dort hinzubringen. Ich meine folgendes: Ich habe erlebt, nicht nur im Open house und nicht nur in der Steirischen Akademie, nicht nur im Literatursymposion, daß da neben dem Professor, fein angezogen, Cambridge-Absolvent, der „Hauptplatz-Kurtl“ sitzt, der leicht nach Alkohol riecht, daß da die Linken und die Rechten, die Leute von der Mitte, die Konservativen, und wie sie sich auch sonst einordnen mögen, einig auf den Schulbänken in der Steirischen Akademie geses-

sen sind und sich einen Herrn Iwan Illich oder einen Herrn Eisendle angehört haben. Daß eine Offenheit und eine Breite gegeben war, wie ich sie sonst nirgendwo bei irgendwelchen Veranstaltungen in Graz, in der Steiermark oder auch sonst in Österreich feststelle. Das, glaube ich, ist ein Zeichen, daß es eine große Gemeinsamkeit gibt über irgendwelche ideologischen Grenzen hinweg und daß dieser „Steirische Herbst“ dazu angetan ist, die Gemeinsamkeiten zu betonen.

Ein zweites: Egal ob Sie das Literatursymposion besuchen oder den Herrn Klaus Rinke in der Körpersprache sich anschauen, den Herrn Neubacher oder irgend jemanden anderen, Sie merken bei all diesen Künstlern eine ungeheure Sensibilität für die zukünftigen Dinge. Daß zum Beispiel die Körpersprache so en vogue ist, daß sich damit so viele Künstler befassen, ist nichts anderes als der Ausdruck, daß man sich wieder auf sich selbst konzentriert, daß man wieder das eigene Ich ein bißchen herausstellt gegenüber der leichten Vermassungstendenz, die sich da abspielt. Bisweilen ein bißchen narzihaft, gebe ich zu, wenn man sich dauernd nur selbst abbildet, aber als Reaktion auf die Tendenz zur Vermassung ist es ein wichtiger Aspekt und so gesehen auch kein Wunder, Herr Abgeordneter Gross, daß das Ballett so großen Zustrom hat. Auch hier nicht nur die Beobachtung anderer Körper, sondern, wie das bei Patricia Brown der Fall war, selbst mittun. Es war hochinteressant bei der Probephase, daß hier Menschen, die sonst sehr steif sind, nur dortsitzen, plötzlich von dieser Engländerin angeregt wurden mitzutun, und die haben wirklich mitgetanzt. Leute im eleganten Anzug neben irgendwelchen Jeansknaben und -mädchen haben plötzlich zu tanzen begonnen und sind locker geworden. Etwas, was unserer Gesellschaft ja leider weitgehend abgeht. Gar nicht zu reden vom Kindertheater, wo dieses Mittun der Kinder zu großer Begeisterung geführt hat, so daß sich das Direktorium des „Steirischen Herbstes“ entschlossen hat, einen Schwerpunkt der nächsten „Steirischen-Herbst“-Veranstaltung dem Kindertheater überhaupt zu widmen.

Ein letztes Wort: Was mir beim Literatursymposion so aufgefallen ist war, daß hier die zwei Gruppen gegeneinander stehen, die neue Innerlichkeit, die Leute, die sich auf sich selbst zurückziehen, auf eine Privatheit, weil ihnen diese böse Welt da draußen nichts mehr gibt, die Welt voller Wachstumsraten, Umweltverschmutzung voller Kollektive usw. Und die anderen Literaten, die politischen, ein Scharang, ein Turrini, ein Wolfgruber usw., die die Literatur der Arbeitswelt nun in Gang setzen, die in die Betriebe hineingehen, mit den Leuten in den Betrieben, wie der Buchrieser zum Beispiel in seinem Stück, versuchen, eine Literatur der Arbeitswelt zu schaffen, und nicht in die eigene Innerlichkeit emigrieren. Ich glaube, daß das entscheidende Impulse sind, und ein Politiker, der nicht nur nach der Formel geht: Zukunft = Vergangenheit plus 3 Prozent, ein Politiker, der sich ein bißchen um die neuen Dinge kümmert, könnte hier von diesen Künstlern, die eine Radarantenne haben für die Zukunft, viele Anregungen gewinnen.

Ein zweites, und damit komme ich zum Abschluß: Die Übertragung im ORF des „Steirischen Herbstes“ war verzerrend. Wir waren darüber nicht sehr glücklich. Wir waren deshalb nicht sehr glücklich, weil ich glaube, daß ein Team aus Wien, das den „Steirischen Herbst“ nur von der Ferne kennt, die Dinge nicht so beherrscht, wie das ein Team aus Graz tun würde.

Das ist das Stichwort Regionalisierung des ORF. Ich glaube, daß nicht zuletzt auch diese Übertragung gezeigt hat, daß eine Regionalisierung des ORF oder irgendeine Regionalisierung des Fernsehens dringend notwendig ist. Ich würde sagen aus drei Gründen: erstens aus Konkurrenz gegen das ausgesprochen schlechte Programm des zentralen ORF. Da habe ich den Herrn Abgeordneten Gross nichts hinzuzufügen, ich könnte nur in Klammer sagen, wir haben es schon vor drei Jahren gesagt, daß es so kommen wird. Jetzt hat sogar der SPO-Kulturmann im Kuratorium einen scharfen Protest gegen den ORF erlassen, gegen die Kulturpolitik, die nur reproduzierend ist und nicht mehr produzierend. Wir haben das schon vor einiger Zeit behauptet. Ich glaube, wir müssen mit der Geschäftsführung leben, weil Sie dort die Mehrheit haben und ihn nicht abwählen, aber wir können ihn, den Herrn Oberhammer, vielleicht dazu zwingen, durch Konkurrenz ein bißchen besseres Programm zu machen.

Auch in dem Sinn, daß neun Bundesländer in der letzten Ausbaustufe eines regionalen Fernsehens dann vielleicht auch in der Lage sind, dem Königberg ein wenig Konkurrenz zu machen. Ganz abgesehen davon, daß auch demokratische Gründe dafür sprechen. Nach einer Umfrage wurde festgestellt, daß in den Nachrichtensendungen des zentralen ORF Länder- und Gemeindeprobleme maximal mit 20 Prozent zur Sprache kommen, während 80 Prozent auf Bundesthemen konzentriert sind. Ich glaube, daß sich die Demokratie nicht nur in Wien abspielt, sondern wohl auch in den Ländern und Gemeinden und daß ein zentraler ORF davon noch nicht Kenntnis genommen hat.

Wie sich die Regionalisierung abspielen wird, das ist noch eine offene Frage. Ins Haus steht, Sie wissen es alle, auf der einen Seite ein Länderkabelfernsehen, auf der anderen Seite das private Fernsehen, es ist soeben die Studiengesellschaft gegründet worden.

Das Problem bei dieser Privatisierung oder Kommerzialisierung des Fernsehens scheint mir folgendes zu sein: erstens, wer sind die Privaten, zweitens, wie es mit dem Niveau. In Österreich scheint es so zu sein, daß die Privaten, wenn man näher hinsieht, zumindest immer halbstaatlich sind, also die reinen Privaten laufen offenbar nicht mehr herum, auch hier sind Gelder von Verbänden, Körperschaften im Hintergrund.

Was das Niveau anlangt, so wird darauf verwiesen, daß privates Fernsehen, wie zum Beispiel in Amerika, das Niveau senkt, weil es einzig und allein auf eine kommerzielle Basis gestellt ist, nur Einnahmen aus dem Werbeetat verlangt und alles bringt, was gut und gern gesehen wird. Nur dazu eines: Der ORF ist auch auf dem Wege dorthin; er spielt

pausenlos alte Filme, was sehr billig ist, und gibt Millionen mehr für Sportübertragungen aus und die Kultur senkt er ab. Also so einfach ist es nicht, daß man sagt: Staatliches Fernsehen ist gleich niveauvolles Fernsehen, privates Fernsehen ist gleich schlecht.“ Zum zweiten zeigt sich in Amerika, daß durch geschützte Sendungen, die man von Werbeeinnahmen freistellt, durchaus Niveau geboten werden kann. Ich habe noch nirgendwo so gute Kindersendungen gesehen wie etwa jene, die von der Rockefeller-Foundation gesponsert sind und wo es keinerlei Werbefernsehen drinnen gibt.

Also, schwarzweiß wird nicht gehen, aber es wird sicherlich eine breitere Diskussion über das private Fernsehen notwendig sein müssen. So hinten hineinschwindeln, wie das jetzt einige Herren möchten, so still und leise, indem sie sagen: „Wir fangen mit Radio an, zuerst in Süddeutschland, und dann machen wir ein bißchen Fernsehen über Luxemburg und so und dann ein bißchen Kabelfernsehen, damit alle dieses Fernsehen sehen können“, das ist zu wenig offen. Man soll die Absicht, privates Fernsehen zu machen, auf den Tisch legen, dann kann man darüber reden und kann dieses auch kontrollieren.

Ich meine nur, daß die Zeitungen wachsam sein müssen, denn die werden nun ernsthaft bedroht, nach meinem Gefühl, denn bislang ist das Fernsehen ja nicht wirklich in die Zeitungsdominanz eingedrungen, nämlich in den Lokalteil. Jetzt dringen die möglichen regionalisierten Fernsehkanäle dann erstens in den Lokalteil ein und zweitens ins Werbebudget. Ich glaube, daß die Zeitungen durch alle Regionalisierungstendenzen zumindest potentiell bedroht sind und, was das Letzte ist, wenn diese Privaten in Wahrheit halbstaatliche Organisationen sind, Verbände sozialpartnerschaftlichen Charakters, dann befürchte ich, daß die geplätzte Elefantenhochzeit auf den Zeitungsmarkt ein kleines Mäuschen im Vergleich zu dem, was sich bei dieser elektronischen Kopulation abspielen könnte, sein wird.

Das heißt, auch vom Standpunkt der Demokratie aus müssen wir sehr wachsam sein, was sich hier im Hintergrund tut, und das Land Steiermark ist es. Wir haben unter der Leitung von Landesrat Jungwirth eine Studiengesellschaft eingerichtet, die das regionale Fernsehen prüft. Der Herr Landeshauptmann ist hier auch sehr am Ball und beobachtet die Dinge.

Ich kann nur sagen, der Zug ist abgefahren, wir können nur schauen, daß wir am Fahrplan, solange das geht, etwas ändern können. Zurückschieben können wir nichts mehr, es wird aber großer Wachsamkeit bedürfen, weil diese Entwicklung in Österreich leider viel zu wenig offen und laut diskutiert wird und viel zu sehr von hinten her gebracht wird.

Abschließend glaube ich sagen zu können, die Gruppe 3 ist ein Kapitel, wo es erstaunlich viel Einigkeit gegeben hat. Ich wünsche mir, daß diese Einigkeit auch ein wenig zurückschlägt auf die Gruppe 2. Ich danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Landesrat Professor Jungwirth.

Landesrat: Prof. Jungwirth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde die Monopolistenstellung bei der Gruppe 3 nicht ausnützen, um lang zu sein, und habe die Absicht, erstens zu ein paar Umweltfragen und zweitens zum „Steirischen Herbst“ etwas zu sagen.

Zuerst: Apropos Umwelt — ein Hinweis auf die letzten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Grazer Altstadtgesetz. Wie Sie wissen, wurde dieses Gesetz 1974 beschlossen. Auf Grund dieses Gesetzes sind wir verpflichtet gewesen, eine Altstadtkommission einzurichten. Es zeigt sich nunmehr, wenn wir das Jahr 1976 hernehmen, daß die Arbeit dieser Kommission immer besser und lebendiger wird. Die Anlaufzeit hat sicherlich ihre Schwierigkeiten gehabt, es hat Mißtrauen gegeben, es hat geheißt: „Was wollen denn die Fremden hier bei uns oder bei mir?“, es hat die Auffassung gegeben, die Kommission sei feindselig gegenüber Wohnungseigentümern gesinnt und auch gegenüber Gewerbetreibenden. Ich glaube, daß sich das Klima durch die verständnisvolle Haltung der Betroffenen auf allen Seiten wesentlich gebessert hat. Es gibt immer mehr einvernehmliche Lösungen, es gibt, ich möchte sagen, ein Klima, das dazu geführt hat, daß diese Kommission so etwas wie eine Servicekommission geworden ist. Und das ist gut, denn wenn wir es selbst nicht glauben, dann müssen wir eben die Fremden fragen, die unsere Stadt mit unbefangenen Augen sehen.

Die Grazer Altstadt ist eben einmal ein ganz besonderes Juwel, und viele Fremde fragen sich immer wiederum, warum sie sie bisher eigentlich noch nicht gekannt haben, warum sie nicht bekannter ist. Große Lösungen und kleine Lösungen sind im Kommen oder sind schon geschehen; ich erinnere an das dornenvolle Problem der Sanierung des Komplexes in der Wurmbrandgasse, ich erinnere an das ebenso dornenvolle Problem der Franziskanergasse Nr. 7. Hier ist kürzlich im Fondskuratorium eine einvernehmliche Lösung erfolgt.

Es gibt kleinere Brennpunkte oder Erfolge wie eine Reihe von Geschäftslokalen. Wir sitzen hier im Landtag, im Budget des steirischen Landesvoranschlages ist unter anderem auch das Heimatwerk verankert. Ich möchte sagen, das ist ein Betrieb, der ganz hervorragend arbeitet und der jetzt glücklicherweise und verdientermaßen auch ein Zweitgeschäft bekommen hat, und wenn Sie es noch nicht kennen sollten, so möchte ich Sie wirklich einladen, sich das einmal anzuschauen, es liegt in der Sackstraße, im Hause Nr. 16. Es ist ohne viel Aufwand eine gute Lösung, ein richtiges Musterbeispiel einer guten Altstadtsanierung.

Oder eine Privatinitiative, die meiner Meinung nach völlig neue Maßstäbe gesetzt hat, einen eindeutig großstädtischen Maßstab in unsere Altstadt hereingetragen hat und der in der Öffentlichkeit, in der Breite sicherlich noch wenig bekannt ist, sind die neuen Ausstellungsräume in der Kunstgalerie Moser im Hof des Eckhauses Hans-Sachs-

Gasse und Herrengasse. Sie wurden im Rahmen des „Steirischen Herbstes“ eröffnet. Ich finde, es ist eine ganz exzellente Lösung, die sich auch international sehen lassen kann.

Ich glaube, es ist wirklich eine gute Entwicklung auf diesem Gebiet zu beobachten, die nicht zuletzt darauf zurückgeht, daß die Kommission unter Hofrat Schönbeck wirklich immer wiederum bemüht ist, zu einvernehmlichen und guten Lösungen im Sinne eines schöneren Graz zu kommen.

Wir werden in Kürze über das Ortsbildgesetz zu verhandeln haben, es ist bereits dem Ausschuß zugewiesen, und ich hoffe, daß damit auch die Chance gegeben ist, in Gemeinden außerhalb von Graz in ähnlicher Weise für gute, erhaltungswürdige Ortskerne tätig zu werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch nicht unerwähnt lassen, daß, wie ich glaube, die Entwicklung im Naturschutz positiv vorangeht. Ich nehme das vorweg. Durch die neue Gruppeneinteilung im Budget liege ich hier nicht ganz richtig in der Gruppe 3, ich bitte aber, mir ein paar Worte darüber zu gestatten. Das Gesetz tritt am 1. Jänner 1977 in Kraft.

Was aber viel wichtiger ist, das ist nicht unbedingt der Gesetzesfetischismus, sondern daß immer mehr, ich möchte sagen, ein übergreifendes Denken zu beobachten ist, ein gesamtheitliches Denken. Und das manifestiert sich auch darin, daß die Naturschutzbehörde, ihre Vertreter, ihre Beamten, immer stärker zusammenarbeiten mit der Landesplanung, mit der Ortsplanung, weil Naturschutz natürlich nicht von der Raumordnung getrennt werden darf. Ich möchte mir sehr wünschen, daß diese Entwicklung weiter vorangeht. Es scheint ja so zu sein, daß sich mit der Zeit auch in den Bezirken draußen so etwas wie Sachverständige für Baukultur und Raumordnung in den Baubezirksleitungen herauskristallisieren und das ist sicherlich eine Entwicklung, die auch im Sinne von Bürgermeister und Gemeinden im ganzen Land sein soll.

Ich möchte auch darauf verweisen, daß wir jetzt vor kurzem im Forum Stadtpark eine Ausstellung gehabt haben unter dem Titel „Zwei Jahre Ortsidee“. Es ist dies eine der Aktionen, die aus den Steirischen Akademien der Vergangenheit erwachsen sind und die sich damit beschäftigt, Bürger für die Ortsplanung und für die Ortsgestaltung zu interessieren, denn wir sind der Auffassung, daß die Planung nicht von oben technokratisch erfolgen soll, sondern daß der Mensch für diese Planung, die ihn direkt angeht, so stark wie möglich interessiert werden soll. Das ist ein Bewußtseinsprozeß, ein Bildungsprozeß. Diese Aktion „Ortsidee“ versucht es, ich möchte sagen, manches Mal auf spielerische Weise, den Bürger in verschiedensten Gemeinden der Steiermark dafür zu gewinnen. Das ist eine gute Entwicklung.

Meine Damen und Herren, zum „Steirischen Herbst“: Wir haben schon gehört, 1975 war es ein Skandal, weil es ein Skandal war, 1976 war es ein Skandal, weil es kein Skandal war. Mit dieser Ambivalenz wird der „Steirische Herbst“ immer zu tun haben, und ich möchte sagen, das ist auch seine Stärke und seine Chance. Weiterentwickeln werden

wir sicher Punkte, die sich heuer sehr gut bewährt haben: das Vor- und Informationsprogramm, das die Erscheinungen moderner Kunst an die Menschen heranzutragen versucht hat. Ich glaube, wir müssen es in dieser Form weiterentwickeln.

Die Werkstätten, die Workshops, wie es hieß, mit dem Scarpino-Ballett, mit den Literaten, mit der Weizer Veranstaltung, auf die der Herr Abgeordnete Schilcher schon hingewiesen hat, und andere Beispiele — ich glaube, auch sie liegen völlig richtig und müssen auch weiterentwickelt werden, denn auf diese Weise besteht ja die Chance, eben immer mehr Menschen im ganzen Land für diese Äußerungen der modernen Kunst zu interessieren und auch zu aktivieren.

Die Provokation hat sich dafür als untaugliches Mittel erwiesen. Die Provokation ist kurzlebig, sie lebt einen Tag und sie wirkt einen Tag, und dann stirbt sie und ist weg. Was wir brauchen, ist eine kontinuierliche Arbeit, die versucht, Vertrauen und Interesse zu wecken. Das ist eine Arbeit, die nicht von heute auf morgen ihre Früchte trägt, sie dauert Jahre, sie dauert zehn Jahre, aber sie wirkt dann auch Jahre, zehn Jahre und mehr. Ich persönlich bekenne mich zu einer Politik des langen Atems, ich glaube, sie ist auf diesem Gebiet die bessere und die wirkungsvollere.

Wir sollten nicht meinen, daß wir die Innovation, die Neuerung, die Avantgarde, wie immer man es nennen will, nicht in die Steiermark hereinbekommen. Sicherlich ist die letzte Entwicklung so, daß wir immer weiter um uns schauen müssen, immer wieder hinausgehen müssen in die Welt, um sie zu erreichen, um sie hereinzubekommen, denn sie ist ein wenig spärlicher geworden. Das ist eine internationale Erscheinung. Man kann es eigentlich auf jeder größeren Kulturseite lesen, es wird derzeit sehr stark diskutiert, und heute in der Früh habe ich den neuen „Spiegel“ aufgeschlagen, er ist ein unwendächtiger Zeuge, und ohne viel Krampf ist es hier leicht möglich, auch ein Beispiel zu zitieren, das diese Problematik kurz aufzeigt: Es ist hier die Rede von den letzten Entwicklungen im Zusammenhang mit neuer Musik, und hier ist ein Artikel, der sehr interessant zu lesen ist. Hier heißt es am Ende des Artikels: „Heimlich, still und leise setzen junge Komponisten, noch meist Außenseiter, zur Flucht in die musikalische Vergangenheit an. So verspürte die ‚New York Times‘ beim Festival in Tanglewood eine frische Brise nostalgischer Klänge und vernahm den deutlichen Versuch, dem Ohr wieder zu schmeicheln. Die ‚Neue Züricher Zeitung‘ beobachtete einen ungewohnten Drang zum schönen Klang, zur unverfremdeten Instrumentalwirkung und zu Werken der Tradition. Beim ersten Frankfurter Musikforum forderten junge Tonsetzer sogar einen Rückgriff auf Wohlklang und Volksnähe den Wiener Klassik. Laßt die Klänge klingen! ‚Es wird‘, so sagte Friedrich Palm, der Celloanwält der Modernen, ‚wieder mehr Musik gemacht‘. Selbst am Nabel der musikalischen Avantgarde in Donaueschingen fand jüngst ein Cellokonzert des DDR-Komponisten Paul Heinz Dietrich, ein Stück in traditioneller Bauweise voll melodischer Einfälle und effektvollem Solopart, begeisterte Zustimmung. Der

Pole Ziegmund Krausze“ — übrigens auch ein Gast des „Steirischen Herbstes“, der für uns schon komponiert hat — „ließ gar ein Klavierkonzert hören, das unverhohlen dem musikalischen Ahnherrn des Landes huldigte: Zurück zu Chopin.“ Soweit der „Spiegel“.

Meine Damen und Herren, damit es keine Mißverständnisse gibt: Erstens will ich mich hier nicht als Prophet in Sachen der Kunst aufspielen. Niemand weiß mit Genauigkeit, wie sich die Zukunft weiterentwickelt. Zweitens: Nach einer Sturm-und-Drang-Periode, wie wir sie im letzten Jahrzehnt beobachtet haben, wird die neue Kunst auf jeden Fall eine neue Kunst sein, die nicht mehr so aussieht wie die alte. Es gibt in Wahrheit kein Zurück zu Chopin. Aber ich will damit nur gesagt haben: die Programmierer, die Direktoren des „Steirischen Herbstes“ stehen immer wieder vor schwierigen Aufgaben. In Salzburg ist es verhältnismäßig einfach: Mozart bleibt Mozart, da gibt es höchstens ein paar Interpretationsprobleme. Aber in Graz, da weiß man 1976 nicht mit Genauigkeit, wie die neueste Musik 1977 oder 1978 aussieht. Jedenfalls haben wir den „Herbst“ zu halten in der Form, wie er existiert, in seiner internationalen Klasse der Modernität, als ein Festival, das alle Sparten spielt — das gibt es ja weit und breit nicht —, und auch mit seiner Besonderheit, die Bevölkerung im ganzen Land weitgehend einzubeziehen.

Ich behaupte, meine Damen und Herren, viele Erscheinungen, die es in den steirischen Bezirken gibt — und wir sind ja hier der steirische Landtag und kein Grazer Landtag —, die modern sind, die aufgeschlossen sind, wären ohne den „Steirischen Herbst“ nicht möglich geworden. Weiz wurde bereits erwähnt; Hartberg hat einen modernen Kunstpreis gestiftet, der schon einige Jahre lang existiert und Beachtung gefunden hat. Die Fürstenfelder Kulturtage entwickeln sich weiter, ebenfalls die Feldbacher Sommerspiele. In Radkersburg ist ein Wunder passiert, erstmalig wurde beim Bau einer Bundesschule das Prinzip der offenen Schule angewendet, so daß dieses Haus auch für die Erwachsenen, auch für die Kunst offensteht. (Landesrat Gruber: „In Kapfenberg geschieht das schon seit 20 Jahren!“) Es handelt sich um eine Bundesschule. (Abg. Schrammel: „Der Landesrat Gruber ist gegen das Grenzland!“ — Landesrat Gruber: „Nein! Wir haben über das Wunder geredet, und da gibt es unterschiedliche Auffassungen!“) Wir haben in Radkersburg seit zwei Jahren internationale Theater-tage, die sich im Juni/Juli abspielen, die Gäste kommen aus Europa und aus Übersee, und dieses neue Haus wird ein neues Forum für diese internationalen Tage sein, und das wird eine große Belegung des Grenzlandes und des Grenzraumes rundherum ohne Zweifel sein können. Leibnitz hat in diesem Jahr zum ersten Mal einen gesamtösterreichischen Musikpreis ausgeschrieben, auch das hat über die Steiermark hinaus Beachtung gefunden. Deutschlandsberg gehört seit jeher zu den Stammveranstaltern des „Steirischen Herbstes“, ebenso wie Köflach, dessen Kunstpreis ja älter ist als der „Steirische Herbst“. Auch Voitsberg war dieses Jahr mit einer Ausstellung beteiligt. In Mürzzuschlag

gibt es Vorarbeiten für eine Stiftung. In Mürzzuschlag wurde nämlich ein großer steirischer Lyriker geboren, der sehr jung gestorben ist und wie fast alle Lyriker fast völlig unbekannt geblieben ist, nämlich Walter Buchebner. Es gibt Bemühungen, eine Walter-Buchebner-Stiftung zu gründen, und ich hoffe, daß diese Bemühungen auch zum Erfolg führen werden. In Bruck gibt es die Galerie Kul, Kunst und Literatur, die versucht, die Bevölkerung mit neuesten Entwicklungen zu konfrontieren. Die Murgalerie in Leoben macht dasselbe, und in Leoben hat sich auf dem Gebiet der Jugendmusik in der letzten Zeit Großartiges entwickelt. Aichfeld-Murboden ist auch bekannt, was speziell die Musik betrifft, und sogar in Murau hat sich eine moderne Galerie entwickelt: die Galerie an der Mur. Um noch zuletzt ins Ennstal hinaufzugehen: Hier stehen speziell in Schladming große Dinge bevor. Schladming plant erstmalig für das Jahr 1977 einen Schladminger Musiksommer, und in diesen Musiksommer soll auch unsere steirische Komponistenwerkstatt, die seit zwei Jahren mit großem Erfolg läuft, einbezogen werden. Dazu noch die Malerwochen, die dort schon seit einigen Jahren bestehen. Es wird sich auf diese Weise ein neuer Schwerpunkt künstlerischen Tuns auch im Zusammenwirken mit dem Fremdenverkehr im Ennstal herauskristallisieren. Bei allen diesen Initiativen und Aktionen, meine Damen und Herren, und deswegen habe ich eigentlich davon gesprochen, ist auch das Land, ist die Landesregierung beteiligt. Ideell und finanziell bei allen diesen Aktionen, die ich aufgezählt habe ohne jede Ausnahme.

Diese Entwicklung draußen sollte auch sinnfällig noch dadurch aufgezeigt werden, daß wir, wie ja bekannt, auch in zwei Jahren die nächste Landesausstellung nicht in Graz machen werden, sondern in St. Lambrecht, wo wir Gotik aus der Steiermark zeigen wollen.

Meine Damen und Herren, viele Männer und Frauen haben wiederum mitgewirkt, damit sich Kultur in diesem Land entwickelt. Ich möchte drei Namen deswegen nennen, weil es drei verdienstvolle Männer sind, die mit Ende des Jahres in den Ruhestand treten, und ich möchte symbolisch das Wort des Dankes für sie sagen. Es handelt sich erstens um den Direktor unserer Landesmusikschule, Prof. Rupert Doppelbauer. Er hat aus dieser Musikschule in langer Arbeit ein Zentrum für Musik und speziell für die Musik der Jugend in Graz gemacht. Ihm sei unser Dank ausgesprochen. Ebenso Herrn Univ.-Prof. Fritz Posch, er hat sich vom Bauernbuben zum Universitätsprofessor hochgedient und ist seit 1956 als Direktor des Landesarchivs tätig gewesen. Eine Unzahl von Publikationen hat er herausgebracht, sie haben die Vergangenheit der Steiermark erleuchtet und beleuchtet, und wer ihn kennt, seine Vitalität, der weiß, er forscht und arbeitet weiter. Und zuletzt und doch nicht als letzten möchten ich erwähnen Herrn Univ.-Prof. Walter Modrijan. Er ist Wahlsteirer, er kommt aus Kärnten, ist aus Klagenfurt zu uns gekommen, hat sich auch vom Werkstudenten hochgearbeitet zum Wissenschaftler und leitete seit 1969 als Direktor das Landesmuseum Joanneum mit seinen 14 Abteilungen. Er hat als Vor- und Frühgeschichtler

seine Abteilung, die im Schloß Eggenberg beheimatet ist, hervorragend ausgebaut, es ist ein Schmuckstück, ein Gustostückerl für Einheimische und für Fremde, und er hat mit seinen Arbeiten viel dazu beigetragen, daß auch die Vergangenheit unseres Landes erforscht werden konnte.

Diesen drei Männern der Dank und damit symbolisch der Dank allen anderen Männern und Frauen, die zusammengewirkt haben, daß hier auch im Jahre 1976 Kultur weiter entstehen oder weitergetragen werden konnte, denn Kultur, meine Damen und Herren, ist kein Luxus, wir wollen sie nicht als Luxus verstanden wissen, sondern als eine Hilfe zum besseren Leben für möglichst viele Menschen in unserem Lande. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Keine weiteren Wortmeldungen. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Abg. Prantch: Ich wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag, die Ansätze zu genehmigen.

Präsident: Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, bitte ich, eine Hand zu erheben.

Die Gruppe 3 ist somit angenommen.

Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung.

Berichterstatter ist Abgeordneter Johann Fellingner. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

Abg. Fellingner: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ ist unterteilt in sieben Abschnitte und 17 Unterabschnitte mit den Einrichtungen und Maßnahmen der Sozialhilfe und der Wohnbauförderung. Im Kapitel „Soziale Wohlfahrt“ sind unter anderem enthalten: die Landespflegeheime, die Behindertenhilfe, die Hilfe für Kriegsoffer, die Jugendwohlfahrt, der Josef-Krainer-Hilfsfonds, die Hilfen für Katastrophenschäden und die Unterbringung von kinderreichen Familien. Im Abschnitt 48 sind enthalten die allgemeine Wohnbauförderung, die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz und das Wohnungsverbesserungsgesetz. Insgesamt sind in der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung“ Ausgaben in der Höhe von 2.563.508.000 Schilling und Einnahmen in der Höhe von 1.825.338.000 Schilling vorgesehen.

Ich ersuche namens des Finanz-Ausschusses, das Hohe Haus möge den Budgetansätzen der Gruppe 4 seine Zustimmung geben.

Präsident: Meine Damen und Herren!

Um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die

„Soziale Wohlfahrt“ und im zweiten Teil die „Wohnbauförderung“ behandelt werden.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen daher mit dem ersten Teil der Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhard. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erhard: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wenn nun die Gruppe 4 „Soziale Wohlfahrt“ zur Debatte steht, so möchte ich zur Jugendwohlfahrt das Wort ergreifen. Gestatten Sie mir, daß ich zuerst einige Grundsätze zu diesem Thema bringe: Ziel der Jugendwohlfahrt ist es, eine gedeihliche Entwicklung der Jugend, die persönliche Wohlfahrt des einzelnen Kindes und seine Anpassung an die Gesellschaft zu erreichen. Das ist der oberste Grundsatz der Jugendwohlfahrt. Nun haben diese Aufgaben in der Regel die Familien, die Eltern, zu erfüllen, und wir können sagen, Gott sei Dank erfüllen sie diese Aufgaben auch im übergroßen Teil, und nur dort, wo die Eltern oder die Erziehungsberechtigten diesen Aufgaben nicht nachkommen, nur dort muß die Jugendwohlfahrt eingreifen.

Ein weiterer oberster Grundsatz ist, daß möglichst alle Erziehungsmaßnahmen auf freiwilliger Basis beruhen und daß jeweils nur die mildeste zum Ziele führende Erziehungsmethode angewendet werden soll. Das heißt, nur wenn Erziehungsmaßnahmen gegen den Willen der Erziehungsberechtigten, aber zum Wohle des Kindes durchgeführt werden sollen, ist es notwendig, die Hilfe der Gerichtsbarkeit in Anspruch zu nehmen. Eine Ausnahme besteht hier nur bei der Erziehungsaufsicht und bei der Fürsorgeerziehung. In diesem Fall ist jedesmal ein Gerichtsbeschuß notwendig. Die gesetzlichen Bestimmungen hiefür sind das Jugendwohlfahrtsgesetz 1954, ein Bundesgesetz, und das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1957.

Nun, ich möchte die Frage stellen, welchen Bereich die Jugendwohlfahrtspflege umfaßt und was eigentlich mit den Mitteln geschehen soll, die im Unterabschnitt 43 in der sozialen Jugendfürsorge und Jugendwohlfahrtspflege eingesetzt sind.

Wir haben hier zum ersten die Mutterschafts-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, in deren Rahmen schwangere Frauen sowie Kleinkinder bis zum schulpflichtigen Alter betreut werden, Einrichtungen hiefür sind die Mütterberatungsstellen, die uns ja allen bekannt sind, bei der Bezirksverwaltungsbehörde erster Instanz, und deren Inanspruchnahme kostenlos ist und wo ein Arzt und eine Fürsorgerin zur Beratung kostenlos zur Verfügung stehen. Wenn ich Ihnen dazu eine Vergleichszahl nennen darf: Im Jahre 1975 wurden in der Steiermark 58.447 Mütterberatungen durchgeführt, wovon allein 14.214 Beratungen erstmalige Beratungen waren.

Ein weiterer Bereich in der Jugendwohlfahrtspflege wird durch die Amtsvormundschaft dargestellt. Mit der Geburt eines unehelichen Kindes österreichischer Staatsbürgerschaft im Inland wird jene Bezirksverwaltungsbehörde, in deren Sprengel der Geburtsort des Kindes liegt, Amtsvormund des

Kindes. Dem Amtsvormund obliegt die Vaterschaftsfeststellung, die Einbringung des Unterhaltes und auch alle sonstigen Agenden des Vormundes.

Nun ist zu dieser Aufgabenstellung seit dem 1. November 1967 eine weitere Aufgabe dazugekommen, und zwar durch das Gesetz des Unterhaltsvorschusses. Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes hat die Bezirksverwaltungsbehörde erster Instanz die Aufgabe, die ausgezahlten Vorschüsse wieder einzubringen und kraft Gesetzes ist außerdem die Bezirksverwaltungsbehörde Sachwalter für jeden Fall, bei dem Unterhaltsvorschuß geleistet wurde. Im Jahre 1975 wurden in der Steiermark bei den Bezirksverwaltungsbehörden 32.752 Amtsvormundschaften geführt und weiters noch 3700 Sachwaltschaften zur Unterhaltseinbringung.

Damit möchte ich zur dritten Gruppe der Jugendwohlfahrtspflege kommen, zur Jugendfürsorge. Die eigentliche Jugendfürsorge umfaßt die Schulkinder- und Erholungsfürsorge, die Pflegekinderbetreuung und die Erziehungsfürsorge mit Erziehungshilfe, Erziehungsaufsicht und Fürsorgeerziehung. Die Jugenderholungsfürsorge betrifft die Unterbringung erholungsbedürftiger sowie sozial berücksichtigungswürdiger Kinder, Minderjähriger in Erholungsheimen. Die von den verschiedenen Organisationen veranstalteten Erholungsturnusse werden seitens der Rechtsabteilung 9 jährlich subventioniert; im Jahre 1976 mit 3,3 Millionen Schilling.

Vielleicht darf ich hier eine persönliche Anmerkung machen: Ich fahre schon seit vielen Jahren im Rahmen der steirischen „Kinderfreunde“ als Heimleiter in einen solchen Erholungsturnus, und ich möchte feststellen, daß diese Förderung der Jugenderholung sehr, sehr angebracht ist. Ich kann es immer wieder erleben, daß gerade Kinder aus kinderreichen Familien hier teilnehmen, wo es den Eltern kaum möglich ist, mit den Kindern einen Urlaub zu machen, wo aber nun den Kindern die Möglichkeit geboten wird, in steirischen Heimen, in Kämtner Heimen, in Heimen des In-, aber auch des Auslandes Erholung zu finden. Hier hat sich die Erholung auch vom Begriff her gewandelt. Es ist nicht mehr ausschlaggebend, daß das Kind mit einer Gewichtszunahme von mehreren Kilogramm nach Hause kommt, man möchte fast sagen, es ist schon bald das Gegenteil zweckmäßiger, aber es ist eine Erholung in anderer Hinsicht sehr notwendig, es geht um die geistig-seelische Erholung. Die Kinder, wir haben das heute schon gehört, werden immer mehr vom Streß geplagt, und hier ist eine Möglichkeit in einer frohen Gemeinschaft, in einer Gemeinschaft, in der auch — ich kann das nur für meinen Bereich sagen — auf Demokratieerziehung größter Wert gelegt wird, die Erholung zu verbringen. (Unverständlicher Zwischenruf.) Nein, ich meine damit Demokratieerziehung in jeder Form und nicht nur Sozialdemokratie. (Abg. Ing. Stoisser: „Rot ist er auch!“) Natürlich.

Bei der Kinderbetreuung der Pflegekinder handelt es sich, um von diesem Kapitel, der Jugenderholung abzugehen, um die Unterbringung der Minderjährigen unter 16 Jahren auf Pflegeplätzen. Hier wird von der Bezirksverwaltungsbehörde die Pflegeaufsicht geführt, und die besteht darin, daß Fürsorge-

rinnen die Kinder regelmäßig besuchen und die Erziehung und Pflege überwachen. So darf ich als letzter Bereich der Jugendwohlfahrt die Erziehungsberatung, die Erziehungsaufsicht und die Fürsorgeerziehung erwähnen. Speziell zur letzteren wäre zu sagen, daß die Fürsorgeerziehung in der Einweisung eines Minderjährigen in ein Landesjugendheim oder in ein privates Fürsorgeheim bzw. in eine Familie besteht. Hier erfolgt die Anordnung in jedem Fall durch das Gericht und hat die Beseitigung geistiger, seelischer oder sittlicher Verwahrlosung eines Minderjährigen zum Ziel. Es handelt sich also bereits um einen eingetretenen Zustand des Kindes, des Minderjährigen, und damit ist natürlich die Fürsorgeerziehung im Rahmen der Landesjugendheime etwas problematisch. Man kann von der Zahl her sagen, daß in der Steiermark im Jahre 1975 840 Jugendliche in Heime aufgenommen und dort betreut wurden. Über diese Heime, es handelt sich hauptsächlich um das Landesjugendheim für Mädchen Blümelhof und das Landesjugendheim Rosenhof und das Landesjugendheim Hartberg, gäbe es viel, ja sehr viel Positives zu berichten. Ich will aber nur global feststellen, daß in diesen Heimen ausgebildete und durch laufende Fortbildungstagungen am jüngsten pädagogischen Stand gehaltene Heimleiter und Erzieher bemüht sind, und das mit großem Erfolg, eine Integration der Jugendlichen in die normale Lebensgemeinschaft zu erreichen. Man braucht zu diesem Thema keine langen Berichte bringen, der Epidemiefolg zeigt, daß das anfangs erwähnte Ziel, nämlich die Beseitigung geistiger, seelischer oder sittlicher Verwahrlosung, im hohen Maß erreicht werden konnte.

Ich will zum Schluß kommend feststellen, daß die Jugendwohlfahrt ja nur einen Teilbereich der Budgetgruppe A, also des gesamten Sozialbereiches des Landes, darstellt, daß aber in diesem gesamten Teilabschnitt derselbe Geist herrscht wie im ganzen Sozialressort und daß dafür allen Mitwirkenden der Dank auszusprechen ist. Allen voran darf ich aber dem Referenten des Ressorts, Herrn Landesrat Gruber, den Dank für seine Bemühungen in der sozialen Wohlfahrt unseres Landes aussprechen, denn eine gute Sozialpolitik besteht nicht nur in der Schaffung von Sozialgesetzen allein, sondern vor allem auch in der richtigen Einstellung und richtigen Handhabung der sozialen Verwaltung. Wenn ich denke, daß es gestern im Rahmen der Debatte einige Zwischenrufe gegeben hat, wo es von ÖVP-Seite her geheißen hat, daß Sozialismus nichts mit sozial zu tun hat, so möchte ich hier bei dieser Stelle anmerken (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Mein lieber Freund, das haben wir eh gesagt!“), daß wir in der Steiermark sehr froh sein können, daß wir einen Sozialisten als Leiter dieses Ressorts haben und daß sich das seit Jahren sehr positiv für unser Land ausgewirkt hat. (Abg. Schrammel: „Weihrauch!“)

Ich will mit der Feststellung schließen, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, Kinder und Jugendliche, die nicht durch eigenes Verschulden, sondern durch Erbanlagen, durch Umwelteinflüsse keine große Widerstandskraft gegen die Verführung zu einer negativen Lebensweise haben, zu schützen und, falls be-

reits Verfehlungen eingetreten sind, diese jungen Menschen mittels moderner Erziehungsmethoden wieder auf den richtigen Weg zurückzuführen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pöttl. Ich erteile es ihm.

Abg. Pöttl: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Gratsch hat in seiner Budgetrede einen sehr weiten Ausflug gemacht, vor allem in der Einleitung, und soziale Kontrastbilder als Grundlage seines Referates gezeichnet, und in weiteren Passagen hat er der Österreichischen Volkspartei vorgeworfen, daß sie im sozialen Bereich politische Effekthascherei betreibt. (Abg. Gratsch: „Nicht nur!“)

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Problem in unserem Land berühren und diskutieren und in zweiter Linie sachlich dieses Thema umreißen. Wir haben hier im Landesvoranschlag in der Gruppe 4 ein Gesamtbudgetvolumen von 2,5 Milliarden Schilling. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt also, daß wir in der Steiermark den sozialen Ausgleich der Interessensverschiedenheiten sehr ernst nehmen. Wir haben auch hier Gesetze geschaffen, wir haben das Behindertengesetz, das Sozialhilfegesetz, wo wir den Ärmsten in unserem Lande unter die Arme greifen. Ich möchte fast meinen, daß man das Wesen einer Demokratie letztlich daran erkennt, wie man mit Minderheiten, vor allem mit sozial Schwachen, umgeht.

Meine Damen und Herren, daher möchte ich mich in meinem Berufsstand den älteren Menschen, die als Zuschußrentner ihr Leben in unserem Lande leben, widmen. Wir alle wissen, daß ein jedes soziale System eine Risikogemeinschaft ist. Wir haben in unserer Republik einige solcher Risikogemeinschaften, wo wir als Menschen uns gegenseitig helfen. Es ist dies im Falle der Krankheit, des Unfalles, der Arbeitslosigkeit, aber auch im Falle des Alters, meine sehr verehrten Damen und Herren. All diese Gemeinschaften sind nur dann selbsttragend, wenn das Verhältnis zwischen Leistungsempfänger und Beitragszahler im richtigen Ausmaß gegeben ist. Und der Strukturwandel in unserer Landwirtschaft führt dazu, daß wir nicht dieses richtige Verhältnis haben, und er gibt auch Aufschluß über die Zuschüsse des Bundes für die Leistungen unserer älteren Menschen, die sie über die Sozialversicherungsanstalt der Bauern genießen. Der Herr Abgeordnete Gratsch hat gemeint, daß eine Steigerung von 1970 auf 1975 von 508 Millionen Schilling auf 3,3 Milliarden Schilling erfolgte. Das stimmt, aber das ist keine Gefälligkeit, sondern das liegt echt im System, weil wir in allen anderen Bereichen auch solche Zuschüsse des Bundes haben und dort meist nicht genannt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 26 Milliarden Schilling werden in Österreich zur Verfügung gestellt; ich möchte das deshalb betonen, weil man jede normale Ausgabe des Bundes sehr leicht

der Landwirtschaft als eine große Dienstbarkeit der Regierung auslegt. Ich möchte eine kurze Statistik anführen, ich möchte die Debatte nicht verlängern, aber wir haben für 1000 Beitragszahler bei der Pensionsversicherung der Arbeiter und Knappschaft 628 Leistungsempfänger für 1000 Beitragspflichtige, bei den Angestellten eine sehr positive: 286, beim Gewerbe erkennt man auch diese Strukturschwächen: 721 Leistungsempfänger gegenüber 1000 Beitragszahlern, und bei den Bauern 812 auf 1000 Beitragszahler. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Berechnung sagt voraus, daß sich diese Entwicklung noch eher zuungunsten der Landwirtschaft entwickelt, und ich möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb auch betonen, daß gerade bei Beginn und Aufbau eines Sozialsystems solche Zuschüsse immer selbstverständlich waren seitens des Bundes. Ich meine, daß sehr oft dieser Vorwurf der SPO, daß die ÖVP sehr langsam und sehr spät reagiert habe, einfach bestätigt — hören Sie mir nur zu —, daß wir Bauern, wo es nur irgendwie möglich ist, aus eigener Kraft versuchen, die Probleme zu bewältigen. Wir wissen, daß in allen Bereichen unseres Lebens die Ansprüche gestiegen sind und wir in der Landwirtschaft die Möglichkeiten nicht mehr haben, diese zu bewältigen, und es kam die Einsicht, all diese Bemühungen zu unterstützen.

Ich möchte hier betonen, alle Entscheidungen in sozialpolitischer Hinsicht wurden von der Österreichischen Volkspartei initiiert, und ich werde diese auch gerne aufzählen: Im Jahre 1958 wurde die Zuschußrente geschaffen; im Jahre 1962 wurde die Möglichkeit einer Frührente aus gesundheitlichen Gründen ins Leben gerufen; im Jahre 1965 fand eine generelle Rentenerhöhung von 10 Prozent statt; im Jahre 1967 wurde der Hilflosenzuschuß geschaffen; im Jahre 1969 — und da kommt also oft der große Vorwurf, daß wir die Dinge nicht komplett erledigt hätten — sah eine Leistungsverbesserung für Zuschußrentner eine Erhöhung um 60 Prozent vor, die Einführung der 14. Rente, die Einführung der Ausgleichszulage, eine Dynamisierung von Renten und Ausgleichszulagen, eine Erhöhung des Hilflosenzuschusses. In zweiter Linie wurde das Bauernpensionsversicherungsgesetz mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1971 beschlossen. Ich möchte dies deshalb betonen, weil dabei unbestritten ist, daß wir die Initiative in der Hand gehabt haben und aus budgetären Gründen damals dieses Zuschußrentnerproblem nicht endgültig gelöst haben, weil wir verstanden haben, daß dies eine schrittweise Angleichung braucht.

Ich möchte aber nun auch das echte Verhalten der Sozialistischen Partei, meine Damen und Herren, schildern: Die Sozialisten haben damals im Parlament zwei Anträge eingebracht; der erste Antrag, daß dieser Auszahlungsbetrag um die Hälfte gekürzt werden soll und in fünf Jahresetappen angeglichen werde, wie er damals fix von der ÖVP beschlossen wurde. Der zweite Antrag war: Wir haben beschlossen, Beiträge für Kinder nur mit einem Drittel zu limitieren; die Sozialistische Partei hat einen Antrag eingebracht, die Hälfte als Beitragsleistung vorzuschreiben.

Meine Damen und Herren, ich möchte dies nur klarstellen, weil oft in der Öffentlichkeit ein sehr verwirrtes Bild über dieses soziale Problem in unserer Republik herrscht. Und dann wurden vielfache Erklärungen abgegeben, ich möchte zitieren, wir wissen es alle, aber ich möchte ein Zitat aus der „Arbeiterzeitung“, eine Erklärung des Bundeskanzlers unter dem Titel „Die Lücken im Wohlfahrtsstaat schließen“ anführen. Und zwar hat der Bundeskanzler damals eine wirklich solide und sehr soziale Erklärung abgegeben: „Die Güte eines Wohlfahrtsstaates ist nicht danach zu beurteilen, wie man in Blickrichtung auf eine große Zahl von Wählerstimmen Hilfe leistet, sondern danach, was die Ärmsten bekommen.“ Das ist eine sehr soziale Erklärung; und weiter nannte Kreisky als Beispiel für die Lücken, die im Wohlfahrtsstaat noch zu schließen sind, das Problem der bäuerlichen Zuschußrentner und die Situation von Familien mit behinderten Kindern. Das sind Erklärungen, aber konkret — trotz Kenntnis der Sachlage — wurde gesetzlich überhaupt nichts geändert bis jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Verpflichtungen des Gesetzes wurden korrekt eingehalten, das möchte ich betonen, aber das Gesetz wurde nicht geändert. Es wurde eine Regierungsvorlage auf den Tisch gelegt, in der die Regierung eine Beitragsleistung vorschlägt, die einfach von der Landwirtschaft nicht mehr bewältigt werden kann. Es ist ein Beitragseinkommen von 600 Millionen Schilling errechnet worden und die sich dadurch ergebenden Verbesserungen von 350 Millionen Schilling. Es ist einfach nicht verkraftbar, Beitragserhöhungen bis zu 100 Prozent in Kauf zu nehmen, wobei wir die zehnpromzentige Einheitswertenerhöhung automatisch als eine Beitragsleistungserhöhung in Kauf nehmen müssen.

Meine Damen und Herren! Unter dem Druck der Öffentlichkeit wurden verschiedene Erklärungen abgegeben, die letzte betraf die 6000 Schilling Überbrückungshilfe. Hier schwimmt die ganze Angelegenheit noch, ich habe vor kurzem im Parlament angerufen, all die Dinge stehen noch in Verhandlung. Ich möchte nur betonen, daß die Schonzeit des Sozialministers Weissenberg an und für sich vorbei sein müßte, der, damals bei seiner Erklärung über seine zukünftige Tätigkeit nicht begriffen hat, daß die Zuschußrentner im sozialen Bereich nicht die volle und gerechte Anerkennung finden. Er hat alle Bereiche, die der Gewerkschaftsbund als soziale Forderungen erarbeitet hat, genannt, aber von den Zuschußrentnern hat er kein Wort auf den Tisch gelegt. Ich möchte nur hoffen, daß nach dem Beispiel unseres Landes auch die Bundesregierung in Zukunft die Entscheidungen bundesgesetzlich regelt, damit dieses Problem endgültig gelöst wird.

Politik heißt einfach die Zukunft gestalten, heißt auch Probleme lösen, heißt aber vor allem auch — und das muß ich in diesem Fall sagen — sozial handeln, wo es wirklich notwendig ist. Es haben diese betroffenen Bauern einfach deshalb ein so ungutes Gefühl, weil wir auf allen Ebenen immer wieder erleben, daß eine Anspruchsinflation gerade von der Regierung hier so massiv forciert wird, und ich hoffe, daß gerade in diesem Sinne eine soziale

Entscheidung auf Bundesebene fällt, da die Hoffnung als Lösung dieses Problems zu wenig ist. (Beifall bei der OVP.)

Dritter Präsident Feldgrill: Ich unterbreche die Landtagssitzung. Die Beratungen der Gruppe 4 werden um 14 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.43 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung: 14 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Bischof. Ich erteile es ihr.

Abg. Bischof: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In der Gruppe 4 möchte ich vor allem auf die Behindertenhilfe eingehen. Bevor ich jetzt aber in diese Gruppe eingehe, möchte ich doch ein paar Gedanken in die Landstube tragen.

Als Frau darf ich mich freuen, daß die OVP einen weiblichen Generalredner hatte. (Allgemeiner Beifall.) Ich möchte aber in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß die erste weibliche Generalrednerin unsere Abgeordnete Prof. Hartwig war, jedenfalls seit ich im Landtag bin. (Allgemeiner Beifall.) Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die SPO den Emanzipationsbestrebungen schon (Landesrat Dr. Klausner: „Nächstes Jahr bist du dran!“ — Heiterkeit) lange aufgeschlossen ist, weil wir zwei weibliche Abgeordnete haben und die rechte Seite bei dieser Mehrheit noch immer nur eine weibliche Abgeordnete. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Die ist für zwei!“) Muß auch einmal gesagt werden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Eure Süßigkeit, schauen Sie mich einmal an!“) Eure Herrlichkeit, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wir haben nichts dagegen. (Abg. Nigl: „Mutter Courage!“) Sie haben einen Initiativantrag eingebracht, ich frage Sie aber, warum verheimlichen Sie uns den Vater? Schämen Sie sich dessen, nur weil er ein Sozialist ist? (Abg. Schrammel: „Das ist das Geheimnis. Bei euch ist es der Landesrat Gruber!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Seit 1. Jänner 1976 gibt es auf Grund der Familienrechtsreform, die die Sozialisten in die Wege geleitet haben, echte Partnerschaft zwischen Mann und Frau in der Familie, und ich glaube, es müßte das auch in der großen politischen Familie geben.

Nun, meine Damen und Herren, zur Behindertenhilfe. Neben der Sozialhilfe wird der Steiermärkische Landtag über Initiative unseres Sozialreferenten einen weiteren Schwerpunkt im sozialen Bereich setzen, nämlich durch eine Novelle zum Behindertengesetz. Hätten Sie, meine Damen und Herren von der rechten Seite, in der Sozialausschußsitzung am 16. November Ihre Zustimmung zu dieser vorgetragenen Novelle gegeben, dann könnte sie bereits mit 1. Jänner 1977 in Kraft treten. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der OVP, so sehr Ihr Herz für den sozialen Bereich entdeckt haben, zwar sehr spät, es muß also alles in die Jetztzeit verlegt werden, weil Sie hier nur wenig Vergangen-

heit haben, so frage ich Sie, warum dann nur halb? (Abg. Nigl: „Wir haben Vergangenheit!“)

Eine Verzögerung hat gerade hier nur Nachteiliges für die behinderten Menschen, und es kommt wieder einmal zum Durchbruch, daß in erster Linie doch nur die SPO die Hilfen für die Schwachen und Bedürftigen rechtzeitig anbietet (Unverständlicher Zwischenruf.) und schon immer angeboten hat und wir Schritt für Schritt voransetzen, wie das auch in unseren Leitlinien für die Steiermark vorgesehen ist.

Wir haben in der Steiermark ein vorbildliches Behindertengesetz, doch im Laufe von über mehr als zehn Jahren ergab sich aus der Praxis heraus, aus Vorschlägen der verschiedenen Behindertenorganisationen und auf Empfehlung des österreichischen Komitees für soziale Arbeit, in dem ein eigener Arbeitskreis für Behindertenhilfe eine permanente Einrichtung ist und in der niemand anderer als unser Sozialreferent unser Vizepräsident ist, daß hier bei diesem Gesetz einige Bestimmungen reformbedürftig sind und die Gegebenheiten zugunsten der Behinderten entsprechend erweitert werden müßten. Die Novelle sieht vor, daß der Personenkreis der Behinderten auf jene Personen erweitert werden soll, für welche die Schulausbildung, Berufsausbildung und Beschäftigungstherapie nicht mehr in Frage kommt. Für diesen Personenkreis war bisher wohl ein Pflegegeld vorgesehen, das jedoch im Gesetz hinsichtlich des zu betreuenden Personenkreises nicht gedeckt war. So soll auch der Ausdruck „Volksdeutscher“ entfallen, damit ist dem Bundesverfassungsgesetz zur Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung Rechnung getragen. Wir wollen die Volksdeutschen nicht mehr als Volksdeutsche bezeichnen, sondern als unsere Menschen. Die Novelle beinhaltet auch eine Gleichstellung deutscher Staatsangehöriger in Österreich, auf die das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Fürsorge und Jugendwohlfahrtspflege vom 17. Jänner 1966 anzuwenden ist. Ganz entscheidend ist aber der Anspruch auf einen geschützten Arbeitsplatz, der künftig nicht mehr von einer perzentuellen Unfähigkeit abhängig sein soll, sondern ob der Betreffende auf dem freien Arbeitsmarkt mit Gesunden konkurrenzfähig ist oder nicht. Damit wäre also die schwierige Feststellung der perzentuellen Arbeitsunfähigkeit nicht mehr notwendig; denn bisher mußte der Behinderte mindestens zu 50 Prozent arbeitsunfähig sein.

Das Pflegegeld (Abg. Pölzl: „Was soll man dagegen tun?“) soll nicht erst ab dem 16. Lebensjahr — Herr Abgeordneter Pölzl —, sondern schon ab dem 6. Lebensjahr bezogen werden können, weil nicht einzusehen ist, weshalb für Pflegebedürftige vom 6. bis zum 16. Lebensjahr keine finanzielle Hilfe geleistet werden soll. Wir haben auch im Vorjahr durch eine Novelle zum Blindenbeihilfengesetz möglich gemacht, daß ab 1. Jänner 1976 die Beihilfen ebenfalls ab dem 6. Lebensjahr gewährt werden. Darüber hinaus, meine Damen und Herren, soll an Stelle des bisher einstufigen Pflegegeldes ein zweistufiges eingeführt werden, womit also erreicht wird, daß auch Personen, die im leichteren

Grade pflegebedürftig sind, ein Pflegegeld erhalten können.

Neu ist die Einführung einer Mietzinsbeihilfe, die in der Absicht erfolgt, Behinderten eine Wohnung zu ermöglichen, die ihren Bedürfnissen entspricht. Da eine behindertengerechte Wohnung aber im allgemeinen Mehrkosten verursacht, wird mit der Gewährung der Mietzinsbeihilfe diese Kostendifferenz nach Möglichkeit ausgeglichen. Querschnittgelähmte stehen zum Beispiel bei der Beschaffung und Einrichtung von Wohnungen oft vor kaum lösbaren Problemen.

Im allgemeinen soll das Verfahren in allen Fällen — egal, welche Hilfeleistung gewährt wird — dadurch vereinfacht werden, daß nicht mehr wie bisher zwei Bescheide, sondern nur mehr ein Bescheid notwendig ist, und auch dieser Bescheid soll für den Betroffenen durchsichtiger gestaltet sein.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf unsere beiden Resolutionsanträge, mit denen wir die Landesregierung auffordern, dafür Sorge zu tragen, daß schon im Voranschlagsentwurf für 1978 die finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden, die es ermöglichen, im Bereich der Landeshauptstadt Graz im Rahmen der Behindertenhilfe geschützte Werkstätten und Internate zu errichten, und ebenso sollen in der übrigen Steiermark Sonderkindergärten und Sonderschulen mit Internaten für behinderte Kinder errichtet werden.

Num, meine Damen und Herren, ein Ansatz, ein Beginnen, diesen Anträgen entsprechend, ist für die Betreuung von bewegungsgestörten Kindern im Heim Morre-Schlöbl gegeben. Vom Land Steiermark wurde dieses Schlöbl um 3,5 Millionen Schilling erworben und der Steirischen Vereinigung zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher gegen Entrichtung eines Mietzinses übergeben. Im Voranschlag 1977 ist nun der Kaufpreisrest von 230.000 Schilling vorgesehen. Die Gesamtkosten seit dem Ankauf belaufen sich im ordentlichen Haushalt auf 4,7 Millionen und im außerordentlichen Haushalt auf 7,2 Millionen Schilling. Durch eine begrüßenswerte Umbenennung heißt dieses Schlöbl nun: „Morre-Schlöbl, Haus zur Förderung bewegungsbehinderter Kinder“.

Eine weitere Unterbringungsmöglichkeit bietet die Waldschule in Wiener Neustadt, das ist eine Sonderschule für körperbehinderte Kinder. Sie ist eine Bildungseinrichtung für schulpflichtige Kinder und Jugendliche. Hier wird vorausgesetzt, daß die behinderten Kinder dem Lehrplan der allgemeinen Sonderschule folgen können und daß sie später berufstätig werden. Der gesetzliche Schul- und Heimerhalter ist das Bundesland Niederösterreich. Auf Grund dieses Länderübereinkommens sind auch andere Bundesländer beteiligt — die Steiermark mit 24,24 Prozent. Unserem Land stehen damit 40 Heimplätze zur Verfügung, die praktisch immer zur Gänze ausgelastet sind. Freundlicherweise hat mir die Rechtsabteilung 9 Einblick in einen Akt vermittelt (OVP: „Oh!“ — Abg. Ing. Turek: „Darf ich auch einmal kommen?“), aus dem zu ersehen ist, daß ein sechsjähriges Mädchen aus Oberkurzheim, das eine angeborene Mißbildung an den äußeren Gliedmaßen hat und in der Entwicklung sehr

zurückgeblieben ist, nun mit Bemühen der Rechtsabteilung 9 mit Beginn dieses Schuljahres in der Waldschule Wiener Neustadt aufgenommen werden konnte. Und ich darf sagen, daß ein Lichtblick das ist für die Eltern dieses Mädchens, aber auch für dieses Mädchen selbst. Es wird also die Chance bekommen, später berufsfähig zu werden. Ich glaube, das ist Hilfe im richtigen Moment. Der geplante Ausbau der Waldschule soll vor allem auch den Turnsaal und das Schwimmbad mit Therapiebecken erfassen. Die Kosten für die Beteiligung der Steiermark belaufen sich auf den vorhin genannten Anteil von 24,24 Prozent, das sind rund 4 Millionen Schilling.

Die Zweckbestimmung des Landesbehindertenzentrums in Graz-Andritz liegt in der Berufsausbildung, also in Lehre und Anlehre, oder in der Beschäftigungstherapie. Der derzeitige Zöglingstand beträgt 83, und eine Internaterweiterung, die vor dem Abschluß steht, wird 18 neue Plätze bringen. Für alle Zöglinge gibt es eine bewegungstherapeutische Maßnahme im Rahmen des Turn- und Schwimmunterrichtes. Die Kosten für die neue Werkstätte einschließlich Einrichtung betragen hier rund 39,3 Millionen Schilling. Im Landesbehindertenzentrum sind noch zusätzlich zwei fremde Einrichtungen untergebracht: der Bürokurs des Berufsförderungsinstituts in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt für Behinderte und eine Beschäftigungsgruppe des Städtischen Sonderhortes Rosenheim. Auch hier gibt es beabsichtigte Erweiterungen: Aufstockung des Internatsgebäudes um weitere 50 Heimplätze für behinderte Burschen, denn derzeit warten über 40 behinderte Burschen auf Aufnahme in dieses Zentrum, die aus Platzmangel nicht aufgenommen werden konnten.

Dringend erforderlich wäre aber auch der Bau eines Internats für Mädchen mit den dazugehörigen Ausbildungseinrichtungen, da die Steiermark derzeit über keine eigene Ausbildungseinrichtung für behinderte Mädchen verfügt, mit Ausnahme der Hörbehindertenanstalt.

Im Landesbehindertenzentrum wird auch die Urlaubsaktion für Familien mit behinderten Kindern abgewickelt; waren es 1974 13 Familien mit 30 Personen, davon 13 behinderte Kinder, so waren es 1975 63 Personen, davon 24 behinderte Kinder, und 1976 44 Personen, davon 22 behinderte Kinder. Um hier aber das Platzangebot optimal auszunützen zu können, wird ab heuer in der Regel nur eine Begleitperson pro behindertem Kind teilnehmen können, und das finden wir für richtig. Tagsüber werden die behinderten Kinder vom fachlich geschulten Personal betreut, und die Eltern werden über rechtliche, medizinische und soziale Aspekte des behinderten Kindes informiert. Eine Einrichtung, die sicher einmalig ist, wenn man auch noch die Kosten bedenkt, die pro Person und Tag nur 31 Schilling betragen.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, ein breiter Fächer bietet sich an, um den Behinderten die erforderlichen Hilfeleistungen zu bringen. Vieles ist geschehen, so manches bleibt noch zu tun, weil wir glauben, daß die Gesellschaft verpflichtet ist, gerade diesen behinderten Menschen zu helfen. Nicht unerwähnt möchte ich in diesem Zusammen-

hang aber auch lassen, daß der Bund eine doppelte Kinderbeihilfe für Familien mit behinderten Kindern bezahlt.

Ein großer Schritt vorwärts soll die Novelle zum Behindertengesetz sein. Wir nähern uns damit einer modernen Behindertenhilfe nach den derzeitigen Erkenntnissen der Wissenschaft und Praxis. Es wird zweifellos einen finanziellen Mehraufwand erfordern. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, daß eine erfolgreich durchgeführte Rehabilitation auch einen hohen wirtschaftlichen Wert besitzt, für die Schwerstbehinderten aber ein menschenwürdiges Leben erreicht wird. Voraussetzung für eine erfolgreiche Rehabilitation ist aber auch eine möglichst breite Information der Bevölkerung über die Ziele und Erfahrungen, um auch im rein menschlichen Bereich die Integration des Behinderten in die Gesellschaft zu ermöglichen. Schließlich, glauben wir, ist die Hilfe für die Behinderten ganz allgemein die Grundlage dafür, daß der soziale Funke der Humanität in einer Gesellschaft nicht abstirbt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Eichinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Eichinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Eine steirische Wohlfahrtsorganisation leitete ihren Tätigkeitsbericht für 1975/76 mit der schockierenden Feststellung ein, „daß schwere Zeiten hinter uns liegen und die Anspannung aller Kräfte notwendig war, um die Not um uns und im eigenen Land ein wenig lindern zu können. Ganz allgemein“, so heißt es dann weiter, „hatten Familien mit mehreren Kindern schwer zu kämpfen. Ständige materielle und seelische Anspannung führten in vielen Fällen zu Erschöpfungsdepressionen, das heißt mit anderen Worten, daß in unserem sogenannten Wohlfahrtsstaat die Kinderreichen sehr oft zu sozialen Absteigern werden. Es wird einfach nicht berücksichtigt, daß die Kinderkosten schneller steigen als die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten. Wie oft gibt es dann noch zusätzliche ernste Wohnungsprobleme und die für viele so selbstverständliche Urlaubsfahrt ist im Haushaltsbudget dieser Familien oft nur sehr schwer unterzubringen.“ Der Gewerkschafter Prof. Klenner stellte daher mit Recht fest, daß sich in Österreich noch allzu viele Menschen am Rande des Existenzminimums bewegen, wozu ja noch die Mindestrentner, die Ausgleichszulagenempfänger, die Zuschubrentner usw. kommen.

So darf es natürlich auch nicht wundern, daß das neue steirische Sozialhilfegesetz ein derartig nachhaltiges Echo bei unserer Bevölkerung gefunden hat. Viele klammern sich heute daran, hoffen, daß neben den zahlreichen materiellen Besserstellungen auch eine neue geistige Wende in den Beziehungen von Mensch zu Mensch eintreten wird und der neue soziale Weg, den wir damit beschreiten, soll die Menschen einander näherbringen, die Nachbarschaftshilfe besonders anregen, die Einsamkeit älterer Mitbürger und die soziale Isolation alleinstehender Mütter zum Verschwinden bringen. (Abg. Ingenieur Turek: „Die Nachbarschaftshilfe ist im Sozial-

hilfegesetz nicht drinnen!“) Herr Kollege, das sollen die Auswirkungen dieses Gesetzes sein, dieses neuen Gesetzes, Kollege Turek. Wir können uns dann noch sehr eingehend darüber unterhalten.

Nun hat meine geschätzte Vorrednerin, Frau Kollegin Bischof, erklärt, daß ich bei der letzten Sitzung von einer Mutter des Sozialhilfegesetzes gesprochen und damit die Frau Kollegin Jamnegg gemeint habe. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, wenn ich jetzt so schaue, dort sitzt Ihr Vater und dort sitzt die Mutter, die wir meinen. Wenn Sie mich jetzt um die Entscheidung fragen, muß ich Ihnen wirklich sagen, ich bin nach wie vor der Meinung, daß wir hier bei der Frau Kollegin Jamnegg die Mutter dieses Gesetzes haben. (Beifall bei der ÖVP.) Nun wurde ich gefragt, warum wir den Vater dieses Sozialhilfegesetzes verheimlicht haben. Ja, meine Damen und Herren, wir haben das Gefühl, der Vater ist sehr oft abwesend gewesen und so hat die Mutter das große Wort reden müssen. Aus dem Grunde bleiben wir bei der Mutter. (Abg. Schrammel: „Also die Mutter steht eindeutig fest!“ — Abg. Brandl: „Wir haben es gemacht!“)

Ich muß sagen, das, was hier geschaffen wurde, ist ja wirklich eine soziale Tat und nun spricht die Frau Kollegin Julie Bischof noch davon, daß alles Soziale in diesem Land die Sozialisten gemacht hätten. Ja, meine Damen und Herren, jetzt kann ich Ihnen noch einmal eines sagen: allein das Sozialhilfegesetz beweist, daß Sie, meine Damen und Herren auf der sozialistischen Seite, jahrelang ein bißchen geschlafen haben, bei dem Gesetz meine ich. (Abg. Gratsch: „Nein!“) Daß dem so ist, Herr Kollege Gratsch, das läßt sich eindeutig beweisen.

Im Jahre 1969 haben wir schon dieses Gesetz gefordert. Nichts ist geschehen. Als im Jahre 1972 ein Kollege von uns erneut diese Forderung stellt, erklärte unsere geschätzte Kollegin Traude Hartwig, die heute dem Landtag nicht mehr angehört, die Ihrer Fraktion angehörte, die Forderung unseres ÖVP-Abgeordneten nach dem Sozialhilfegesetz sei natürlich berechtigt, und „ich hoffe mit Ihnen“, hat sie erklärt, „daß dieses Gesetz doch nunmehr bald verabschiedet werden kann.“ Kurze Zeit darauf hat der zuständige Referent, Herr Landesrat Gruber, erklärt, das wird schon 40 Jahre diskutiert. Das mit dem 40 Jahren hat mir nicht gepaßt, das hat nicht gestimmt. Ich bin doch kein Zaubener, hat er im Jahre 1972 erklärt. Worauf wir gemeint haben, Zauberer ist er keiner, aber wenn man dem Gesetz so folgt, ist er ein Zauderer. Verzauert ist dieses Gesetz nämlich geworden, und wenn man uns hier so manchen Vorwurf macht, kann man gerade bei diesem Gesetz beweisen, wie viele Jahre man manches Mal dazu braucht, um so etwas zu beschließen.

Die Frau Kollegin Bischof erklärte früher noch, diese Novelle zum Behindertenbeihilfengesetz wäre durch die ÖVP verzögert worden. Frau Kollegin, die Novelle wurde einstimmig zurückgestellt, weil wir eigentlich der Meinung waren, daß es hier tatsächlich noch Änderungen geben müßte, Angleichungen durchzuführen wären.

Aber, Frau Kollegin, jetzt darf ich Ihnen dazu folgendes sagen: Wir haben doch im vorigen Jahr beschlossen, daß wir die Blindenbeihilfe vom 6. bis zum 16. Lebensjahr gewähren. Da hat der zustän-

dige Referent erklärt: „Ich hätte sehr gerne 15 Prozent gegeben, aber die Ausgaben sind so groß, daß ich leider nur 12 Prozent geben kann.“ Jetzt kann ich Ihnen sagen, warum er auf die 12 Prozent gekommen ist, weil uns eine Vorlage gebracht wurde, die so mangelhaft gewesen ist, daß wir angenommen haben, es gehe um 450 zusätzliche Beihilfenbezieher. In Wirklichkeit hat diese Zahl überhaupt nicht gestimmt. Man könnte, Frau Kollegin, mit Recht sagen, daß dadurch manche statt 15 Prozent nur 12 Prozent bekommen haben.

Das habe ich jetzt nur gesagt, um Ihnen zu beweisen, daß die sozialen Initiativen in diesem Land durchaus nicht von Ihrer Fraktion, von der sozialistischen Fraktion, ausgehen, sondern daß wir von der OVP-Fraktion durchaus Initiativen setzen und genauso mit tun und uns bemühen, weil es hier um Probleme geht, die letzten Endes uns alle angehen. Und das möchte ich damit besonders unterstrichen haben. (Beifall bei der OVP.)

Und noch eines: Ich muß zu Dr. Strenitz doch noch eine Bemerkung machen. Er hat wiederum zum Kindergartenförderungsgesetz gesprochen, das ihm ja furchtbar weh tut, und zwar deshalb besonders weh, weil dieses vorbildliche Gesetz gegen die Stimmen der Sozialisten beschlossen werden mußte. Und, Herr Kollege, was hat Ihnen an diesem Gesetz nicht gepaßt? Es hat Ihnen das eine nicht gepaßt, daß wir gesagt haben, wir geben den Gemeinden, die einen neuen Kindergarten errichten, je nach ihrer finanziellen Stärke die Hilfe. Das zweite, das Ihnen nicht gepaßt hat, war, daß wir gesagt haben, der ärmeren Bevölkerung geben wir mehr, das heißt, es wird abgestuft. Aus diesem Grunde sind Sie dagegen gewesen. (Abg. Dr. Strenitz: „Das ist eine Unterstellung!“) Und nach wie vor, Herr Kollege, sage ich Ihnen heute noch: Die Art, die Sie verfechten, Herr Dr. Strenitz, ist nicht richtig. (Unverständlicher Zwischenruf der Abg. Bischof.) Wenn man nämlich — Frau Kollegin Bischof und Kollege Dr. Strenitz — sofort allen alles gibt, dann gibt man allen wenig und den Ärmsten gibt man am allerwenigsten. Mit dieser Taktik haben wir ganz einfach nicht mitgemacht. Darum sind wir froh, daß wir es so beschlossen haben.

Jetzt bringe ich Ihnen ein Problem zur Chancengleichheit (Unverständlicher Zwischenruf der Abg. Bischof.): Ja, Frau Kollegin Bischof, ich rede schon. Die Chancengleichheit: Schauen Sie, ich kenne eine Gemeinde, da hat man monatlich für den Kindergarten 150 Schilling bezahlt; später hat man dann 380 Schilling bezahlt. Damit aber unsere ärmere Bevölkerung nicht die 380 Schilling voll bezahlt, haben wir die Beihilfe geschaffen. Und wissen Sie, was man in dieser Gemeinde gemacht hat, in der man die 150 Schilling bezahlt hat? Damit einige Familien die 380 Schilling nicht bezahlen müssen, weil sie auf Grund ihres Einkommens keine Beihilfe erhalten, gibt man ihnen das Geld zurück, damit sie nur 150 Schilling bezahlen. Und wissen Sie, wer das ist? Das sind Leute, die das Doppelte oder Dreifache von denen haben, die ihre Kinder in den Kindergarten schicken. Das ist die Antwort auf Ihre Frage. So können wir natürlich keine soziale Politik betreiben, denn dann helfen wir letzten Endes den Ärmsten nicht, und daran sind Sie ja in Österreich

letzten Endes überhaupt gescheitert. Deshalb können wir auch sagen: Die Armen sind in dieser Zeit, auch in der Zeit der sozialistischen Regierung, weiter arm geblieben. (Beifall bei der OVP. — Abg. Prensberger: „Als wir das Programm erstellt haben, haben Sie gesagt: ‚Es gibt keine Armut in Österreich!‘ Das war 1970!“ — Abg. Hleschitz: „Ihre Regierungsmitglieder sind alle davongelaufen. Sie müssen langsamer reden!“ — Abg. Prensberger: „Weil sie Ihnen nicht glauben!“ — Abg. Ing. Turek: „1970 hat es keine gegeben, jetzt gibt es sie wieder!“ — Abg. Schrammel: „Die Zigarettenraucher werden jetzt die Armen!“ — Abg. Prensberger: „Der Turek hat es Ihnen jetzt auch gesagt!“ — Abg. Bischof: „Ein Beispiel bitte!“ — SPO: „Sind Sie in der Lage, uns ein Beispiel zu nennen?“) Ja, bitte sehr. Ich brauche nicht nur ein Beispiel zu nennen, ich kann Ihnen mehrere Beispiele nennen, denn Sie müssen eines bedenken, Herr Kollege, und jetzt sage ich Ihnen das, was unser Kollege Dorfer gebracht hat: Die Pensionen sind in der Zeit der OVP-Alleinregierung real mehr gestiegen als in der Zeit der sozialistischen Regierung. Das wäre ein Beispiel. (Beifall bei der OVP. — SPO: „Beispiele!“)

Ein anderes Beispiel, Herr Kollege (Weitere unverständliche Zwischenrufe.): Ja, Sie lassen mich ja nicht reden! Herr Kollege Gratsch oder Herr Prensberger, ich habe zum Beispiel drei Frauen besucht, die Beihilfenbezieher sind. Wissen Sie, wie diese Frauen mit 2100 Schilling heute leben müssen, Herr Kollege? Ich stelle die Frage nur in den Raum. Jede hat nur ein Zimmer zum Bewohnen; und wenn Sie dann noch fragen, wie die sanitären Einrichtungen sind, Herr Kollege: miserabel! Aber wenn ich das früher so dezidiert erklärt habe, dann deshalb, weil Sie gesagt haben, „Seit dem Jahre 1970 sind wir ausgezogen, um die Armut zu bekämpfen“. Heute müssen wir sagen, daß Sie gescheitert sind. (Abg. Hleschitz: „Sie haben die Armut hinterlassen!“ — SPO: „Ein Beispiel! Heraus mit dem Beispiel!“) Ja, gern. Ein Beispiel zum Kindergartenförderungsgesetz. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.) Sie lassen mich ja nicht reden, ich bin ja gerade dabei. (Glockenzeichen des Präsidenten. — Präsident: „Der Herr Abgeordnete Eichinger hat das Wort!“)

Ich gebe das Beispiel dieser Gemeinde: Seinerzeit haben alle 150 Schilling für ein Kind bezahlt. Dann ist die Kindergartenbeihilfe der Steiermark gekommen und dann wurde dort, wo mehrere Kinder sind bzw. wo das Einkommen gering ist, der größte Teil vom Land Steiermark übernommen. Da aber die Sozialisten traurig sind, wenn Familien, die ein unerhört hohes Einkommen haben, dadurch einen „schweren Verlust“ erleiden, weil in der Zwischenzeit der Preis auf 380 Schilling gestiegen ist, hat man diesen Leuten, die das zwei-, drei- und vierfache Einkommen dieser Armen haben, erklärt, aber um Gottes Willen, wir dürfen doch jetzt nicht von 150 auf 380 Schilling gehen, das, was dazwischenliegt, bekommt ihr wieder zurückgezahlt. (SPO: „Das war kein Beispiel!“ — Abg. Brandl: „Das war nur eine Wiederholung und nichts Neues!“) Und das sind jetzt die Gelder, die den Ärmsten abgehen, man müßte ja denen mehr dazugeben! (Unverständliche Zwischenrufe.) Ich will die Gemeinde nicht

sagen, aber ich sage sie Ihnen privat. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Jetzt wollen Sie es nicht mehr hören!“ — Abg. Hleschitz: „Wo gibt es so etwas?“) Ich muß es sagen — das ist die Gemeinde Kindberg!

Meine Damen und Herren, es ist auch hier ganz klar erklärt worden, daß man bei den Büchern doch den Ärmsten mehr dazugeben sollte, als daß man denen das bezahlt, die es sich tatsächlich leisten können. Auch hier haben Sie eine verfehlte Politik betrieben. (Abg. Preamberger: „Jetzt reden Sie wieder von ganz etwas anderem!“) Ja, ich glaube, ich habe das doch eindeutig bewiesen! (Heiterkeit bei der SPO.) Sie brauchen doch nur hinauszugehen. Wenn sie heute hinausgehen und mit der Bevölkerung reden — nach dieser schweren Belastung ja sowieso, mit der Sie der Bevölkerung heute hunderte und tausende Schilling im Jahr herausziehen — da werden diese Leute noch mehr getroffen als sonst.

Wenn ich fortfahren darf: Im Dezember 1973 wurde in der Budgetdebatte die Forderung aufgestellt, heilpädagogische Kindergärten und Sonderschulen zu schaffen, um gehirngeschädigten Kindern und körpergeschädigten Kindern besonders zu helfen.

Wenn nun ein Resolutionsantrag von allen Parteien eingebracht wurde um hier diese Kindergärten und Sonderschulen zu schaffen, dann muß man die Schulorte für diese Kinder so anlegen, daß es unter allen Umständen möglich ist, daß man für die Zu- und Abfahrt dieser Kinder sorgen kann. Ich möchte hier sagen, man sollte nur in Ausnahmefällen das Internat heranziehen, denn glauben Sie mir, nichts ist für diese behinderten Kinder notwendiger als der ständige Kontakt mit den Eltern, die unersätzbliche familiäre Nestwärme. Viele dieser Kinder — das hat auch meine Vorrednerin schon erwähnt — sind ansprechbar und bildbar. Sie können heute so weit gefördert werden, daß sie an einem geschützten Arbeitsplatz oder in einer geschützten Werkstätte arbeiten können. Den Eltern wird dadurch die ernste Sorge über die Zukunft ihres Kindes erleichtert werden. Ohne jegliche schulische Förderung würden viele geistig behinderte Kinder zu Pflegefällen in Heimen oder Familien, während sie sonst zu ihrem eigenen Lebensunterhalt beitragen und auch das für sie so besonders wichtige Erfolgserlebnis buchen können.

Meine Damen und Herren, die verschiedenen steirischen Behindertenorganisationen können einen ganz besonders großen Erfolg verzeichnen. Diese Organisationen haben nämlich immer wieder erklärt, unser Beihilfengesetz ist reformbedürftig, die Behinderten müssen noch besser versorgt werden. In Kürze wird das in der Behindertengesetznovelle durchgeführt werden. Die Ansätze haben wir ja Gott sei Dank im Budget schon drinnen.

Wie meine Kollegin bereits erwähnt hat, wird das Pflegegeld im Jahre 1977 auf das 6. Lebensjahr herabgesetzt und werden damit jene Eltern belohnt, die unter größten persönlichen Opfern ihre hilflosen Kinder selbst betreuen. Ich kenne Mütter, die ihren Beruf aufgegeben haben, nur um bei ihrem kranken Kind bleiben zu können. Wir wissen um den Wert der Dringlichkeit unserer Heime, wir wissen aber

auch, und das ist erwiesen, daß die mütterliche Pflege durch nichts ersetzt werden kann.

Die geschützten Arbeitsplätze, die zusätzlich gefördert werden, sind ganz besonders wertvoll, und ich denke dabei neben dem Land auch an Stadtverwaltungen, an die Industrie, an die Kammern usw.

Neu wird auch die Einführung der Mietzinsbeihilfe sein, über die die Frau Kollegin Bischof ebenfalls gesprochen hat. Denn nur zu oft muß man feststellen, daß Rollstuhlfahrer von der Umwelt heute ziemlich ausgesperrt sind. Die Türen sind zu schmal, Bad und Toiletten fast nicht zu erreichen.

Viele Probleme der Behinderten könnten leichter ertragbar sein, wenn es zur Verwirklichung des eingebrachten Resolutionsantrages der OVP kommen würde, im Interesse der rechtzeitigen Erkennung jeglicher Art von Behinderung bei Kindern und Säuglingen, ein Diagnosezentrum in der Steiermark zu errichten. Es wäre ein Segen für viele Mütter, die vielfach in ihrer letzten Verzweiflung zu einem Wiener Spezialisten fahren. Zur notwendigen Untersuchung während der Schwangerschaft, die ja durchgeführt wird, gehört die Behandlung in einem Zentrum für Früherkennung. Das Schicksal vieler Behinderter könnte wesentlich erleichtert werden. In solchen Anstalten — es gibt ja bereits Vorbilder im Ausland — will man die normalen Mutter-Kind-Beziehungen wieder herstellen, die geistige Entwicklung des behinderten Kindes so weit wie möglich fördern. Diagnose und Therapie, erarbeitet durch ein Arzteam und abgesprochen mit den Eltern, könnte auch bei uns beste Erfolge bringen. Entscheidend ist immer wieder die Frühtherapie. Auch hier wiederum eine Feststellung, die von erfahrensten Ärzten getroffen wurde: keine außerhäusliche Unterbringung während der ersten Lebensjahre, deshalb die Schaffung von Mutter- und Kindstationen in einem solchen Diagnosezentrum.

Die Verwirklichung dieses Projektes wäre ein weiterer Meilenstein auf dem neuen sozialen Weg unseres Bundeslandes. Dieser neue soziale Weg bedeutet unser Arbeiten für die Besserstellung der Zukurzgekommenen und Vergessenen, der Alten und Behinderten. Sie sollen das Gefühl haben, daß wir ihnen unsere Solidarität entgegenbringen, daß wir für soziale Gerechtigkeit jederzeit eintreten. (Beifall bei der OVP.)

Präsident: Zur tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich hätte mich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zu Wort gemeldet, aber Kollege Eichinger hat doch in seiner Argumentation hier einen Fluchtweg zur Gemeinde Kindberg genommen. Ich glaube, daß das hier richtiggestellt werden muß. Als das Gesetz hier im Landtag beschlossen wurde, wurde die Möglichkeit eröffnet, daß die Gemeinden berechtigt sind, den Beitrag auf eine Summe von 380 Schilling anzuheben, und jeder nach den vorgeschriebenen Richtlinien beim Land um eine Förderung persönlich ansucht. Das ist auch so von der

Gemeinde Kindberg, glaube ich, als einer der ersten Gemeinden der Steiermark gehandhabt worden, weil ich das mit dem Herrn Bürgermeister, mit meinen Gemeindefunktionären so besprochen habe, daß es hier möglich ist, zur Entlastung der Ausgaben vom Land etwas zu bekommen. Das ist im Gesetz drinnen und letzten Endes auch das Recht der Gemeinde. Dieser Weg wurde meines Wissens nach auch im Gemeindevorstand, wo der Kollege Eichtinger drinnen ist, so beschlossen und wurde auch im Gemeinderat beschlossen, wo er auch mitgestimmt hat, denn ich weiß, daß solche Beschlüsse einstimmig gefaßt werden. (Abg. Ileschitz: „So etwas!“) Nun, meine Damen und Herren, ist nichts zurückgegeben worden, sondern die Gemeinde Kindberg hat von sich aus sofort in einer Versammlung den betroffenen Eltern dieser Kindergartenkinder klargelegt, daß wir dies nur aus rein finanzpolitischem Überlegungen, etwas von seiten des Landes zu bekommen, durchführen und die Eltern keine Mehrbelastungen erfahren, aber auch nichts zurückerhalten werden. Die finanzielle Höhe regelt ja das Land und nicht die Gemeinde. Für uns gibt es nur einen einheitlichen Kindergartentarif, abgestuft ob ein, zwei oder mehrere Kinder. Aber das, was der Kollege Eichtinger hier sagt, daß hier etwas Unsoziales geschieht, ist nicht richtig. (Abg. Dr. Eichtinger: „Ich danke für die Bestätigung!“ — Beifall bei der SPO. — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Antwort des Abgeordneten Karrer auf die Ausführungen des Kollegen Eichtinger war sehr treffend, und ich möchte nur noch dazu eine Bemerkung machen.

Herr Kollege Eichtinger, es ist Ihnen nicht gelungen, sich im Laufe der Vergangenheit in Ihrem Klub durchzusetzen, damit der Nulltarif, wie unser Minderheitenantrag gelaute hat, sich durchsetzt, aber wenn es Ihnen in der Zukunft gelingt, das zu erreichen, daß wir gemeinsam einen neuerlichen Antrag stellen könnten, den Nulltarif, wie er von uns gefordert wurde, einzuführen, dann würden solche Debatten in diesem Hause, glaube ich, ausbleiben. (Beifall bei der SPO. — Abg. Dr. Eichtinger: „Dafür haben wir einen Sozialtarif!“ — Abg. Jammegg: „Zuerst muß man die Kindergartenplätze haben!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Aber nun zur Gruppe 4 und zum Problem selbst. Soweit man in der Geschichte zurückblicken kann, hat es immer Armut, Notleidende und bedürftige Menschen gegeben. Die Art der Möglichkeiten, diesem Problem entgegenzutreten, war sehr unterschiedlich. So war es in historischen Zeiten üblich, daß innerhalb des Familienverbandes gegenseitig, wenn solche Fälle eingetreten sind, geholfen wurde. Erst ab dem Jahre 1863, in diesem Jahre wurde nämlich das österreichische Heimatgesetz beschlossen und in Kraft gesetzt, erst seit diesem Jahre 1863 gibt es das Einlegesystem, die geschlossene und die offene Armenpflege.

Welchen psychischen Belastungen die Betroffenen in dieser Zeit ausgesetzt waren, glaube ich, brauche

ich hier nicht näher zu erläutern. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts versuchten die Arbeiterbildungsvereine, die damals ins Leben gerufen wurden, und die Gewerkschaften, sich der praktischen Sozialpolitik zu bedienen, und so wurde 1868 eine Kranken- und Invalidenversicherung in Wien gegründet und beschlossen. 50 Jahre später, meine Damen und Herren, im Jahre 1918, hat Ferdinand Hanusch (Abg. Dr. Dorfer: „Das ist Geschichtsunterricht!“ — Abg. Ileschitz: „Erlebte Geschichte, man lernt nie aus!“) — das gehört zur Geschichte — das staatliche Sozialamt übernommen und sich für die staatliche Fürsorge eingesetzt.

Meine Damen und Herren, in diesem Jahre, im Jahre 1918, wurde erstmals das Arbeitsamt eingeführt. Das Arbeitsamt ist für uns heute eine Selbstverständlichkeit, und wir wissen, daß sich die Bedeutung dieser Einrichtung geändert hat. (Abg. Ing. Turek: „Die Vergangenheit ist in Ordnung, nur jetzt steht ihr an!“ — Abg. Nigl: „Wir wollen nicht Geschichtsforschung. Das wissen wir alle!“) Aber eines wissen wir, meine Damen und Herren — ich sage das nicht nur, um Geschichte hier vorzutragen, sondern ich werde im Laufe meiner späteren Ausführungen noch darauf zurückkommen —, daß es damals, im Jahre 1918, Menschen gegeben hat, die sich der Probleme, der Sorgen und der Nöte nicht nur der arbeitenden Menschen, sondern auch der Menschen, die auf Grund einer Entwicklung, auf Grund eines Ereignisses — nämlich des Ersten Weltkrieges — Hilfe brauchten, angenommen haben, um ihnen zu helfen. Der Sinn und Zweck der Einführung des Arbeitsamtes war damals, daß den vielen Heimkehrenden aus dem Ersten Weltkrieg geholfen werden konnte, nämlich in der Form, daß man Arbeit vermitteln konnte, daß man aber darüber hinaus für die vielen Tausende, die keine Möglichkeit hatten, eine Arbeit zu bekommen, eine entsprechende Unterstützung geben konnte.

Meine Damen und Herren, der Herr Zweite Landeshauptmannstellvertreter Wegart hat heute bereits den Achtstundentag angedeutet. Er hat gesagt, es ist drei Generationen her, daß der Achtstundentag in diesem Lande eingeführt wurde. Ich darf also heute hier feststellen, daß es auch Ferdinand Hanusch war, der vor 58 Jahren mit seinen Freunden den Achtstundentag eingeführt hat, daß vor 58 Jahren das Betriebsrätegesetz beschlossen wurde, daß vor 58 Jahren das erste Urlaubsgesetz beschlossen wurde, daß vor 58 Jahren, meine Damen und Herren, das erste Arbeiterkammergesetz beschlossen wurde. Und eine Feststellung, die vor allem unsere hier anwesende Jugend interessieren dürfte, ist, daß es noch nicht so lange her ist, daß die Kinderarbeit verboten wurde, es ist erst 58 Jahre her, und auch war es Ferdinand Hanusch, der dieses Verbot mit seinen Freunden durchsetzen konnte. (Beifall bei der SPO.)

Meine Damen und Herren, viele andere Gesetze wurden in dieser Zeit beschlossen, die zum damaligen Zeitpunkt Österreich zu einem Sozialstaat gemacht haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie müssen bestrebt sein, von der Gegenwart abzulenken!“ — Abg. Kollmann: „Wer die Zukunft nicht bewältigt, lebt in der Vergangenheit!“) Aber es geht ja wei-

ter, die Zeit bleibt ja nicht stehen, auch die Entwicklung ist nicht stehengeblieben, Kollege Dorfer, So darf ich heute berichten, daß nach dem Austritt der Sozialdemokraten im Jahre 1920 aus dem Parlament und aus der Regierung auch der Einfluß der freien Gewerkschaften gebrochen wurde und die soziale Gesetzgebung seit damals ein Ende fand. (Abg. Dr. Eichinger: „Es lebe die Zukunft!“) Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, in der Zweiten Republik, konnte diese damals so wertvolle und fortschrittliche Aufbauarbeit fortgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, das war nur ein kleiner geschichtlicher Überblick, weil es heute hier schon behauptet wurde, und wer sich erinnern kann und die Protokolle der vergangenen Jahre nachliest, kann feststellen, daß von immer anderen Gruppen bzw. von einer anderen Seite in diesem Haus darauf gepocht wurde, daß sie es auch waren. Leider kann diese Gruppe — es ist die rechte Hälfte in diesem Haus — nicht auf eine solche Vergangenheit zurückweisen. Das muß ich dazu auch sagen. (Beifall bei der SPÖ. — Unverständliche Zwischenrufe.)

Nun, meine Damen und Herren, auch die Sozialpolitik in der Steiermark zeigt eine ständige Verbesserung in ihren Leistungen. Diese Leistungen werden aber auch immer größer, das wissen wir. (Abg. Dr. Dorfer: „Ihr lebt in der Vergangenheit, weil euch die Gegenwart unangenehm ist in dieser Frage!“) Ich bin ja schon in der Gegenwart, Kollege Dorfer!

Ich darf also wiederholen, daß diese Leistungen immer stärker werden und ein immer größeres Ausmaß annehmen; die Ursache liegt darin, daß immer mehr Hilfebedürftige, speziell im Alter, allein sind und somit die Einrichtungen des Landes, wie etwa die Altenpflegeheime, in Anspruch nehmen. Das wiederum setzt voraus, daß unsere Heime ständig modernisiert und ausgebaut werden müssen. So ist für das Jahr 1977 im Landesaltenpflegeheim Kindberg die Beendigung eines Zubaus sowie die Errichtung eines Personalwohnhauses vorgesehen. Beim Landesaltenpflegeheim Knittelfeld wird ein Erweiterungsbau für 220 Betten begonnen. Beim Landesaltenpflegeheim Radkersburg soll ein Erweiterungsbau für 90 Betten begonnen werden — (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Wird!“) entschuldigen Sie, wird begonnen —, und der Neubau des Landesaltenpflegeheimes in Mautern für 150 Betten wird ebenfalls fortgesetzt und ein Personalwohnhaus mit 41 Wohnungen ebenfalls errichtet. In den vier Landesaltenpflegeheimen des Landes Steiermark werden derzeit 716 Personen bzw. Pflegebedürftige betreut. Durch den Neubau, wie ich es vorgetragen habe, werden also in Zukunft diese Plätze um 460 neue Betten erhöht werden.

Meine Damen und Herren, mit der Schaffung neuer Gebäude, neuer Einrichtungen, neuer Heime und selbst mit der Verbesserung dieser Heime ist es nicht abgetan. Es ist also notwendig, daß für unsere Senioren dieses Landes, die auf Grund verschiedener Umstände und Schicksalsschläge nun der Hilfe der Allgemeinheit bedürfen, individuell auf das Leben dieser Menschen eingegangen wird. Ich darf noch dazu bemerken, daß neben den Landesaltenpflegeheimen auch viele Gemeinden unseres

Landes — auch mit Unterstützung des Landes und auch der Bezirksverbände — solche Heimstätten für ältere und gebrechliche Leute betreiben und selbstverständlich daher die Zahl der in diesem Lande Betreuten wesentlich höher ist.

Ich möchte noch auf eine Möglichkeit aufmerksam machen, die nun vorgesehen und möglich ist im neuen Sozialhilfegesetz, nämlich der Bau von sogenannten Alten- oder Seniorenwohnungen. Ich darf hier an Hand eines Beispiels aufzeigen, wie sich eine solche Einrichtung auswirkt. In Knittelfeld wurde im Herbst des Jahres ein solches Seniorenwohnhaus eröffnet und übergeben. Hat es anfangs Sorgen gegeben, daß man dieses Haus voll bringt, das heißt, daß genug Interessenten vorhanden sind, so war bis knapp vor Fertigstellung dieses Baues festzustellen, daß viel mehr Interessenten vorhanden waren, als im Endeffekt Wohnungen vergeben werden konnten.

Wie sieht das aus? Das sind nicht Wohnungen im üblichen Sinne, wie wir das kennen, sondern es ist so, daß es eine Kochnische, einen Aufenthaltsraum, ein kleines Wohnzimmer gibt. Die Vorteile sind, daß die Menschen, die dort einziehen, die Möglichkeit haben, ihre persönlichen und vertrauten Gegenstände, von Möbeln bis zu anderen Dingen, ob das Bilder oder andere Sachen sind, mitzunehmen, und daß sie nicht alleine in diesem Haus wohnen. Das Problem der Vereinsamung ist uns ja allgemein bekannt und keine Erscheinung, die erst seit gestern bekannt ist. Hier werden nun zusätzliche Räume geschaffen, gemeinsame Aufenthaltsräume, wo sich die Menschen unterhalten können und wo sie spielen können. Aber eines ist wesentlich: Dieses Altenwohnheim oder Seniorenwohnheim wurde unmittelbar an das städtische Altenheim angebaut, das mit einem Durchgang verbunden ist, und der Vorteil ist der: Sollte ein Senior einmal nicht selbst kochen können oder wollen, so hat er die Möglichkeit, die Küche des städtischen Altenheimes in Anspruch zu nehmen. Sollte der Umstand eintreten, daß der Senior krank wird, so ist jederzeit eine Hilfe zur Stelle, um entweder direkt zu helfen oder die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten, indem ein Arzt geholt wird oder andere Dinge gemacht werden.

Meine Damen und Herren, noch etwas ist sehr wesentlich, mit dem Inkrafttreten des neuen Sozialhilfegesetzes besteht nun auch die Möglichkeit, zum Teil hat sie bisher schon bestanden, nun aber mehr, daß Heimhilfen eingesetzt werden können, die in wohlvertrauter Umgebung die Bedürftigen entsprechend betreuen können.

Eine Einrichtung, meine Damen und Herren, die für viele Tausende Steirerinnen und Steirer nicht mehr wegzudenken wäre, ist die Altenurlaubsaktion. Diese Aktion wurde im Jahre 1965 von Herrn Landesrat Gruber ins Leben gerufen, und die Teilnehmerzahlen — das beweisen die Zahlen und Ziffern im Budget jedes Jahr — nehmen von Jahr zu Jahr zu, und ich darf nur vergleichsweise erwähnen: Im Jahre 1965 haben 958 Personen erstmalig an dieser Altenurlaubsaktion teilgenommen, und heuer, im Jahre 1976, konnten bereits 3230 Plätze vergeben werden. Was man noch dazusagen

muß, ist, daß eben für viele oder die meisten Teilnehmer eines solchen 14tägigen Aufenthaltes dies oft der erste Urlaub im ihrem Leben ist. Von 1965 bis 1976 haben zirka 25.000 Steierinnen und Steirer an dieser Altenurlaubsaktion teilgenommen. Im heurigen Jahr wurde von der Rechtsabteilung 9 für diese Aktion ein Betrag von zirka 2,9 Millionen Schilling ausgegeben. Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, für Sie müßte eigentlich diese Aktion eine besondere Freude bedeuten, und zwar deshalb, weil im heurigen Jahr in 24 Gaststätten, in 16 verschiedenen Orten zusätzlich in der Vor- und Nachsaison 40.000 Nächtigungen registriert bzw. gezählt wurden auf Grund dieser Altenurlaubsaktion. Daher hat diese Aktion eine doppelte Bedeutung. Auf der einen Seite, um unseren Senioren zu helfen, auf der anderen Seite, um unseren Fremdenverkehr in einer Zeit zu heben, wo keine Fremden ins Land kommen, die sogenannte „Sauregurkenzeit“. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Der Sepp Gruber bekommt einen Orden von mir!“)

Meine Damen und Herren, und nun zu einer Feststellung des Kollegen Dr. Dorfer, die er gestern getroffen hat. Er hat gestern sehr lautstark die Erhöhung der Pensionen in diesem Lande verkündet und hat festgestellt, daß im Jahre 1974 sehr wohl die Ist-Erhöhung 10,4 Prozent betragen habe, daß aber die Realerhöhung 0,8 Prozent betragen hätte. Kollege Dorfer, ich weiß nicht, woher Sie diese Zahl haben, ich weiß nicht, mit welchem Computer Sie zu diesem Ergebnis gekommen sind (Abg. Gratsch: „Das ist eine ÖVP-Zahl!“), aber eines darf ich von dieser Stelle bekanntgeben, zwar sind das nun auch Zahlen, aber die in Wirklichkeit vorhanden sind und auf die sich jede öffentliche Institution stützt. Ich darf Ihnen zum Vergleich folgendes sagen (Abg. Ing. Turek: „Das sind Zahlen vom Salzamt!“) — Kollege Turek, wenn Sie das Salzamt mit der Pensionsversicherung vergleichen, dann tun Sie mir sehr leid, denn dann sehe ich, wie ernst Ihnen diese Sache ist. (Abg. Ing. Turek: „Sie ist mir ernst! Aber jeder hat andere Ziffern. Wo liegt die Wahrheit?“ — Abg. Gratsch: „Bei der FPÖ sicher nicht!“ — Abg. Ing. Turek: „Ich habe keine Ziffern gebracht!“) Ich gehe sehr weit zurück, weil der Kollege Dorfer ja gestern gesagt hat, die Sozialisten sind auf Grund dieser Situation unsozial. Daß sie nicht unsozial sind, werde ich versuchen Ihnen zu beweisen. Im Jahre 1966, Kollege Dr. Dorfer, war die Ist-Erhöhung der Pensionen 7 Prozent. Die Realerhöhung nach dem allgemeinen Verbraucherindex, ich glaube, das ist die Richtlinie, an die wir uns zu halten haben, war 6,8 Prozent. (Abg. Dipl.-Ing. Eberdorfer: „Großartig, enorm!“) Waren ja Ihre Freunde an der Regierung. Im Jahre 1968, noch immer ÖVP-Alleinregierung, war die Ist-Erhöhung 6,4 Prozent, es hat also schon eine Verminderung gegeben, und die Realerhöhung nach dem allgemeinen Verbraucherindex war 6,2 Prozent, ebenfalls eine Verringerung. Im Jahre 1970, wo das Budget für das Jahr 1970 im Jahre 1969 auch von der ÖVP-Alleinregierung beschlossen wurde und im Jahre 1970 zum Tragen gekommen ist, war die Ist-Erhöhung 5,4 Prozent, die Realerhöhung 5,1 Prozent. Meine Damen und Herren, im Jahre 1971, das war

das erste Budget, das von der sozialistischen Bundesregierung bestellt und von der Mehrheit der Sozialisten im Nationalrat beschlossen wurde, war die Ist-Erhöhung 7,1 Prozent. Eine solche Erhöhung hat es in der ÖVP-Alleinregierung nicht gegeben, und die Realerhöhung nach dem allgemeinen Verbraucherindex war 6,4 Prozent. Der gleiche Prozentsatz wie im ersten Jahr der ÖVP-Alleinregierung. (Abg. Dr. Heidinger: „Da war die Inflation!“) Eine Inflation hat es in der Zeit von 1966 bis 1970 auch gegeben. (Heiterkeit.) Im Jahre 1972, meine Damen und Herren, war die Ist-Erhöhung 7,4 Prozent. (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist das Zahlenspiel!“) Klar, es wurde uns ja vorgespielt, aber nicht richtig, wie ich der Meinung bin, darum versuche ich, dieses Spiel nun richtig zu spielen. (Abg. Dorfer: „Bitte, Herr Präsident, ich melde mich zur Berichtigung!“) Im Jahre 1972 war die Realerhöhung 6,9 Prozent. Meine Damen und Herren, ich kann hier nur feststellen, es hat ständig eine Steigerung gegeben. So darf ich vielleicht korrigieren, was Sie gestern zitiert haben, Herr Kollege Dr. Dorfer: 10,4 — Eini-gung, es gibt überhaupt keine Schwierigkeiten. Nur Ihre Realerhöhung mit 0,8 Prozent, wo Sie die herhaben, weiß ich nicht. Jedenfalls, die Realerhöhung nach dem allgemeinen Verbraucherindex war im Jahre 1974 8,2 Prozent. (Heiterkeit. — Abg. Ing. Turek: „Bei 7 Prozent Inflation!“ — Abg. Doktor Dorfer: „Zur Berichtigung! Das ist ein völliger Unsinn!“ — Abg. Schrammel: „Er versteht es nicht besser!“) Kollege Schrammel, verstehen oder nicht verstehen, diese Frage lasse ich in den Raum gestellt. Wir können uns anschließend weiter unterhalten. (Abg. Dr. Dorfer: „9,5 Prozent!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Meine Damen und Herren, das wollte ich nur zur Richtigstellung gesagt haben. Wie gesagt, meines Erachtens ist der Kollege Dorfer ein Rechenkünstler geworden (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Und Sie sind ein Zauberer!“), wo er sonst die Zahl hergebracht hat, ist mir nicht bekannt.

Aber auf eines, meine Damen und Herren, möchte ich trotzdem noch hinweisen. (Abg. Dipl.-Ing. Doktor Eberdorfer: „Darf ich Sie etwas fragen?“) Fragen stellen wir nachher! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer: „Was für eine Verbraucherpreisindexerhöhung haben Sie 1974?“) Kollege Eberdorfer, wenn es Ihnen recht ist, unterhalten wir uns nachher, aber das steht momentan nicht zur Diskussion.

Ich möchte nun in meinen Ausführungen fortfahren, meine Damen und Herren, und auch etwas sagen, was für jeden in diesem Lande selbstverständlich ist, nämlich in der Auffassung, in Wirklichkeit aber nicht selbstverständlich ist und es die wenigsten eigentlich wissen, ich aber der Meinung bin, daß man gerade eine Budgetdebatte als Anlaß nehmen soll, um diese Dinge zu sagen. Ich weiß, wie oft eine solche irri-gige Meinung herrscht, auf Grund meines Berufes. Es kommen immer wieder Menschen und Bürger unseres Landes mit Rechnungen von Krankenhäusern dann, wenn ein Familienangehöriger außerhalb unseres Bundeslandes in ein Krankenhaus eingewiesen wird. Dieser Rechnung ist dann zu entnehmen, wenn es sich um Familienangehörige handelt, egal ob Ehegattin, Kinder oder

sonstige Mitversicherte, daß der Versicherte 10 Prozent der Spitalskosten zu bezahlen hat. Und zwar trifft das nur jene Versicherten, die nach dem ASVG krankenversichert sind. Die Steiermark ist das einzige Bundesland, das die Differenz vom 90 auf 100 Prozent übernimmt und daher ein Betroffener überhaupt nicht mit diesem Problem konfrontiert wird und daher jeder der Meinung ist, es sei eine Selbstverständlichkeit, daß der Krankenhausaufenthalt auch für Angehörige nichts kostet. Im Gesetz steht 80 Prozent, jeder Sozialversicherungsträger kann bis zu 90 Prozent die Spitalskosten bezahlen, aber 10 Prozent muß auf jeden Fall der Versicherte für Angehörige bezahlen. In allen acht Bundesländern wird es in der Praxis so gehandhabt, lediglich im Land Steiermark ist es so, daß die Differenz von 10 Prozent vom Land übernommen wird. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Ein gutes Land!“)

Natürlich, es ist die Rechtsabteilung 9 zuständig unter diesem Sozialreferenten, also, was wollen wir mehr! (Abg. Ing. Turek: „Warum löst ihr ihn dann ab, wenn er so gut ist?“) Wir lösen den Sozialreferenten nicht ab, Kollege Turek, Sie stehen heute dauernd auf der Leitung! Ich muß feststellen, der Kollege Turek ist nicht auf dem laufenden. Es wäre gut und notwendig, sich vor der Budgetdebatte doch für gewisse Dinge zu interessieren und zu informieren. Der Sozialreferent bleibt. Wissen Sie etwas anderes? Dann wissen Sie mehr als wir. (Abg. Ing. Turek: „Der Sozialreferent wird doch abgelöst, was ich weiß!“ — Abg. Schrammel: „Wer weiß, was der Ileschitz noch vor hat!“ — Abg. Ileschitz: „Sei vorsichtig!“) Dann wissen Sie mehr als wir! Wo Sie Ihre Informationen her haben, weiß ich nicht. (Abg. Ing. Turek: „Die Jusos haben mir das erzählt!“) Das ist eine Behauptung, die überhaupt nicht bewiesen werden kann.

Meine Damen und Herren, zum Schluß möchte ich doch ein paar Sätze zum Sozialhilfegesetz sagen, welches am 9. November hier in diesem Hause beschlossen wurde. In diesem Gesetz ist für jene Personen Vorsorge getroffen, die aus einer Pflichtversicherung, egal ob jetzt Kranken-, Pensions- oder Unfallversicherung, bei Eintreten eines Gebrechens, einer Notlage oder eines anderen Wechselfalles des Lebens keinen Anspruch auf Leistungen haben. Es ist so, und da wird mir jeder Recht geben und mir das bestätigen, der die Materie kennt, daß der Rahmen der Hilfeleistung im Sozialhilfegesetz weit über die Pflichtleistungen der Sozialversicherungsträger hinausgeht. Im besonderen sind dies die sozialen Dienste und die besonderen Hilfen für betagte Menschen, wie Familienhilfe, Essenzustelldienst, Beratungsdienst, Förderung geselliger Kontakte, Unterbringung in Heimen der Sozialhilfe, Einmichtung von Begegnungsstätten, Schaffung von Altenzentren, die bereits zitierte Altenurlaubsaktion und noch vieles andere mehr.

Ich darf vielleicht noch einmal zurückgreifen auf die Ausführungen des Kollegen Eichtinger, wo er auch das Wort „Sozialabsteiger“ gebraucht hat: Ich darf vielleicht nur in einem Satz sagen, daß es bereits vor Inkrafttreten und vor Beschlußfassung dieses Sozialhilfegesetzes viele der von mir vorhin zitierten Einrichtungen gegeben hat, nicht auf ge-

setzlich geregelter Wege, sondern daß es Organisationen gibt, die schon weit vor Inkrafttreten des Gesetzes ähnliche Aktionen durchgeführt haben. Ich darf hier den Rentner- und Pensionistenverband erwähnen, der sehr aktiv ist und sich sehr um die Probleme der Senioren annimmt und wo eine Reihe dieser Dinge bereits durchgeführt werden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Das tut auch der Pensionisten- und Rentnerbund!“) Bitte, das ist mir nicht bekannt. Mir ist nur der Rentner- und Pensionistenverband bekannt, aber ich nehme das selbstverständlich gerne zur Kenntnis. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Ich darf vielleicht noch etwas feststellen: Meine Damen und Herren, bis auf die Organisationsform dieses Gesetzes wurden alle vorgesehenen Leistungen einstimmig am 9. November 1976 beschlossen. Das ist eigentlich meines Erachtens ein Wermutstropfen in dieser ganzen Thematik: Vor einigen Tagen bekam jeder steirische Haushalt eine Information — meine Damen und Herren, Ihnen ist sie ja sicher bekannt, den anderen ebenfalls auch — der OVP Steiermark über das Sozialhilfegesetz. (Abg. Pözl: „Das ist schon drei Wochen!“) Ich weiß nicht, vielleicht ist es in der Obersteiermark später als in der Untersteiermark ausgegeben worden, aber das spielt ja keine Rolle. Eines steht aber fest, daß die Information an jeden Haushalt in diesem Lande verteilt wurde.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich darf ich zu Informationen sagen: Solange Informationen richtig und objektiv sind, gibt es dagegen nichts einzuwenden. (Abg. Kollmann: „Das ist euch unter die Haut gegangen!“) Aber gegen diese hier aufliegende Information muß ich feststellen, daß hier doch einige Irrtümer vorliegen und daß daher die steirische Bevölkerung doch über den wahren Sachverhalt des Zustandekommens dieses Gesetzes informiert werden soll. (Unverständliche Zwischenrufe bei der OVP.)

Meine Damen und Herren! Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen den Weg der Sozialgesetzgebung in Österreich kurz skizziert und kann sagen, daß sich bis heute daran nichts geändert hat. Am 19. Dezember 1970 hat der Steiermärkische Landtag beschlossen (Abg. Ing. Turek: „Du fängst wieder bei der Jahrhundertwende an!“), ich gestatte mir, nun den Wortlaut des Beschlusses vorzulesen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erstellung des Entwurfes für ein modernes Sozialhilfegesetz, dessen Behandlung dringend erscheint, den von den Sozialreferenten der Bundesländer gemeinsam erarbeiteten Musterentwurf als Grundlage zu verwenden.“ Das war der einstimmige Beschluß des Steiermärkischen Landtages vom 19. Dezember 1970.

Bei der Sozialreferentenkonferenz am 30. Juni 1971 wurde der Musterentwurf für ein Landessozialhilfegesetz beschlossen. Es haben darüber hinaus weitere Konferenzen der Landeshauptleute, der Landesfinanzreferenten, der Landesgemeindereferenten und der Landessozialreferenten stattgefunden, um eine möglichst große Übereinstimmung grundsätzlicher Bestimmungen in den Gesetzen aller Bundesländer zu erzielen.

Meine Damen und Herren, in dem Modell Steiermark der ÖVP, welches am 2. Oktober 1972 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ist in keinem Satz ein neues Sozialhilfegesetz gefordert. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, mir das Gegenteil beweisen können, spende ich auf der Stelle 1000 Schilling für die Volkshilfe. Die Frau Kollegin Jammegg hat gestern von dieser Stelle aus behauptet, unter anderem, das Sozialhilfegesetz sei eine Erfüllung des Modells Steiermark. Ich habe es sehr genau studiert und gelesen und kann heute hier nur feststellen, daß in keinem Satz ein modernes neues Sozialhilfegesetz gefordert wurde. (Heiterkeit — Abg. Schrammel: „Mit 1000 Schilling fangen wir nicht an. Das ist zu wenig!“) Ich wollte das nur zur Richtigstellung feststellen.

Erst im Jahre 1973 — von 1970, wo der Beschluß im Hause gefaßt wurde, sind drei Jahre vergangen — haben Sie das Mustergesetz von den Sozialreferenten der neun Bundesländer — dazu muß ich auch sagen, daß alle neun Sozialreferenten Sozialisten waren und sind bis auf eine Ausnahme, jetzt Vorarlberg — übernommen und ohne irgendwelche Erläuterungen in diesem Hohen Hause dann als Initiativantrag eingebracht. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Was hat denn der sozialistische Referent von 1970 bis 1973 gemacht, wenn das Gesetz schon fertig war?“ — Abg. Ing. Turek: „Nichts!“) Ich bin noch nicht fertig! Ich möchte nur feststellen und aufklären. Sie haben sehr wohl in dieser Information verschwiegen, meine Damen und Herren von der ÖVP, vor allem das Zustandekommen, die Entwicklung und die Vorarbeiten dieses Gesetzes. Die Dinge sind gänzlich verzerrt wiedergegeben und was Sie noch verschwiegen haben ist das, daß laufend — oder hat sich das in Ihrem Klub nicht herumgesprochen, das weiß ich nicht — Parteienverhandlungen stattgefunden haben und im Endeffekt natürlich auch das Begutachtungsverfahren abgewartet werden mußte. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Drei Jahre, Herr Kollege Sponer?“)

Wenn heute gesagt wurde, es gäbe nur eine Mutter zu diesem Gesetz, dann darf ich heute hier behaupten, daß der Vater dieses Gesetzes immer präsent war. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Ein Stiefvater!“) Nicht Stiefvater. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, der Grund der Uneinigung — und das ist auch eine feststehende Tatsache — war doch nur der organisatorische Teil dieses Gesetzes. Es wurde darüber gesprochen, ich bin überzeugt, daß es noch Aussagen darüber geben wird. Aber eines, meine Damen und Herren, das sage ich hier ganz ernst: Ich finde es unfair, daß man dann nur aus parteipolitischen Gründen dem zuständigen politischen Referenten in einer ÖVP-Werbeschrift — das ist nicht die, sondern das ist Ihr großer Leistungsnachweis, wo Dinge behauptet werden, die zum Teil nicht zutreffen, wie ich heute gesagt habe — jahrelange Säumigkeit vorwirft, obwohl Sie genau wissen, was die Ursache des vielleicht zu späten Zustandekommens dieses Gesetzes war. Ich habe mich bemüht diese Ursachen aufzuzeigen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, darf ich sagen: Es ist notwendig, auf Grund dieser Vorge-

schichte, daß sachlich und objektiv die Sozialarbeit für alle in diesem Lande Lebenden gemacht wird, verkneifen Sie es mir bitte nicht, wenn ich sage, daß wir Sozialdemokraten dafür eine Garantie sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer zu Wort gemeldet.

Abg. Dr. Dorfer: Hohes Haus!

Der Herr Abgeordnete Sponer hat mir unterstellt, daß ich gestern falsche Zahlen genannt hätte, und er hat mich wörtlich einen Rechenkünstler genannt. Nun muß ich das mit allem Nachdruck ihm gegenüber tun und ihn einen Rechenkünstler nennen. Ich muß Sie mit folgenden Zahlen belasten. Ich zitiere nur die, die der Kollege Sponer angeführt hat. Im Jahre 1966 sei die Ist-Erhöhung der Pensionen 7 Prozent gewesen und die reale Erhöhung der Pensionen 6,8 Prozent. Das ist nicht richtig, sondern die reale Erhöhung lag bei 4,7 Prozent, weil der Lebenskostenindex auch damals, wenn auch nur, aber immerhin, um 2,2 Prozent gestiegen ist und 6,8 Prozent undenkbar sind. Sponer hat weiter das Jahr 1968 zitiert, damals gab es laut Sponer eine Ist-Erhöhung um 6,4 Prozent; das stimmt. Er nannte 6,2 Prozent Realerhöhung, das ist völlig undenkbar, weil der Verbraucherpreisindex auch in diesem Jahr 2,8 Prozent — für heutige Verhältnisse noch glorreiche Ziffern — betragen hat. Er hat dann das Jahr 1970 genannt, wo er auch auf eine Realerhöhung von 5,1 Prozent aus ähnlichen Gründen kommt, was in keinem Fall mehr stimmen kann. Ich nenne jetzt nur 1971, weil er hier gemeint hat, die Ist-Erhöhung habe 7,1 Prozent betragen, das stimmt, und 6,8 Prozent die Realerhöhung, das ist undenkbar. Die Realerhöhung war 2,3 Prozent, weil der Verbraucherpreisindex im Jahr 1971 um 4,7 Prozent gestiegen ist. Ich muß weiters noch das Jahr 1974 zitieren: Ist-Erhöhung, auch laut Sponer — das ist unbestritten — 10,4 Prozent, und, was völlig unmöglich ist, Sponer meint, 8,2 Prozent Realerhöhung der Pensionen in einem Jahr, in dem der Lebenskostenindex um 9,5 Prozent gestiegen ist. Die Realerhöhung war damals 0,8 Prozent und nicht mehr, das ist auch völlig unbestritten. Ich weiß nicht, Herr Kollege Sponer, wo Sie diese Ziffern her haben.

Ich stelle daher noch einmal fest: Im Jahre 1977 wird die Ist-Erhöhung 7 Prozent sein, das ist ja beschlossen. Man schätzt den Verbraucherpreisindex optimistisch mit einer Steigerung von 6,5 Prozent, die Realerhöhung, optimistisch geschätzt, wird 0,5 Prozent betragen.

Das Ergebnis noch einmal: Von 1966 bis 1969, in den vier Jahren der ÖVP-Regierung, stiegen die Pensionen im Jahresdurchschnitt real um etwa 4 Prozent, von 1971 bis 1977 stiegen sie im Jahresdurchschnitt um 1,5 Prozent, was insgesamt bedeutet, daß unter der ÖVP-Alleinregierung die Pensionen im Jahresdurchschnitt real fast dreimal soviel gestiegen sind wie in der Zeit der SPÖ-Alleinregierung. Ich wiederhole abschließend meine Worte: Sozialistisch hat eben nichts mit sozial zu tun. Und was der Kollege Strenitz gestern gesagt hat: „Der Österreicher wurde seit 1970 freier von Not und

Armut" — leider, meine Damen und Herren —, das ist nicht eingetreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Zweiter Präsident Gross: „Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ing. Turek.

Abg. Ing. Turek: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Meine Vorredner sowohl von der rechten als auch von der linken Seite haben manche Tatsachen, die auf sozialpolitischem Gebiet in der Vergangenheit geleistet wurden, mit Recht hervorgestrichen. Sie haben sich aber gleichzeitig dort und da darauf eingelassen, hier einen Prioritätenstreit entfachen zu wollen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das, was geschichtlich und historisch erwiesen ist, kann heute nicht aus der Welt diskutiert werden. Es ist unbestritten; und wenn ich auf die Worte des Herrn Abgeordneten Sponer eingehe, daß sich die Österreichische Arbeiterbewegung, was den sozialen Fortschritt und auch den arbeitsrechtlichen Fortschritt angeht, in der Vergangenheit Verdienste erworben hat. Wir wollen ihr das ohne weiteres zugestehen. Es erhebt sich nur die Frage, meine Damen und Herren, wie es heute aussieht. Auf das kommt es nämlich an.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß es heute sehr trist aussieht, daß nämlich die Sozialistische Partei, was ihre Sozialpolitik, die Umsetzung ihrer sozialpolitischen Vorstellungen in der Vergangenheit angeht, mit ihrer Weisheit am Ende ist. Sie ist deshalb am Ende, meine Damen und Herren, weil sie Reformen vielleicht allzu rasch, wie sie sich auszudrücken pflegt, vorangetrieben hat, weil sie aber ganz sicher — das erste ist eine Vermutung —, weil sie aber ganz sicher eines nie zur Kenntnis nehmen wollte, nämlich, daß soziale Leistungen und sozialer Fortschritt nur auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit abgestellt werden können. Hier haben sich ja die Geister in den vergangenen Jahren geschieden, wenn man sich erlaubt hat, als Nichtsozialist anzumerken, meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, über Ihre sozialpolitischen Vorstellungen, die Sie umsetzen wollen, kann man geteilter Meinung sein, man kann ihnen sogar zum Teil zustimmen, wir geben Ihnen aber zu bedenken, daß unter Umständen die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft überfordert werden könnte und daß wir eines Tages wieder dorthin zurückkehren müßten, daß wir eben diese Leistungen auf irgend einem Wege, und wenn nicht anders, durch die Geldwertverdünnung — und diese tritt ja jetzt wirklich ein —, zurücknehmen müssen. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das, was Sie sagen, hat die ÖVP bei jeder Nationalratswahl in großen Plakaten behauptet: „Die Sozialisten ruinieren die Wirtschaft, die Sozialisten ruinieren den Schilling!“ — Abg. Prankh: „Das erlebt man eh alle Tage!“)

Herr Landeshauptmann Sebastian, ich habe allerdings einen beredten Zeugen, und ich hoffe, daß er für Sie unverdächtig ist, für mich ist er nicht immer unverdächtig; aber das ist einfach nicht aus der Welt zu diskutieren, wenn er nämlich am vergangenen Samstag in der „Kronen-Zeitung“ folgendes von sich gab: „Man muß eben den Mut haben,

Dinge, die im Reformzeifer zu weit gegangen sind, wieder ins rechte Lot zu bringen. Das ist keine Schande.“ Es ist keine Schande, meine Damen und Herren, aber es ist ein Eingeständnis dessen, was ich vorher gesagt habe, daß nämlich die Sozialistische Partei mit ihrem sozialpolitischen Latein am Ende ist und daß die Sozialistische Partei einsehen muß, daß sie nun diese Sozialleistungen, dieses Schlaffenland, das sie den Bürgern unseres Landes versprochen hat, in Wirklichkeit nicht umsetzen kann.

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Tagen, gestern und heute, mehrmals gehört, daß allenthalben die Bevölkerung echt empört ist über das, was sich auf dem Steuersektor, auf dem Gebühren- und Tarifsektor derzeit tut. Warum ist die Sozialistische Partei darauf angewiesen, diese Steuererhöhungen vorzunehmen? Ich gestehe ihr zu, nicht weil es lustig ist und weil sie unbedingt die Bevölkerung verärgern möchte, sondern weil sie nun einmal den Bogen überspannt hat und weil nun einmal das Geld nicht da ist, um diese Versprechungen, diese Leistungen, die sie den einzelnen — vielleicht auch gut gemeint, das gebe ich gerne zu — zuteil werden lassen wollte, zu finanzieren. Weil sie noch nicht so weit ist, wie offensichtlich der Herr Präsident Benya schon ist, weil sie sich nicht traut, diese Reformen wieder zurückzunehmen, die so übereilt durchgeführt wurden. Meine Damen und Herren, und dort stehen wir heute.

Ich glaube, wenn wir 20 Prozent unseres Bruttonationalproduktes heute bereits in die soziale Sicherheit investieren, so sagen nicht nur Nichtsozialisten, daß wir hiemit höchstwahrscheinlich am Plafond angelangt sind, sondern es gibt auch aus dem Lager der Sozialistischen Partei sehr skeptische Äußerungen, ob der jährlich stetig steigende Anteil noch finanziert werden kann. Denken Sie daran, wie die Spitalskosten explodieren, denken Sie an die steigenden Zuschüsse für die Krankenversicherungen, für die Pensionsversicherung, und denken Sie daran, meine Damen und Herren, daß Sie in den vergangenen Jahren eine solche Sozialpolitik betrieben haben, daß Sie gießkannenartig über alle Bürger unseres Landes versucht haben, diese sozialen Wohltaten zu sprengen, daß Sie aber vergessen haben, daß Sie, wenn Sie den Nichtbedürftigen geben, den echt Bedürftigen weniger zuteil werden lassen.

Ich glaube auch, meine Damen und Herren, daß Sie jetzt soweit sind, wir haben ja gestern zwei ganz interessante Feststellungen eines Kurswechsels hier mitgemacht, daß nämlich die Interpretation von Chancengleichheit plötzlich heuer eine andere wurde und daß auch die Stellung zur privaten Wirtschaft und zum privaten Lehrherrsinn nunmehr seitens der Sozialistischen Partei eine andere ist.

Ich möchte auch eines hier ganz deutlich sagen, der Kollege Sponer war so vermessen, wieder einmal, und in der jetzigen Situation sage ich vermessen, die bekannte Null-Tarif-Mentalität wieder hier aufzuzeigen. Meine Damen und Herren, die irreführenden Leute in Wien haben offensichtlich schon eingesehen, daß mit dem Null-Tarif in nächster Zeit nichts sein wird, daß es in nächster Zeit nicht möglich sein wird, Geschenke auf den Tisch zu legen.

Wenn Sie auch hier wieder — und es geht immer um diesen Begriff Chancengleichheit, der verschieden interpretiert wird — diese Chancengleichheit für den Kindergarten aufgezeigt haben, na, da unterscheiden wir uns ja schon wieder, meine Damen und Herren. Sie wissen ganz genau (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Wir sind stolz darauf, daß wir uns unterscheiden!“) — Herr Landeshauptmann, daß man natürlich Chancengleichheit, was den Kindergartenplatz und Kindergartenbesuch anbelangt, auch so sehen kann, daß wir zuerst jedem Kind die Möglichkeit einräumen sollen, den Kindergarten zu besuchen, das heißt, bestrebt sein müssen, in jeder Gemeinde einen Kindergarten zu haben, und dann den zweiten Schritt setzen können, diesen Besuch in Form eines Null-Tarifes zu gewähren. Aber das wäre doch eine Verschiebung, eine Ungerechtigkeit, denjenigen, die jetzt die Möglichkeit haben, einen Kindergarten zu besuchen, diesen Besuch gratis zu gewähren und den anderen den Kindergartenbesuch überhaupt nicht zu ermöglichen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Eichinger: „Sehr richtig!“)

Sie wissen auch, meine Damen und Herren, wir reden ja jetzt über das Budget und darüber, daß uns der Rock und das Hemd schon sehr eng geworden sind, daß alles auf einmal nicht finanziert werden kann und daß wir deshalb auch die Kindergartenfrage Zug um Zug verwirklichen wollen. Das ist unsere Meinung und Auffassung von Chancengleichheit, die sich offensichtlich sehr wesentlich von Ihrer Auffassung unterscheidet.

Wir haben hier vor kurzem das steirische Sozialhilfegesetz verabschiedet. Es wurde behauptet, daß dieses Sozialhilfegesetz den einzelnen auch veranlassen könnte, was die Nächstenliebe anbelangt, in Zukunft sich etwas beflügeln zu lassen und sich mehr als in der Vergangenheit um seinen Mitmenschen zu kümmern. Das lese ich aus dem Sozialhilfegesetz nicht heraus, und ich wäre sehr froh, wenn es zum Anlaß genommen werden könnte, daß wir einer solchen Entwicklung wieder nahekommen. (Abg. Jamnegg: „Auch!“) In Wirklichkeit sind sehr viele Sozialgesetze und auch das steirische Sozialhilfegesetz eigentlich jenes Sicherheitsnetz, das in der Vergangenheit, was die menschlichen Beziehungen anbelangt, uns etwas abhanden gekommen ist, und wir ziehen dieses Netz unten ein.

Wir sollten aber, und da stimme ich mit denjenigen überein, die das auch so sehen, wir sollten allerdings bemüht sein, das Rad hier etwas zurückzudrehen und versuchen, unsere Gesellschaft wieder etwas zu vermenschlichen. Ich glaube, daß wir auf Grund der hier schon dargelegten Ziffern und des weit ausgedehnten Sozialbudgets und der Sozialleistungen in Zukunft das mit Geld allein sicher nicht zuwege bringen werden, sondern daß wir wieder auf die menschlichen Beziehungen, auf die tätige Nächstenliebe zurückgeführt werden müssen, daß eben einer sich um den, der neben ihm wohnt, auch wieder kümmert. Wir haben doch gerade in den Städten, wo so viele Menschen sehr konzentriert auf engem Raum zusammenwohnen, das Phänomen, je dichter die Menschen aneinanderrücken, umso

weniger kommen sie sich menschlich näher. Man kann ja beinahe sagen, sie entfremden sich menschlich. Wir sollten, nachdem das mit Geld nicht alles zu machen ist, da wieder eingreifen und versuchen, daß sich zum Beispiel die Hausgemeinschaften zusammenschließen, ich möchte nicht das Wort Kommunen gebrauchen, das wurde in einem anderen Zusammenhang schon genannt, aber sich zu einer Art Kommune — das ist in diesem Fall nicht abwertend — zusammenschließen, daß sie sich eben kümmern, wie weit ist in unserer Hausgemeinschaft ein alter Mensch vorhanden, der einer Hilfe, einer Pflege bedarf. Man könnte auch die Jugend zu dieser tätigen Mithilfe und Nächstenliebe erziehen, indem man die Jungen anhält, dem alten Menschen die Kohlen aus dem Keller zu holen. Man könnte ihn dazu veranlassen — das läßt sich in einem solchen Verband ohne weiteres machen, muß auch organisiert werden —, einem alten Menschen Einkaufswege abzunehmen. Ich glaube, daß das jenes kleine soziale Netz ist, das jeder einzelne von uns bis zu einem gewissen Grad über unsere Gemeinschaft spannen könnte.

Wenn wir diese Vermenschlichung, meine Damen und Herren, in Zukunft nicht erreichen, werden wir einer sehr traurigen Gesellschaft entgegengehen. Wir haben leider schon diese Tendenz, daß allzuviel auf den Staat abgewälzt wird und daß es leider Gottes auch unsere hervorragenden Sozialleistungen — die wir demjenigen, der derer bedarf, sicher gönnen — mit sich gebracht haben, daß der Einzelne in seiner Verantwortung dem Mitmenschen gegenüber nicht mehr jenes Maß aufbringt, daß eben selbstverständlich der Sohn oder die Tochter sich vorerst einmal um den alten Menschen oder um seine Eltern oder Großeltern zu kümmern hätte. Umgekehrt haben wir sicher eine Tendenz, daß es nicht mehr ganz selbstverständlich ist, daß sich Eltern um die Erziehung und um das Aufziehen ihrer Kinder bemühen müssen und daß das natürlich auch mit gewissen Sorgen und Risiken verbunden ist. Allzu leicht neigt man dazu, daß man sagt: „Gut, meine Eltern, wenn es soweit ist, daß sie einer Pflege oder Hilfe bedürfen, dann schauen wir, daß wir für sie einen Altersheimplatz bekommen“, und umgekehrt wird auch sehr schnell und sehr bald der Heimplatz für den Jungen von den Eltern gesucht.

Meine Damen und Herren, das ist eine Entwicklung, die zu ernster Sorge Anlaß gibt, die zu einer Entpersönlichung unserer Gemeinschaft führt, ich glaube, das wollen wir sicher mit der Sozialgesetzgebung, die in allen Bereichen unserer öffentlichen Körperschaften geübt wird, nicht erreichen, weil wir auch alle Probleme unserer Menschen damit nicht lösen werden können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zinkanell. (Abg. Pölzl: „Wieder zu den bäuerlichen Zuschußrentnern!“ — Landesrat Bammer: „Zum Bauernbund!“)

Abg. Zinkanell: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Bevor ich mich mit der Frage der Zuschußrentner befasse, möchte ich doch ganz kurz auf

Außerungen des Herrn Ing. Turek und auch des Herrn Dr. Dorfer eingehen. Der Herr Kollege Turek hat gemeint, die Sozialisten sind mit ihrem Latein am Ende und der Kollege Dr. Dorfer meinte, die Sozialisten haben keine soziale Gesinnung. Ich möchte nur dazu zwei Sätze sagen: Wenn nicht die Sozialisten durch Jahrzehnte hindurch gekämpft hätten um jeden Schilling Verbesserung, um jede Stunde Verbesserung, das ist heute schon gesagt worden, und um jedes einzelne Gesetz, dann stünden wir heute noch beim Stand 1930. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Ing. Turek: „Wenn Sie klatschen, wird es wahr sein!“)

Das ist eine Feststellung. Die zweite: Wenn die Sozialisten nicht weiterkämpfen würden, dann würden wir wahrscheinlich in absehbarer Zeit wieder zurückfallen auf den Stand von 1930, und ich hoffe Gelegenheit zu haben, das noch an Hand einer anderen Unterlage etwas zu untermauern.

Meine Damen und Herren, solange die ÖVP — wenn heute auch in einer etwas gemäßigten Form — in der Frage der Zuschußrentner versucht, sich ihrer fundamentalen Schuld der 25jährigen Verzögerung, des Verhinderns des Mitwachsens zu entziehen, solange bin ich veranlaßt, für Klarstellung und Richtigstellung hier in diesem Haus zu sorgen.

Ich muß leider wieder einige Erinnerungen wachrufen, und zwar vor allem Ihren Widerstand, den Widerstand der ÖVP, den ich schon mehrmals zitiert habe, und ein Zitat, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Steiermark muß ich noch einmal wiederholen: Es ist im Jahre 1974 schon einmal darüber geredet worden, es gehört einmal in diese Frage und in diese Auseinandersetzung. „Wir halten es“, heißt es hier in einer steirischen Landwirtschaftskammeraussendung, „für keinen Fortschritt, den Versorgungsgedanken, die Rentenpsychose mit ihren hemmenden Auswirkungen auf Tatkraft und Unternehmergeist auch in den Bauernstand zu tragen. Ob wir dabei nicht überhaupt mehr verlieren als wir gewinnen können, und was schaut dabei schon heraus? Ein monatliches Taschengeld von 100 Schilling für unsere Alten, für das wir jahrelang eingezahlt haben. Kost und Wohnung haben sie doch bei uns“ — das wird heute bestritten — „Dafür sorgt schon der Auszugsvertrag, wenn die Jungen für die Alten wirklich nicht mehr sorgen wollten. Wir halten es überhaupt für richtiger, nicht das gesetzliche Rentnertum ins Bauernhaus zu tragen, sondern wie unsere Vorfahren es getan haben, wieder mehr den christlichen Geist der Achtung und Dankbarkeit den Eltern und Alten gegenüber zu pflegen.“ Das mußte wieder einmal gesagt werden, weil es ganz und gar zurückgedrängt wird von der ÖVP. (Abg. Koiner: „In welchem Jahr war das?“ — Landesrat Bammer: „Die Erbsünde der steirischen ÖVP!“ — Abg. Koiner: „Wann war das, Zinkanell?“) Das war 1954 eine Kammeraussendung, lieber Herr Präsident. (Abg. Ing. Koiner: „Ach ja!“) Aber auch wegen der christlichen Haltung damals, auf die ich noch zurückkomme. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Sagen Sie, was 1958 hier im Hause gesagt wurde!“) Ich weiß, aber darüber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, haben wir schon einige Male gesprochen. Ich wollte der Kammer und dem Bau-

ernbund eine Freude machen, eine Kammeraussage hier noch einmal zu zitieren. (Abg. Koiner: „Hast du nicht eine ältere gefunden?“ — Landesrat Bammer: „Die Erbsünde der ÖVP!“ — Abg. Ing. Turek: „Die freuen sich wirklich!“) Ja, hoffentlich.

Ich habe über die Verbesserungen von 1970 bis 1975/76 schon mehrmals gesprochen, ich schenke mir das, weil es ohnehin bekannt ist oder bekannt sein mußte. Ich möchte aber mit Betonung auf den § 103 des Bauernpensionsgesetzes verweisen, der die Fürsorgeträger nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen hat. Damals, 1969, hat die ÖVP die Fürsorgeträger nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen. Und der Bauernbund, auch der steirische Bauernbund, hätte im Lande Gelegenheit gehabt, sich auf dieses Gesetz ohne weiteres zu berufen. Er hat es nicht getan, das muß man auch feststellen. Ebenfalls steht fest, daß die Frage der Fürsorge, der Heranziehung, keine Erfindung der Sozialisten ist, sondern im Gesetz 1969 verankert ist. Aus dieser Tatsache heraus kommt auch der Vorschlag des Bundes, daß Bund und Land sich gemeinsam der Regelung dieser Frage widmen sollten. Jetzt, bei der Sonderzahlung für die Zuschußrentner, ist das mehr oder weniger schon im Gange: Jetzt einmal die Sonderzahlung, dann ist auch die generelle Lösung der Zuschußrentner zu erwarten, so daß sie nachgezogen und gleichgestellt werden sollen.

Es war — das möchte ich auch feststellen — vorerst einmal bei allen Beteiligten die Übereinstimmung, daß diese Sonderzahlung jetzt zu Weihnachten für die gelten soll, die keine Ausgleichszulage haben und die kein Ausgedinge oder ein sehr geringes Ausgedinge, also keine volle freie Station haben. Das wird jetzt anscheinend auch bestritten. Wenn ich vielleicht darauf hinweisen darf, die freie Station beinhaltet die volle Verpflegung, die Kost, Wohnung, Licht, Beheizung, und wird von der Finanz-Landesdirektion sehr zurückhaltend und sehr vorsichtig mit 1080 Schilling bewertet. Wenn man diese Dinge kaufen muß, das wissen Sie auch, dann ist der Betrag um ein wesentliches höher. Man muß auch dazusagen, daß allen, die eine Ausgleichszulage beziehen, allen anderen Pensionisten und Rentnern, ihr Einkommen aus irgend einem anderen Titel mitangerechnet wird und daß es logischerweise auch hier eben nicht anders geht, als dieses Einkommen auch miteinzubeziehen.

Man hat die Zahl dieser Zuschußrentner, das wissen Sie ebenfalls, auf zirka 5000 geschätzt. Das war eine Ziffer, die in den Raum gestellt wurde, und die Sozialversicherungsanstalt der Bauern hat dieser Ziffer nicht widersprochen. Wir haben uns allerdings auch hier in der Steiermark erkundigt, und, Herr Präsident, man konnte keine genaue Ziffer bekommen. (Abg. Koiner: „Wer hat das gesagt? Der Bundeskanzler hat als einziger zuerst ganz allein 5000 genannt!“) Aber darf ich vielleicht sagen, Herr Präsident und sehr verehrte Kollegen auch von der ÖVP: Steirische Erhebungsziffern aus den letzten Tagen zeigen, daß diese Zahl von zirka 5000 für Österreich anscheinend doch einigermaßen zutreffend ist, weil die steirischen Ziffern, wenn sie ergänzt sind, bei 500 liegen. Es liegen noch nicht von allen Bezirken die Informationen auf über die